

FRANKFURT NEU DENKEN.

WAHLPROGRAMM

gruene-frankfurt.de

Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Frankfurt am Main für die Kommunalwahl und die Wahlen zur Kommunalen Ausländer*innenvertretung am 14. März 2021

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 31.10./7.11.2020

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Frankfurt am Main

Oppenheimer Straße 17

60594 Frankfurt am Main

www.gruene-frankfurt.de

kreisverband@gruene-frankfurt.de

V.i.S.d.P.: Beatrix Baumann, Bastian Bergerhoff

FRANKFURT NEU DENKEN

Liebe Frankfurter*innen,

am 14. März 2021 finden in Frankfurt Wahlen statt: Neben der Stadtverordnetenversammlung werden auch die Ortsbeiräte sowie die Kommunale Ausländer*innenvertretung für die kommenden fünf Jahre neu gewählt. Diese Gremien bestimmen die kommunale Politik und damit unmittelbar die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in unserer Stadt.

Die Bewerber*innen, die Sie in diese Gremien wählen, diskutieren und entscheiden über die lokale Umsetzung von Klimaschutz und Verkehrswende, über die Stadtentwicklung und die Entwicklung der kulturellen Angebote, über soziale Einrichtungen, Kinderbetreuung und Schulen, über die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und der offenen Gesellschaft und über alle anderen Aspekte von Politik vor Ort.

Die Wahlen fallen in eine Periode tiefgreifender Veränderungen. Wir befinden uns zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Programms noch mitten in der Corona-Krise und werden weiter mit ihren Folgen zu kämpfen haben. Wir stehen an einem kritischen Punkt bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe. Und Frankfurt ist nach wie vor eine schnell wachsende Stadt, mit allen damit verbundenen Herausforderungen.

Viele Menschen sind verunsichert und Populist*innen nutzen diese Verunsicherung gezielt, um freiheitliche Errungenschaften anzugreifen und Stimmung gegen einzelne Gruppen zu machen. Wir stellen uns gegen diese Verunsicherungen, sehen die Chancen und werden die notwendigen Veränderungen aktiv gestalten. Wir werden unsere Stadt klimafreundlich umbauen und krisenfester machen. Wir werden die Verkehrswende beschleunigen und Mobilität neu denken. Wir werden die Vielfalt unserer Stadt verteidigen und ihre Chancen nutzen. Wir werden die Gleichberechtigung der Geschlechter weiter vorantreiben. Wir werden Kunst und Kultur über die Krise retten und ihnen mehr Platz verschaffen. Wir wollen den Unternehmen und den Beschäftigten in Frankfurt Chancen eröffnen, um sie wirtschaftlich zu stärken und ihnen durch die Krise zu helfen. Wir werden bei alledem niemanden zurücklassen: Wir lassen uns nicht teilen – zu unserem Frankfurt gehören alle Frankfurter*innen.

Mit diesem Wahlprogramm legen wir unsere politischen Haltungen und unsere konkreten Maßnahmen für die kommenden Jahre fest. Wir versprechen: auf die hier aufgeschriebenen Haltungen und Werte können Sie sich verlassen. Und wir bleiben nicht bei abstrakten Haltungen, sondern wir benennen in allen Politikfeldern konkrete Maßnahmen, die wir umsetzen möchten.

Wenn Sie mit uns

- Frankfurt in seinen städtischen Aktivitäten bis 2030 und insgesamt bis 2035 klimaneutral machen
- Frankfurt grüner machen und den öffentlichen Raum menschenfreundlich gestalten
- in Frankfurt mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und zukunftssicher bauen
- in Frankfurt die Verkehrswende umsetzen und mehr Platz für Menschen schaffen
- Frankfurt gerecht, vielfältig für alle Frankfurter*innen – mit gleichen Chancen und Teilhabe und insbesondere einem chancengerechten Bildungs- und Betreuungssystem – halten
- eine gleichberechtigte Gesellschaft schaffen
- Kunst und Kultur in Frankfurt mehr Platz geben und
- Frankfurt als Standort für moderne Wirtschaft und Verwaltung, für Innovation, Transparenz und Beteiligung etablieren

wollen, finden Sie in den folgenden Kapiteln die konkreten Maßnahmen, die wir gemeinsam mit allen Frankfurter*innen umsetzen wollen.

Wir freuen uns über Ihr Interesse – und auch über Diskussionen, weitere Ideen oder kritische Anmerkungen. Vor allem aber freuen wir uns über Beteiligung an der gemeinsamen Gestaltung unserer schönen Stadt. Bleiben oder werden Sie aktiv, engagieren Sie sich. Treten Sie mit unseren Kandidierenden für die Parlamente und Beiräte in Kontakt. Machen Sie sich ein Bild von uns. Und helfen Sie uns bei der Umsetzung der hier genannten Punkte: Machen Sie Ihre „Kreuze“ bei GRÜNEN Kandidat*innen oder direkt bei den GRÜNEN Listen, fordern Sie nachhaltige Politik bei allen Gelegenheiten ein.

Wir erleben fundamentale Veränderungen. Wir wollen sie gemeinsam mit Ihnen gestalten. Diese Chance haben wir, wenn wir Frankfurt in den kommenden Jahren an vielen Stellen neu denken und neu gestalten. Der Startpunkt dafür sind die Wahlen am 14. März. Wir freuen uns, wenn Sie mitmachen – lassen Sie uns unsere Stadt gemeinsam in die Hand nehmen.

LEBEN IM KLIMAWANDEL

Klima, Wohnen, Umwelt.....	8
Klima und Wohnen: Es geht nur zusammen.....	8
Den Klimaschutz konsequent weiter verstärken	9
Es gibt keine ungenutzten Flächen in Frankfurt.....	11
Wohnen darf kein Luxusgut sein	12
Bezahlbare Wohnungen schaffen.....	13
Bezahlbare Mieten erhalten.....	14
Bei Nachverdichtungen die Betroffenen mitnehmen	15
Das Verhältnis zur Region erneuern.....	15
Stadt zum Leben: vielfältig und urban	16
Die Vielfältigkeit der Stadtteile fördern	16
Neue Ideen für die Innenstadt.....	17
Städtebauliche Gestaltung im Dialog mit den Bürger*innen	18
Klimagerechte Stadt: Die Energie- und Wärmewende beschleunigen.....	18
Zukunftsfähige Bauweisen fördern, Nachhaltigkeit ins Zentrum.....	19
Grüneres Frankfurt mit allen und für alle	19
Grünflächen erhalten und erweitern.....	19
Artenvielfalt schützen.....	20
Den Stadtwald zum Klimawald machen	20
Landwirtschaft in Frankfurt erhalten	21
Müll vermeiden, Wasser schützen	21
Bürger*innenbeteiligung verbessern, Kinder und Jugendliche aktiv einbeziehen	22
Frauen: 100 % für 50 %!.....	22
Für folgende Maßnahmen stehen wir:.....	23
Den Klimaschutz ins Zentrum der Politik rücken	23
Die Energiewende lokal umsetzen	23
Die Wärmewende angehen	26
Die Stadt klimaverträglich und sozial weiterentwickeln	27
Eine neue Bodenpolitik etablieren.....	30
Die Potenziale in der Innenentwicklung verträglich nutzen	32
Bezahlbare Mieten erhalten.....	34
Vielfältige Stadtteile fördern, Zukunft für die Innenstadt.....	36
Das Verhältnis zur Region gesund gestalten.....	38
Frankfurts Grünräume und Arten schützen und das Grün weiter entwickeln.....	39
Den Stadtwald zum Klimawald machen	41
Keine Straße ohne Grün: Entsiegeln und begrünen.....	42
Abfall vermeiden, Wiederverwendung und -verwertung stärken, Trinkwasserressourcen schonen.....	43
Nachhaltigkeit und Gesundheit bei der Stadtentwicklung berücksichtigen.....	45

MOBILITÄT FÜR MENSCHEN

Verkehr.....	47
Mehr Platz für Menschen.....	48
Das Fahrzeug ist nur das Werkzeug: Chancen der Vernetzung und Digitalisierung nutzen	49
Fuß- und Radverkehr fördern.....	50
Den öffentlichen Verkehr leistungsfähiger und preisgünstiger machen	51
Individuell und nachhaltig: Autos teilen und anders betreiben	53
Logistik im 21. Jahrhundert.....	54
Eine Zukunft für den Flughafen.....	54
Mobilität: Mit allen für alle.....	56
Für folgende Maßnahmen stehen wir:.....	56
Den Stadtraum neu verteilen.....	56
Den Fuß- und Radverkehr ausbauen.....	58
ÖPNV: Alle fahren mit.....	60
Das Auto in der Stadt: nachhaltige Bewegung.....	63
Güter- und Warenverkehr neu denken.....	65
Eine Zukunft für den Flughafen.....	65
Mit allen für alle	66

UNSER WIR MEINT: WIR ALLE!

Integration, Vielfalt, Bildung & Betreuung, Sport, Soziales & Gesundheit	68
Frankfurt – Ort der vielen Herkünfte: Zusammenstehen in einer diversen Stadtgesellschaft	68
Jede*r ist, wie jede*r ist.....	70
Kinder, Jugendliche und Familien in Frankfurt.....	71
Chancen für alle Kinder und Familien	71
Betreuungseinrichtungen und Schulen in Frankfurt: Verlässlich und modern.....	72
Gemeinsam gestalten.....	73
Sportstadt – auch im Alltag	74
Sozial- und Gesundheitsangebote: verlässlich, zielgenau und diskriminierungsfrei ...	74
Drogenpolitik: Der Frankfurter Weg bleibt richtig	75
Für folgende Maßnahmen stehen wir:.....	77
Vielfalt und Diversität als Chance, konsequent gegen Rassismus und Antisemitismus.....	77
Geflüchtete Menschen brauchen Hilfe, keine Zurückweisung	79

LSBT*IQ: Gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung, für Akzeptanz und Sichtbarkeit von Vielfalt.....	80
Gleichstellung für inter*/diverse Menschen.....	81
Jungen Frankfurter*innen Gehör verschaffen und eine gute Zukunft sichern	82
Gute Bildung und Betreuung: Basis für eine gerechte Gesellschaft.....	83
Sport: Vielfältig, zugänglich, mit allen	86
Soziale Stadt: Zuverlässig, zielgenau, diskriminierungsfrei	87
Gesundheit: Umfassend denken, zuverlässig umsetzen.....	91
Drogenpolitik: Den Frankfurter Weg fortentwickeln.....	93

GLEICH BERECHTIGT!

Frauen	95
Gleichberechtigung überall.....	96
Bewusst machen: Alle Leistungen würdigen, alle Perspektiven berücksichtigen.....	97
Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen.....	97
My body, my choice: Reproduktive Selbstbestimmung gewährleisten.....	98
Gleichberechtigung, jetzt!	98
Für folgende Maßnahmen stehen wir:.....	99
Gleichstellung im Beruf erreichen.....	99
Frauen sichtbar machen und beteiligen: In allen Lebensbereichen	100
Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen.....	101
Reproduktive Rechte sicherstellen	102

KULTUR – LABOR UNSERER ZUKUNFT, ZEUGNIS UNSERER GEGENWART UND VERGANGENHEIT

Kultur	103
Was uns im Innersten zusammenbringt	104
Kunst und Kultur in der Breite Raum bieten.....	104
Die Knoten lösen – Städtische Bühnen und Kulturcampus.....	105
Buch- und Literaturstadt Frankfurt stärken	106
Kulturelle Bildung stärken – Zugänge ermöglichen	107
Erinnerung prägt die Zukunft	107
Für folgende Maßnahmen stehen wir:.....	108
Kultur durch Krisen helfen	108
Die Relevanz von Kultur deutlich machen.....	109
Kultur Freiräume geben und Freiräume lassen	110
Kultur für alle zugänglich machen	112
Große Kulturorte, große Herausforderungen.....	113
Strukturförderung sicherstellen, bei der Mittelakquise unterstützen	114

Kulturelle Bildung stärken	114
Wissen, was war: Erinnerungskultur in die Zukunft führen	115

DIE STADT IST, WAS WIR DARAUS MACHEN

Wirtschaft, Bürger*innenbeteiligung, Verwaltung, Finanzen, Internationales	116
---	------------

Alle Frankfurter*innen sind Frankfurter*innen	116
--	------------

Die Frankfurter Wirtschaft: Viel mehr als nur Banken.....	117
Gewerbegebiete der Zukunft	119

Es ist Ihre Stadt!	120
In Zukunft: Digital, gemeinsam mit der Region, global vernetzt und verantwortungsbewusst.....	121

Für folgende Maßnahmen stehen wir:.....	122
Starke Wirtschaft, starke Gemeinschaft	122
Politik, Behörden und Verwaltung	128
Global vernetzt, global verantwortlich: Frankfurt für die eine Welt.....	132

LEBEN IM KLIMAWANDEL

Frankfurt ist eine der größten Städte Deutschlands – vielfältig, wirtschaftlich stark, kulturell attraktiv und in der Mitte von Deutschland ein zentraler Verkehrsknotenpunkt. Viele Frankfurter*innen sind nicht in Frankfurt geboren, sondern im Lauf ihres Lebens nach Frankfurt gezogen – wegen des Jobs, wegen der Liebe, wegen der besonderen Dynamik der Stadt, weil sie woanders weg mussten und hier eine bessere Zukunft für sich gefunden haben oder warum auch immer: Frankfurt war und ist ständig im Wandel.

Frankfurt ist eine wachsende Stadt. „Frankfurt wächst um Offenbach“ titelte Ende 2019 die „hessenschau“ als Ergebnis einer Studie des hessischen Statistischen Landesamts für den Zeitraum bis 2040. Auch wenn das eine plakative Übertreibung ist und Prognosen auch irren, ist klar: Der Wachstumsdruck ist immens und wirkt sich auf alle Bereiche aus, besonders aber auf ständig steigende Wohnkosten. Die Prognosen reichen vom Integrierten Stadtentwicklungskonzept mit 830.000 Frankfurter*innen in 2040 bis zur Prognose des Hessischen Statistischen Landesamts mit 870.000 Frankfurter*innen im gleichen Zeitraum. Ende 2019 zählte Frankfurt knapp 760.000 registrierte Einwohner*innen.

Und Frankfurt ist eine buchstäblich heiße Stadt: Die Zahl der nach meteorologischer Definition „heißen Tage“ und „Tropennächte“ ist in den letzten Jahren beständig gestiegen, 2019 erlebten wir in Frankfurt mit gemessenen 40,2 Grad Celsius den historisch heißesten Tag in Hessen. Auch die Trockenheit nimmt deutlich zu – ein Blick in den Stadtwald mit seinen sterbenden Bäumen oder auch auf eine beliebige gelbe „Grün“fläche in Frankfurt zeigt das deutlich. 2019 betrug die Niederschlagsmenge in Frankfurt nur 2/3 des langjährigen Durchschnitts – und diese Entwicklungen sind Teil eines eindeutigen Trends, keine Ausreißer: Der Klimawandel ist Realität und schon längst eine Bedrohung für die Menschen und die Arten insgesamt.

Klima und Wohnen: Es geht nur zusammen

Wir wollen die Lebensqualität, die Vielfalt und die Kraft unserer Stadt erhalten. Wir wollen jetzt und auch in Zukunft gut in Frankfurt leben, wohnen und arbeiten können. Das bedeutet, dass das Leben in Frankfurt möglich und bezahlbar sein muss – auch für Menschen mit geringem Einkommen, für Alleinerziehende, für Studierende und für Menschen, die in Frankfurt gerade erst Zuflucht gefunden haben. Und das bedeutet auch, dass wir die Klimakatastrophe abwenden müssen, hier in Frankfurt und auf der ganzen Welt – denn sie bedroht die Menschheit existenziell.

Diese Ziele sind sehr viel leichter aufgeschrieben als umgesetzt. Manchmal stehen sie auch im Konflikt miteinander. Wir werden die Art wie wir konsumieren, arbeiten und uns bewegen grundlegend ändern müssen, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen. Wir werden die Art wie wir wohnen anpassen müssen, wenn wir uns dem Klimawandel anpassen wollen. Wir werden unseren Umgang mit Flächen und Ressourcen verändern müssen. All das ist eine immense Herausforderung.

Aber wir sind sicher: Wir können diese Herausforderung bewältigen. Und das rettet uns nicht nur langfristig und ist vernünftig, sondern es kann sogar zu einem besseren und erfüllteren Leben unmittelbar beitragen.

Im Zentrum unserer Umwelt- und Wohnungspolitik steht der Vorsatz: Den Klimawandel sozial gerecht und entschieden bekämpfen. Die Klimaveränderung ist bereits heute eine Überlebens- und Gerechtigkeitsfrage, die sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird, wenn wir nicht jetzt ganz aktiv und mutig den Wandel einleiten. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist die zentrale soziale Frage in den Großstädten und damit auch in Frankfurt. Wir können und wollen es uns nicht leisten, eine der beiden Fragen auf Kosten der anderen Frage zu lösen. Wir brauchen und stehen für eine Politik, die die Ziele Klima-, Umwelt- und Artenschutz und bezahlbaren Wohnraum verbindet.

Den Klimaschutz konsequent weiter verstärken

Wir GRÜNE haben 2019 die „Klimaallianz für Frankfurt“¹ initiiert und in der Koalition mit CDU und SPD vereinbart und in die Umsetzung gebracht. Das war ein herausragender klimapolitischer Erfolg, denn damit haben wir GRÜNE den Klimaschutz in Frankfurt endlich für alle Vorhaben der Stadt und alle Dezernate zum verbindlichen Ziel erhoben. Alle Maßnahmen und ihre Auswirkungen müssen sich damit am Klimaschutz messen. Dabei haben uns die veränderte politische Lage und die im Vergleich zu 2016 viel stärkere Aufmerksamkeit für die Klimakatastrophe geholfen, trotz unserer Position als kleinster Koalitionspartner wichtige Vereinbarungen zu erzielen. Die Stadt bekennt sich in der „Klimaallianz für Frankfurt“ zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und hat in 30 konkreten Punkten beschlossen, wie sie ihrer Verantwortung gerecht werden will. Wir kämpfen mit der Kommunalwahl und in den kommenden Jahren aber nicht nur um die konsequente Durchsetzung, sondern auch für deutlich weitergehende Anpassungen.

Die Klimaallianz enthält Maßnahmen zum Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien inklusive dem Ausstieg aus der Kohlekraft, zur Verkehrswende mit einem Umstieg auf

1 Die Klimaallianz für Frankfurt ist eine Vereinbarung der Koalition aus CDU, SPD und GRÜNEN im Römer: 30 Maßnahmen zum Klimaschutz. Den Beschluss finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w12>, die genaue Maßnahmenliste können Sie hier nachlesen: <https://gruenlink.de/1w13>

klimafreundliche Verkehrsmittel und mit einem Umbau der Antriebe auf erneuerbare Energien, zu Maßnahmen zur Einsparung von Energie und Wärmebedarf beim Heizen und für die Mobilität, aber auch zum Umgang mit Flächen, zur Entsiegelung, zur Klimaanpassung im öffentlichen Raum und zum Umgang mit der knapper werdenden Ressource Wasser.

Wir werden die Klimaallianz um ein klares Ziel erweitern: Wir wollen die Klimaneutralität für ganz Frankfurt bis zum Jahr 2035 erreichen. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel und es wird nicht nur von der Kommunalpolitik, sondern auch von Landes- und Bundespolitik und den Frankfurter Bürger*innen abhängen, ob es zu erreichen sein wird. Aber wir brauchen dieses Ziel, um eine Chance zu haben, die Klimakatastrophe zu verhindern und den Klimawandel im Rahmen zu halten.

Wir werden dieses Ziel nur erreichen, wenn die Stadt dort, wo sie unmittelbar Einfluss hat, alle Hebel in Bewegung setzt und selbst voran geht. Wir werden deshalb als GRÜNE dafür kämpfen, dass die Stadt in ihrem eigenen Handeln – Verwaltung, städtische Gebäude, städtische Unternehmen sowie Unternehmensbeteiligungen, Verkehrsbetriebe usw. – bereits 2030 klimaneutral ist. Wir wollen bis dahin im öffentlichen Verkehr, bei den städtischen Gebäuden und in der gesamten Stadtverwaltung komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Wir wollen die Verkehrswende und die Wärmewende unterstützen und die entsprechenden Anreize setzen. An vielen Stellen müssen wir auch noch forschen und weiterentwickeln – so wollen wir die Nutzung von Abwärme so weit wie möglich verstärken und insgesamt hin zu deutlich mehr Wiederverwendung und Recycling.

Wir brauchen für die Umsetzung dieser Ziele den Rückhalt und die Mitarbeit von allen Menschen in Frankfurt. Und wir brauchen einen guten Blick darauf, was wir erreicht haben und was zu tun bleibt. Auch diese Aspekte werden wir verstärken. So werden wir eine jährliche Berichterstattung über die Entwicklung der CO₂-Emissionen einführen, eine Expert*innenkommission ins Leben rufen, die die Stadt in Sachen Klimaschutz durchgehend berät und unterstützt und das Umweltdezernat zum Dezernat für Umwelt und Klimaschutz ausbauen. Wir werden die Beratungsangebote ausweiten und mit Initiativen und den Menschen vor Ort zusammenarbeiten. Wir werden die Programme ausbauen, die einen Umbau im Bestand fördern – das erfolgreiche Klimawandelanpassungsprogramm „Frankfurt frischt auf“ werden wir stärken und nach Wegen suchen, auch Initiativen von Mieter*innen daraus zu fördern. Außerdem werden wir in Zukunft Investitionen für Energieeinsparungen und für die Wärmewende auch im privaten Bereich aus dem bereits mit der Klimaallianz beschlossenen neuen Klimaschutzfonds der Stadt unterstützen, um die Sanierungsquote insgesamt deutlich zu erhöhen.

Es gibt keine ungenutzten Flächen in Frankfurt

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt in unserer Stadt keine „ungenutzten“ Flächen. Anders als oft suggeriert, wartet die „grüne Wiese“ eben nicht auf eine Nutzung. Sie stellt bereits eine Nutzung dar. Jede „Umnutzung“ enthält also einen Nutzungskonflikt, der sorgfältig abgewogen werden muss und dem wir uns in Verantwortung für eine ökologische und soziale Stadtentwicklung stellen müssen.

Stadträume sind in Folge der intensiven Landwirtschaft und der damit verbundenen Verdrängung inzwischen Hochburgen der Artenvielfalt. Aber auch in Frankfurt selbst sind die Arten und ihre Lebensräume stark unter Druck. Wir brauchen einen Blick für diesen Verdrängungswettbewerb und gute Lösungen, die helfen, die natürlichen Lebensräume zu schützen und ebenso die Artenvielfalt in Frankfurt zu erhalten.

Das alles ist möglich. Wir können die Stadt neu denken und sie klimagerecht und ökologisch, sozial und gerecht entwickeln. Wir können gemeinsam mit der Region sowohl Lebensraum für uns Menschen als auch Naturräume erhalten und so entwickeln, dass sich ihr ökologischer Wert sogar erhöht. Und wir können gemeinsam mit den Bewohner*innen, mit Expert*innen und Wissenschaftler*innen Konzepte für eine ökologische, gesunde, soziale und lebenswerte Stadt nicht nur erdenken, sondern auch umsetzen.

Wir haben in der Klimaallianz vereinbart, dass wir bei allen neuen Planungen die Auswirkungen auf den Klimawandel berücksichtigen. Wir werden damit dafür sorgen, dass wir unseren Beitrag zum Pariser Klimaabkommen leisten und unsere Klimaschutzziele erreichen. Wir wollen jetzt weiter gehen. Wir müssen die Stadt bei jeder Planung und jeder Entwicklung vom Klimawandel und von den Klimafolgen her denken und dann entscheiden, ob und wie die Entwicklung erfolgen soll. Wir brauchen weniger und ökologischere Pendler*innenverkehre, wir brauchen effizientere Gebäude und wir brauchen Wohnungen und Betriebe, Kitas und Schulen, die nicht die Umgebung heizen, sondern im besten Fall als „Plus-Energie-Häuser“ noch Energie gewinnen und zum Beispiel über Bürger*innen-Energiegemeinschaften die Energiewende voranbringen helfen. Diese Bedingung setzen wir bei allen Planungen.

Wir haben in der Klimaallianz auch Entsiegelungen vereinbart und werden sie umsetzen und der Natur weitere Flächen zurückgeben, um der Überhitzung entgegen zu wirken, die aufgrund der intensiven Bebauung bereits existiert und zu der auch Nachverdichtung und weitere Bebauung beitragen. Die Überhitzung der Stadt ist auch darin begründet, dass wir zu wenig schattenspendende Bäume, zu wenig begrünte Fassaden oder Gewässer und zu viele baumlose Straßen und Plätze haben. Deshalb werden wir ein umfangreiches Baum-

pflanzungsprogramm aufsetzen und wo möglich vor allem auch großkronige Bäume anpflanzen. Unser langfristiges Ziel lautet: Keine Straße ohne Grün! Wir brauchen insgesamt mehr atmendes und kühlendes Grün. Um das zu erreichen, müssen wir sowohl die bestehenden Gebiete und die Nutzungen in den Blick nehmen, aber auch neue Wohn- und Gewerbegebiete so planen und umsetzen, dass sie dem Klimawandel entgegenwirken und auf seine Folgen reagieren. Im Hinblick sowohl auf weiter steigende Temperaturen als auch auf vermehrte Starkregenereignisse müssen wir die bisherige Praxis, lokal stark verdichtete und versiegelte Flächen zu schaffen und dafür andernorts zu entsiegeln, hinterfragen. Wir benötigen neue Strategien für kühlendes Grün ebenso wie für den Umgang mit Regenwasser. Flächensparsamkeit und intensives Grün ist der Leitgedanke für alles, was wir tun.

Wohnen darf kein Luxusgut sein

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist zweigeteilt: In den Städten ebenso überhitzt wie das Klima, in den ländlichen Regionen oft verkümmert. Das ist das Ergebnis mehrerer Entwicklungen, die nicht alle kommunal steuerbar sind. Sie wirken aber vor Ort, auch in Frankfurt – und wir sind in der Pflicht, diesen Entwicklungen mehr entgegenzusetzen.

Das beginnt damit, dass wir auch im Wohnungsbereich ein Umdenken erreichen müssen: Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und der Wohnungsmarkt muss so gestaltet sein, dass er den Bedarf nach Wohnraum befriedigt und nicht den Bedarf von Kapitalgeber*innen nach möglichst hoher Rendite. Unsere Richtschnur für bezahlbaren Wohnraum ist, dass die Kosten des Wohnens ein Drittel des verfügbaren Einkommens im Allgemeinen nicht überschreiten sollten.

Wir erinnern uns gut an die Pleite der Neuen Heimat und wollen eine solche Situation nicht wieder erleben – Wohnungsbauunternehmen sollen daher wirtschaftlich gesund bleiben können. Aber wir wollen Wohnen als Grundrecht und Wohnungen, die den Mieter*innen und den Besitzer*innen Sicherheit geben, die sich wirtschaftlich tragen und in die die Eigentümer*innen so investieren, dass sich die Mieter*innen dort wohl fühlen. Wir unterstützen die Einführung der Neuen Wohngemeinnützigkeit, die die Grünen auf Bundesebene vorgeschlagen haben. Langfristiges Ziel unserer Wohnungspolitik ist die Sicherung und der Ausbau von effektiven Möglichkeiten der Stadt, den Wohnungsmarkt aktiv mit zu gestalten. Hierzu werden wir alle rechtlichen und wirtschaftlich sinnvollen Mittel ausschöpfen und uns gegenüber Land und Bund für eine Ausweitung der Einflussmöglichkeiten einsetzen.

Bezahlbare Wohnungen schaffen

Es gibt in Frankfurt zu wenige Wohnungen, außer im Luxussegment. Am drängendsten ist für uns der Mangel an Sozialwohnungen und Wohnungen im mittleren Preisbereich. Während die Mieten sich bei alten Mietverträgen häufig noch im bezahlbaren Rahmen bewegen, sind sie beim Neubau oder bei Wohnungswechsel oft jenseits dieses Rahmens. Wir werden dieses Problem nicht ohne Neubau lösen können. Wir GRÜNE haben das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISTEK) auf den Weg gebracht. Wir betrachten die dort erfassten Flächen für die weitere Entwicklung als eine gute Reserve und wollen sie entwickeln, sofern dies klimaverträglich möglich ist. Zugleich ist klar: Frankfurt kann es sich angesichts des Klimawandels nicht leisten, sich selbst von den regionalen Kaltluftströmungen abzuschneiden. Insbesondere die Flächen im Frankfurter Norden und Nord-Osten für die Belüftung durch die Kaltluftströme aus dem Vordertaunus und der Wetterau werden wir langfristig sichern und sie dem GrünGürtel hinzufügen.

Wir setzen im Neubau vor allem auf bezahlbaren Wohnraum. Der Baulandbeschluss¹ ist die konsequente Fortsetzung der von uns GRÜNEN eingeführten Mindestquoten für die Errichtung von gefördertem Wohnraum und damit ein Schritt in die richtige Richtung, wir müssen aber weitere Schritte gehen. Wir werden die Quoten weiter zugunsten von geförderten Wohnungen und hier insbesondere im klassischen Sozialwohnungsbereich verändern, weil hier der größte Bedarf besteht. Den öffentlichen Wohnungsgesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte, kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch weiter erfüllen und ausbauen sollen.

Frankfurt braucht eine aktive Bodenpolitik, denn inzwischen sind die Bodenpreise ein erheblicher Treiber bei den Mietpreisen im Neubau. Wir wollen nicht nur als Stadt stärker und strategisch agieren, sondern wir wollen auch mit den Stiftungen und anderen großen Besitzern von Bauland ins Gespräch kommen und sie dafür gewinnen, verstärkt auch soziale und gesellschaftliche Belange bei ihrem Flächenmanagement zu berücksichtigen. Wir wollen seitens der Stadt die Höhe des Erbbauzinses für Projekte im Wohnungsbau in Zukunft auch in Form einer Konzeptvergabe und projektabhängig auf 1,5 % oder weniger senken und so die Erbpacht zu einem aktiven Instrument bei der Entwicklung unserer Stadt weiterentwickeln. Dabei sollen insbesondere Projekte mit einem hohen Anteil an gefördertem Wohnraum gefördert werden. Bei der Bewertung sollen dabei neben sozialen auch ökologische Aspekte zum Tragen kommen.

1 Der Baulandbeschluss ist ein Beschluss der Stadt Frankfurt, nach dem bei neuen Quartiersentwicklungen aktuell 30 % geförderter Wohnraum entstehen soll und mit dem geregelt wird, dass „Planungsgewinne“ aus der Entwicklung zu Bauland in Teilen abgeschöpft werden, um Infrastruktur u.ä. zu finanzieren. Aktueller Wortlaut siehe hier: <https://gruenlink.de/1w15>

In der Innenentwicklung bleibt unsere Richtschnur: jede bauliche Entwicklung, jede Verdichtung muss mit einer deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen. Wer Flächen bebauen will, soll Grün schaffen – sei es die Dachbegrünung, die Fassadenbegrünung oder eine öffentlich zugängliche Grünfläche. Diese „doppelte Innenentwicklung“ kann die beiden Ziele unserer Politik verbinden: lebenswerte, bezahlbare Stadt auch in Zeiten des Klimawandels. Hier wollen wir aber deutlich innovativer werden und alle Möglichkeiten des modernen ökologischen Bauens nutzen. Wir werden die Kommunsatzungen – insbesondere die Stellplatzsatzung – auf die Umsetzbarkeit dieser Ziele hin überprüfen und anpassen. Intensive Fassaden- und Dachbegrünung gehören ebenso zum neuen Frankfurt wie aktives Brauchwassermanagement und das Passiv-, besser noch das Energie-Plus-Haus. Auch in der Innenentwicklung, gerade in Bereichen ohne gültige Bebauungspläne, brauchen wir mehr Handlungsmöglichkeiten wie zum Beispiel städtebauliche Verträge.

Bezahlbare Mieten erhalten

Zugleich brauchen wir Bundes- und Landespolitik, um zu einem gesunden Mietmarkt zu kommen. Die Mietpreisbremse der Bundesregierung muss scharf gestellt werden, um zu greifen. Auch vom Land erhoffen wir uns nach der Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe und dem Umwandlungsvorbehalt von Miet- in Eigentumswohnungen weitere Unterstützung. Wir brauchen zum Beispiel dringend einen Überblick über existierenden Leerstand und seine Gründe. Und wir wollen in der Lage sein, spekulativen Leerstand oder auch spekulativen Grundbesitz effektiv zu bekämpfen. Wir wollen die Bestandsmieten schützen und benötigen dazu eine Ausweitung der Milieuschutzgebiete, eine Verschärfung der Abwendungserklärungen, Zugriffsmöglichkeiten bei Verkäufen von Mietshäusern oder bei der Entmietung zu Luxussanierungszwecken sowie einen Mietspiegel, der preismindernd wirkt, indem er auch die Bestandsmieten berücksichtigt.

Wir wollen die geltenden Selbstbeschränkungen der ABG und der Nassauischen Heimstätte bei Mieterhöhungen erneut verlängern. Wir wollen allerdings die sonstigen Anbieter*innen von Mietwohnungen nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen, sich am Bedarf zu orientieren. Es kann nicht unser Ziel sein, die lukrativen Mietverhältnisse zu privatisieren und die Deckung des Bedarfs an preisgünstigen Wohnungen zu sozialisieren. Alle Akteur*innen am Markt sollen sich dem gesellschaftlichen Ziel verpflichten, wir setzen uns bei Land und Bund für entsprechende Regeln ein.

Für die kurzfristige Schaffung von dringend benötigtem sozial gefördertem Wohnraum werden wir das Programm zum Ankauf von Belegrechten¹ energisch fortführen und aus-

¹ Mit dem Ankaufprogramm für Belegrechte erwirbt die Stadt seit 2007 das Recht, privat vermietete Wohnungen, die nicht der Sozialbindung unterliegen, als Sozialwohnungen weiter zu vermieten. Mehr Informationen unter <https://www.schlauvermieter.de/>

kömmlicher finanzieren. Es ist schneller, eine freie Wohnung bezuschusst zu belegen, als eine neue Wohnung zu bauen.

Bei Nachverdichtungen die Betroffenen mitnehmen

Nachverdichtungen werden wir insbesondere für zusammenhängende Stadtquartiere mit Zeilenbaustrukturen untersuchen und fördern. In diesen Quartieren ist aufgrund höherer Wohndichten mit positiven Effekten für die Infrastruktur zu rechnen, da kein neues Bauland benötigt wird, sind günstigere Mieten möglich. Dabei werden wir die Mieter*innen, die durch solche Maßnahmen selbst einen qualitativen Mehrwert haben und nicht mit höheren Mieten zu rechnen haben, intensiv beteiligen. Notwendige soziale Infrastruktur werden wir integrieren und den Baulandbeschluss bei der Aufstellung von Bebauungsplänen anwenden. Im Bereich gründerzeitlicher Stadtstrukturen werden wir insgesamt darauf achten, dass im Zuge der Nachverdichtung keine Verdrängungsprozesse ausgelöst werden, wie es durch das Modell „Abriss-Neubau“ oder durch Luxusmodernisierungen derzeit zu oft geschieht.

Das Verhältnis zur Region erneuern

Der Bedarf nach Wohnungen in der Region ist deutlich größer, als dass Frankfurt ihn allein befriedigen könnte. Die Beziehungen in die Region sind gerade im Bereich der Stadtentwicklung in den letzten Jahren vollkommen zerrüttet – das liegt in erster Linie am Auftreten einiger Vertreter*innen Frankfurts. Wir wollen dieses Verhältnis anders gestalten, denn auch im Kampf gegen Wohnungsnot und Klimawandel gilt: Weder die Probleme noch die Lösungen enden an den Gemeindegrenzen. Wir unterstützen die Initiative des GRÜNEN hessischen Ministers für Wohnen Tarek Al-Wazir für einen „Großen Frankfurter Bogen“¹ mit einer Entwicklung von Wohnraum vor allem entlang der Bahnstrecken, die die Region mit Frankfurt vernetzen. Frankfurt muss hier eine aktive und kooperative Rolle spielen und auch weitere Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit nutzen. So wollen wir neben der Entwicklung von Wohnungen gemeinsam mit der Region auch die Sicherung von regionalen Grünzügen erreichen und schlagen wie viele GRÜNE im Umland ein regionales Pendant zum GrünGürtel vor, um auch hier den Klimawandel nicht aus dem Blick zu lassen. Die Entwicklung der gesamten Region könnte von einer gemeinsam initiierten Internationalen Bauausstellung profitieren, die zuletzt unsere GRÜNE OB-Kandidatin

1 Der „Große Frankfurter Bogen“ ist eine Initiative der hessischen Landesregierung zur Schaffung von verkehrlich gut angebundenem Wohnraum in der Region. Mehr Informationen finden Sie hier: <https://www.grosser-frankfurter-bogen.de/>

Nargess Eskandari-Grünberg 2018 und Bürgermeister*innen aus dem Umland vorgeschlagen haben und die wir nach wie vor gemeinsam mit der Region umsetzen wollen.

Stadt zum Leben: vielfältig und urban

Die Vielfältigkeit der Stadtteile fördern

Frankfurt lebt von der Vielfältigkeit seiner verschiedenen Stadtteile. Jeder Stadtteil hat seine eigene Geschichte, seine baulichen Besonderheiten und seine besonderen Liebenswürdigkeiten. In den Stadtteilen schlägt das Herz der Stadt. Lebendige und lebenswerte Stadtteile brauchen die Verbindung von behutsamer Weiterentwicklung und der Erhaltung charakteristischer Strukturen, Bauten und identitätsstiftender Orte. Sie müssen auch bei Aufwertung oder Nachverdichtung ihre prägenden Charakteristika behalten.

Wir möchten die Stadtteile und ihre Quartiere aktiv weiterentwickeln, ohne ihre Besonderheiten und Charakteristika zu überformen. Dabei sollen die soziale Mischung der Quartiere, prägende Orte, spezifische Freizeitbedürfnisse der Bewohner, klimatische Bedingungen und die Verkehrsinfrastruktur im Auge behalten und verbessert werden.

In einigen Stadtteilen bzw. Quartieren sehen wir darüber hinaus städtebauliche Entwicklungen und Planungsvorhaben, die besonders kontrovers in der Stadtgesellschaft diskutiert werden und auch für uns große Herausforderungen bedeuten. Diesen Diskussionen müssen sich alle Beteiligten stellen. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass Stadtteile und Quartiere, deren Bewohner*innen sich als räumlich abgelegen und politisch nicht hinreichend wertgeschätzt sehen, größere Aufmerksamkeit erfahren.

Das Bahnhofsviertel entwickelt seit seiner Gründung eine besonders starke Dynamik in der Vielfalt seiner sozialen Zusammensetzung und Nutzungs-Mischung, die wir trotz der damit verbundenen Interessenskonflikte schützen wollen. Wie schon in den frühen Diskussionen um Prostitution und Sperrgebietsverordnung treten wir allen Versuchen entgegen, es in ein "cleanes Ambiente" für Wohlhabende und Pendler*innen umzuformen. Dies erfordert Akzeptanz von Allen und für Alle, die dort leben und arbeiten oder sich als Drogenkonsument*innen dort aufhalten. Der verstärkten Gentrifizierung des Quartiers wollen wir so weit wie möglich entgegenwirken.

Beim "Kulturcampus" – einer historisch einmaligen Chance städtebaulicher und kultureller Gestaltung für ein weit über den Stadtteil und Frankfurt hinaus ausstrahlendes soziales und ökologisches Modellquartier – wollen wir in der Umsetzung des rechtsverbindlichen Bebauungsplans sicherstellen, dass die Integration der Nutzungen Kultur, Arbeiten, Gastronomie, Wohnen, soziale Infrastruktur und attraktive Grünflächen mit erneuter Bürgerbetei-

ligung breite Akzeptanz findet. Dies soll eine politische Steuerungsgruppe mit der erforderlichen politischen Priorität beschleunigen.

Neue Ideen für die Innenstadt

Die Innenstadt ist das urbane Zentrum von Frankfurt. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise und der Krise in zahlreichen Einzelhandelsbereichen und dem damit verbundenen beschleunigten Strukturwandel müssen wir neue Strategien und Funktionen für die Innenstadt insbesondere im Bereich der Zeil finden und in Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den Mieter*innen und den Eigentümer*innen umsetzen.

Die Probleme der Innenstadt werden auch durch ihre Konkurrenz zum Online-Handel ausgelöst. Wir wollen Konzepte verwirklichen, die dazu führen, dass sich digitale und analoge Einkaufs- und Tourismuserlebnisse gegenseitig stärken können und die dafür notwendige Infrastruktur bereitstellen.

Wir wollen auch durch den Bau neuer Wohnungen in der Innenstadt dazu beitragen, dass einerseits Wohnraum entsteht und gleichzeitig die Innenstadt wieder mehr belebt wird. Auch kulturell und öffentlich nutzbare Gebäude sollen die Attraktivität der Innenstadt erhöhen, in der künftig der Konsum nicht mehr alleine im Fokus stehen soll. Frankfurts Innenstadt hat hinsichtlich Gestaltung, Begrünung und Pflege einen hohen Nachholbedarf. Wir brauchen insgesamt eine zukunftsorientierte, klimaangepasste und urbane Weiterentwicklung entsprechend bereits vorliegender städtebaulicher Konzepte.

Neben anderen bedeutsamen Plätzen ist die Hauptwache ein zentraler und besonders symbolischer Platz in vielerlei Hinsicht: So wie er jetzt ist, ist er maximal verbaut und maximal versiegelt. Wir benötigen endlich den lang vereinbarten Umbau und die Sanierung der B-Ebene und ihrer abgängigen Bausubstanz aus den '60er Jahren.

Vor allen Entscheidungen, ob und ggf. wo neue Hochhäuser in Frankfurt geplant werden sollen, wollen wir die Bürger*innen intensiv beteiligen, in den lokal direkt betroffenen Ortsteilen wie auch in stadtweiten Diskussionsforen. Generell sehen wir den Bedarf nach neuen Hochhäusern und Clustern kritisch und bereits die Ankündigung möglicher neuer Clusterstandorte als kontraproduktiv, wenn neue Spekulationen auf dem Grundstücksmarkt vermieden werden sollen. Dazu rechnen vor allem andern die Fingerzeige auf das Ostend und den Osthafen, bei dem wir politische langfristige Planungssicherheit versprochen haben. Insgesamt treten wir in der Diskussion um neue Hochhaus-Standorte auch trotz Nachfrage von globalen Akteuren für Zurückhaltung ein.

Städtebauliche Gestaltung im Dialog mit den Bürger*innen

Wir stellen immer wieder fest: die Kritik der Bürger*innen am Städtebau reißt nicht ab.

Wir wollen die Menschen noch mehr an der öffentlichen Diskussion der Gestaltung neuer Gebäude, Quartiere und Freiflächen beteiligen, indem wir laufende Projekte, für die keine Wettbewerbe stattgefunden haben, an zentraler Stelle mit einem Gestaltungsbeirat öffentlich diskutieren. Über eigene Gutachten soll der Gestaltungsbeirat sich bei allen Planungen früh in die Diskussion um gute Baukultur einschalten können.

Klimagerechte Stadt: Die Energie- und Wärmewende beschleunigen

Um die Klimaneutralität der Stadt bis 2035 erreichen zu können, muss unsere ganze Kraft auf den Umbau der Energie- und Wärmeerzeugung und eine deutliche Effizienzsteigerung in ihrer Nutzung gerichtet sein. Wir haben bereits mit der Klimaallianz wichtige Beschlüsse dazu gefasst – aber wir wollen noch entschiedener werden. Wir brauchen den Ausstieg aus der Kohle und perspektivisch auch aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern im Heizkraftwerk West und in Feuerungsanlagen der Industrie wie in Fechenheim. Wir brauchen den Ausbau von Solar- und Windkraft in Frankfurt und der Region. Wir benötigen viel mehr Stromerzeugung auf Dachflächen und an anderen Bauwerken wie Verkehrsbauwerken. Wir werden alle städtischen Flächen, die dafür geeignet sind, zur Verfügung stellen oder selbst nutzen. Wir wollen die Abwärme aus Industriebetrieben und Rechenzentren ebenso nutzen wie die Abwärme von Abwasser oder Geothermie. Kein Potenzial in Frankfurt darf ungenutzt bleiben, wenn wir das Klimaziel erreichen wollen.

Parallel müssen wir bei der Energienutzung wie auch beim Wärmeverbrauch weiter konsequent die Effizienz erhöhen und Energie einsparen. Weder Gaslaternen in der Straßenbeleuchtung noch energetisch unsanierte städtische Gebäude oder fossil betriebene Fahrzeuge sind mittelfristig tragbar. Wir werden da, wo wir als Stadt in Eigenregie entscheiden können, umsteuern, und da, wo private Eigentümer*innen oder Unternehmen verantwortlich sind, über Beratung und Förderangebote den Umstieg möglichst schnell vollziehen.

Wenn wir Frankfurt bis 2035 klimaneutral machen wollen, dann müssen wir nicht nur die städtischen Gebäude, sondern auch die privaten Wohn- und Gewerbegebäude in klimaneutrale oder zumindest deutlich klimafreundlichere Gebäude weiterentwickeln. Dies stellt eine riesige Herausforderung dar: Wir haben heute alleine rund 400.000 Wohnungen in Frankfurt, die teilweise dringend energetisch modernisiert werden müssen. Wir können

hier in großem Umfang CO₂-Emissionen einsparen, wenn wir die Eigentümer*innen dabei unterstützen, energieeffizientere Heizungen einzubauen, die Gebäudehüllen besser energetisch zu dämmen und Heizkraftstoffe aus klimaneutralen oder klimafreundlicheren Quellen zu nutzen. Wir zielen darauf ab, die Sanierungsquoten deutlich zu erhöhen – das Wuppertal Institut geht davon aus, dass eine Sanierungsquote von 4 % pro Jahr nötig ist, um Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Die energetische Modernisierung der Bestandsgebäude muss dabei so gestaltet werden, dass die Kosten fair geteilt und nicht über Gebühr auf die Mieter*innen abgewälzt werden.

Zukunftsfähige Bauweisen fördern, Nachhaltigkeit ins Zentrum

Wir werden das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen ebenso wie innovative Bauweisen, die rückbaubar und recyclinggerecht sind, fördern. Der Bausektor ist für 53 % des Abfalls verantwortlich und allein die Betonproduktion verursacht weltweit 8 % der CO₂-Emissionen. Wir müssen Stoffkreisläufe im Bausektor schließen und damit Abfallmengen und Ressourcenverbrauch senken. Wir müssen die lokale Bauwirtschaft und die regionale Wertschöpfung stärken. Wir wollen, dass der Bausektor zu einer Vorzeigewirtschaft der Kreislaufwirtschaft wird.

Wir setzen uns für die aktive Förderung des Holzbaus in Frankfurt ein. Durch den Holzbau kann das Klima entlastet werden, indem atmosphärisches CO₂ in den Gebäuden für Jahrzehnte zwischengelagert wird. In Hessen sind fast 40 % der Bodenfläche bewaldet. Eine pro-aktive Holzbau-Kultur ist somit nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zur lokalen Wertschöpfung und stärkt die Handwerkstraditionen.

Weil die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt oftmals eingeschränkt sind, wenn es darum geht, privaten Investor*innen Vorgaben zu machen, wollen wir in Frankfurt wo immer es geht Architekturwettbewerbe ausloben, in deren Bewertung Aspekte der Nachhaltigkeit und der Gesundheitsförderung eine wichtige Rolle einnehmen sollen. So entsteht ein offener Wettbewerb um die besten Ideen und den effizientesten Klima- und Gesundheitsschutz. In der Vergabepaxis der Stadt wollen wir diese Leitlinien ebenfalls etablieren.

Grüneres Frankfurt mit allen und für alle Grünflächen erhalten und erweitern

Frankfurt ist eine sehr grüne Stadt – fast 60 % des Stadtgebiets sind Grünflächen. Doch das Grün ist ungleich verteilt: das Grün des Stadtwalds ist für die Menschen im Gutleut oder in Eschersheim als Naherholungsgelegenheit weit weg. Wir wollen die Grünflächen

Frankfurts weiter ausbauen – so dass alle Frankfurter*innen eine fußläufige Verbindung zu echtem Grün haben. Das Konzept der Erweiterung des GrünGürtels durch Strahlen in die Region und Speichen in die Stadtteile und Quartiere wollen wir weiterentwickeln und konsequenter umsetzen. Neben der Entsiegelung und Begrünung zur Anpassung an den Klimawandel ist auch für Stadtmenschen die erlebbare Natur wichtig für Gesundheit und Lebensqualität. Dabei werden wir, wenn immer möglich, bei der Entsiegelung von Flächen im Stadtgebiet auf die Anlage von Wildblumenwiesen und Biotopen für eine Vielfalt von Arten auch im städtischen Umfeld hinwirken.

Artenvielfalt schützen

Neben der Klimakrise erleben wir auch ein massives Artensterben. Der globale Rückgang der Artenvielfalt ist beängstigend und in seinen bedrohlichen Ausmaßen noch nicht im öffentlichen Bewusstsein verankert. Dabei sind funktionierende Ökosysteme eine entscheidende Voraussetzung für unsere Nahrungsmittelversorgung. Ohne Bienen stünden mindestens ein Drittel der Nahrungsmittel, von denen wir leben, nicht zur Verfügung. Artenschutz ist also ähnlich wie Klimaschutz nicht nur Schutz der Umwelt, sondern auch lebenswichtiger Selbstschutz. Auch in der Stadt können und müssen wir alle einen Beitrag zum Artenschutz leisten – jeder Balkon kann ein Biotop sein. Artenschutz in der Stadt bedeutet auch, dass die Belange der Menschen manchmal hinter den Notwendigkeiten von Artenschutzmaßnahmen zurückstehen müssen. Hierfür braucht es intensive Informations- und Aufklärungspolitik, um Verständnis dafür zu wecken. Daneben werden wir auch mit den landwirtschaftlichen Betrieben und mit den Grundbesitzer*innen in Frankfurt zusammenarbeiten. Unser Ziel ist dabei: Landwirtschaft in Frankfurt dient auch dem Landschafts- und Artenschutz, wir ermöglichen und pflegen Biotope und Rückzugsräume, agieren ohne schädliche Chemikalien wie Glyphosat und schützen so neben der Artenvielfalt auch unsere Gesundheit.

Den Stadtwald zum Klimawald machen

Der Frankfurter Stadtwald gehört zu den größten innerstädtischen Wäldern in Deutschland. Es spendet uns frische Luft und Abkühlung, ist Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten und unser Naherholungsgebiet. Er ist unser grünes Juwel, aber er ist stark gefährdet. So stark, dass viele vom Waldsterben 2.0 sprechen. Die Auswirkungen der Klimakrise haben in unserem Stadtwald bereits ihre verheerenden Spuren hinterlassen. Auch deshalb soll der Wald zum Klimawald werden und durch ein klimagerechtes Waldbauprogramm gestärkt werden. Dabei gilt, dass der Walderhalt vorrangiges Ziel ist und es keine baulichen Eingriffe im Wald geben soll. Im Wald soll auf eine Neupflanzung von nicht standortange-

passten Bäumen verzichtet und autochthone europäische Baumarten im Hinblick auf ihre Klimastabilität getestet werden. Wir streben die Vergrößerung unseres Stadtwaldes und damit auch eines wichtigen Kohlestoffspeichers durch Ankauf und Aufforstung von Flächen an. Der Wald wird nach den Prinzipien der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft bewirtschaftet. Dabei sollen die Erkenntnisse aus den Prozessschutzflächen einfließen. Er wird weiterhin nach den Prinzipien des FSC zertifiziert. Um die Klimaschäden im Wald zu beseitigen und den Aufbau eines klimastabilen Waldes voranzubringen, wollen wir das Forstpersonal aufstocken. Wir setzen uns für die vermehrte Holznutzung beim Bauen in Frankfurt ein, denn dadurch wird Kohlenstoff langfristig als Bauholz gebunden. Wir starten eine Kampagne für Holzbauweise in Frankfurt.

Landwirtschaft in Frankfurt erhalten

In Frankfurt existieren etwa 5000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Das ist gut so. Denn wenn wir regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel genießen wollen, können wir die nicht über den Frankfurter Flughafen importieren. Die neue Ökomodellregion Rhein-Main¹ bietet für die Landwirt*innen und die Verbraucher*innen ein großes Potential. Das wollen wir zusammen mit den Landwirt*innen, den Verbraucher*innen, Solawist*innen und dem Ernährungsrat Frankfurt nutzen. Wir prüfen auch, wie wir Depots für Solawis und andere Initiativen unterstützen können und entwickeln eine Streuobststrategie für Frankfurt.

Müll vermeiden, Wasser schützen

Auch der Umgang mit natürlichen Ressourcen muss sich nicht zuletzt wegen des Klimawandels ändern. Wir müssen hin zu einer Lebensart, die Abfallvermeidung, Wiederverwendung oder zumindest -verwertung anstrebt. Das gilt für Verpackungen, Wertstoffe in Elektronik und anderen Konsumgütern ebenso wie für das Lebenselixier Wasser. Gerade Wasser ist eine Ressource, die angesichts des Klimawandels weltweit knapp zu werden droht. In den trockenen Sommern der letzten Jahre haben wir erlebt, wie auch Frankfurt seinen Bedarf nur noch auf Kosten der Natur in der Region decken konnte. Das ist ein Zustand, der schnellstmöglich beendet werden muss, auch um die Wasserressourcen der Umgebung dort zu belassen, wo sie ebenfalls benötigt werden. Auch für die dringend notwendige verstärkte Neupflanzung und Begrünung brauchen wir ein nachhaltiges Konzept für die Bewässerung. Wir brauchen deshalb insgesamt einen besseren Umgang mit Trink- und Brauchwasser, mehr Brauchwassersysteme insbesondere bei neuen Projekten und zugleich mehr kostenlos zugängliches Trinkwasser im öffentlichen Raum, um die Gesundheit der

¹ Informationen zum Programm der Ökomodellregionen in Hessen finden Sie hier: <https://www.oekomodellregionen-hessen.de/>

Menschen in der überhitzten Stadt zu schützen. Gemeinsam mit der Mainova wollen wir prüfen, wie wir die sparsame Nutzung von Trinkwasser befördern können – durch Information, aber beispielsweise auch durch Rückvergütungsmodelle. Tropfende Wasserhähne und defekte Toilettenspülungen sind Kleinigkeiten, die aber in der Summe zu großer Wasserverschwendung führen können, die wir vermeiden wollen.

Bürger*innenbeteiligung verbessern, Kinder und Jugendliche aktiv einbeziehen

In der Stadtplanung hat die Beteiligung der Bürger*innen eine lange Geschichte, ist aber zu oft auch ein abgegriffenes Ritual. Wir wollen neue Wege finden, um die Beteiligung auch von Gruppen zu ermöglichen, die sonst unterrepräsentiert sind. Dabei ist unser Ziel, auch Teile der Entscheidungsprozesse zugänglich zu machen, die das bisher nicht sind. So könnten Beteiligungsformate bereits in Wettbewerben für alle Seiten fruchtbar sein.

Vor allem aber wollen wir die Stadt der Zukunft nicht ohne die Kinder und Jugendlichen entwickeln. Sie sind die Expert*innen für ihre eigenen Bedürfnisse. Sie sehen die Welt mit eigenen Augen und aus ihrer eigenen Augenhöhe, sind noch fern von eingefahrenen Ritualen. Diesen frischen Blick wollen wir nutzen und Kinder und Jugendliche sowohl in der klein- wie auch in der großräumigen Entwicklung gezielt beteiligen.

Frauen: 100 % für 50 %!

In unserer Stadt leben wie überall auf der Welt etwa 50 % Frauen. Ihre Bedürfnisse und Sichtweisen sind aber längst nicht zu 50 % in der Stadtplanung und -entwicklung berücksichtigt. Stadtplanung und Architektur sind nach wie vor im Denken, Handeln und Entscheiden eher männlich dominierte Metiers. Für uns ist die Maxime: Nicht nur „auch für Frauen“ planen, sondern mit und durch Frauen planen. Wo immer unterschiedliche Lebensweisen und Bedürfnisse zu berücksichtigen sind, wird das nicht durch „Sensibilisierung“ zu erreichen sein, sondern nur durch Beteiligung. Es muss selbstverständlich werden, dass unsere Gesellschaft zu 100 % gleichberechtigt ist. Wir werden dafür kämpfen, dass sie das wird – auch in der Beteiligung an der Stadtplanung.

Für folgende Maßnahmen stehen wir:

Den Klimaschutz ins Zentrum der Politik rücken

- Wir werden das Umweltdezernat in ein Dezernat für Umwelt und Klimaschutz weiterentwickeln.
- Das Energiereferat wird ausgebaut und steuert die lokalen Maßnahmen zur Energiewende und zur Umsetzung der Klimaallianz
- Der Masterplan 100% erneuerbare Energien wird evaluiert und zu einem Klimaschutzplan mit klarem Zielpfad weiterentwickelt, um die aktualisierten Klimaziele bis 2035 erreichen zu können. Wir vereinbaren verbindliche Maßnahmen in den einzelnen Politikbereichen, legen Verantwortlichkeiten für die Umsetzung fest und etablieren eine jährliche Berichterstattung über die Zielerreichung. Bei Zielabweichungen werden gemeinsam mit der Klimaschutz-Expert*innen-Kommission Maßnahmen zur schnellen Kurskorrektur identifiziert und umgesetzt.
- Wir entwickeln Pläne für den Umgang mit Krisensituationen, die durch den Klimawandel wahrscheinlicher werden: Hitzewellen, Trockenheit, Starkregen, aber auch Pandemien werden uns in Zukunft häufiger treffen und die Corona-Krise hat gezeigt, dass die lokalen Strukturen auf solche Ereignisse vorbereitet sein müssen.
- Der Zielerreichungsgrad beim Klimaschutz und insbesondere die CO₂-Bilanz werden jährlich der Stadtverordnetenversammlung berichtet.
- Wir werden eine Klimaschutz-Expert*innen-Kommission einberufen, die Politik und Verwaltung fortlaufend auf der Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über geeignete Klimaschutzmaßnahmen berät und deren Ergebnisse bewertet.

Die Energiewende lokal umsetzen

- Wir werden die Energieversorgung für alle kommunalen öffentlichen Gebäude, für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe, für den öffentlichen Nahverkehr und für die Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, möglichst schnell auf 100 % Ökostrom umstellen. Außerdem erstellen wir Sanierungsfahrpläne für alle städtischen Gebäude.
- Die Verbrennung von Steinkohle im Heizkraftwerk West beenden wir wie in der Klimaallianz vereinbart bis Mitte des Jahrzehnts. Parallel bleiben wir mit der Mainova, der Wissenschaft und Umweltverbänden darüber im Gespräch, welche technischen Alternativen sich jetzt oder zukünftig bieten, um komplett aus der Nutzung fossiler Brennstoffe auszusteigen, damit die aktuell anstehenden hohen Infrastruktur-Investitionen nicht zur Hürde für unser Ziel der Klimaneutralität 2035 werden.

- Wir intensivieren die Verhandlungen mit der Industrie, um auch in diesem Bereich möglichst zur unmittelbaren Umstellung von bestehenden Kraftwerken weg von Kohleverfeuerung zum Beispiel im Braunkohlestaub-Kraftwerk in Fechenheim (prioritär), aber auch insgesamt hin zu erneuerbaren Energiequellen zu kommen.
- Wir öffnen alle öffentlichen Gebäude für die Nutzung zur Strom-/Wärmegewinnung aus erneuerbaren Quellen. Für Photovoltaik-Anlagen nutzbare Dachflächen ermitteln wir über das Solarkataster. Städtische Flächen werden wie in der Klimaallianz beschlossen zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für Gebäude von Unternehmen, auf die die Stadt unmittelbar Einfluss nehmen kann.
- Wir wollen eine kommunale Photovoltaik-Pflicht für Neubauten von Nicht-Wohngebäuden und werden die Leitlinien für die Wirtschaftlichkeit von Solar- und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden überarbeiten.
- Wir streben gemeinsam mit der Mainova und mit Bürgergemeinschaften den Ausbau von Speichermöglichkeiten für Energieüberschüsse aus erneuerbaren Quellen im Sommer an, die zur Deckung des Bedarfs zum Beispiel bei der Wärmeversorgung im Winter genutzt werden können. In diesem Zusammenhang prüfen wir, ob die Biogasanlage am Osthafen genutzt und ausgebaut werden kann.
- Wir überprüfen Regelungen darauf hin, wo Hürden für die Energiewende abgebaut werden können. Balkonkraftwerke und ähnliche kleine Anlagen können zur Energieversorgung der Zukunft beitragen. Wir wollen sie in den Erhaltungssatzungen in Zukunft erlauben.
- Wir prüfen, welche Verkehrsbauwerke (Lärmschutzwände, Flächen an Fernstraßen oder über Park & Ride-Parkplätzen etc.) für die Nutzung für Photovoltaik oder Kleinwindanlagen in Frage kommen und erschließen diese Potenziale.
- Wir prüfen, inwieweit Beschränkungen für den Blendschutz im Flugverkehr aufgrund von neuen technischen Entwicklungen aufgehoben werden können, damit das riesige Potential für Photovoltaik-Anlagen im Bereich des Flughafens genutzt werden kann.
- Wir bauen die Beratungskapazitäten zur Energiewende im Energiereferat deutlich aus und gründen ein Energiewendezentrum in Zusammenarbeit mit Umwelt- und Klimaschutzverbänden und bestehenden Strukturen und Initiativen vor Ort. Darüber hinaus wollen wir wie u.a. Freiburg eine „Energiekarawane“ gründen, die aufsuchende Sanierungsberatung anbietet.
- Wir entwickeln gemeinsam mit den Pächtern von städtischen Flächen Strategien zur verträglichen Einführung von AgroPV als Kombination aus Photovoltaik und landwirt-

schaftlicher Nutzung. Wir streben an, dass auch von der Stadt beeinflusste Stiftungen entsprechende Vereinbarungen schließen.

- Auch bei Gebäuden werden wir die Kombination von Dach- und Fassadenbegrünung mit halbtransparenten PV-Anlagen voranbringen und pilothaft bei städtischen Gebäuden selbst testen.
- Wir entwickeln gemeinsam mit der Mainova und ggf. weiteren Partnern ein Modell, mit dem das existierende Stromnetz für die Einspeisungen von Ökostrom aus dezentralen Anlagen geöffnet werden kann. So können wir trotz der aktuellen Ökostrom-feindlichen Regeln im von Schwarz/Gelb 2009 reformierten EEG Ökostrom zur Eigennutzung günstiger stellen.
- Wir legen Programme zur Förderung des Ausbaus von Photovoltaik, Solarthermie und von Effizienzsteigerungen bei der Wärmeerzeugung und -nutzung auf. Diese Programme werden gemeinsam mit lokalen Energieversorgern aufgelegt und aus dem Klimaschutzfonds der Stadt Frankfurt (mit-)finanziert. Wir werden in diesem Zuge auch überprüfen, wie Denkmalschutz und Photovoltaik vereinbar gemacht werden können.
- Die Stadt Frankfurt soll ihren Anteil und den daraus resultierenden Einfluss insbesondere an Sportstätten nutzen, die für große Veranstaltungen genutzt werden, um sicherzustellen, dass diese auf den höchsten energetischen Standard gebracht und mit Solarthermie- und Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Bei Neubauten sollen diese verpflichtend sein.
- Wir prüfen die Zusammenarbeit mit der Region zum Ausbau von Energiepartnerschaften und zur Abnahme von erneuerbaren Energien aus Umlandkommunen, die in der Energieerzeugung ein Geschäftsmodell entwickeln wollen und können.
- Wir beschleunigen wie in der Klimaallianz vereinbart den Austausch der immer noch existierenden Gas-Laternen in Frankfurt, die nicht nur ineffizient, sondern auch extrem teuer in der Wartung sind, gegen energiesparende Leuchtmittel.
- Wir streben an, dass die Mainova in Zukunft ihren Ökostrom-Tarif als das primäre Angebot und zum gleichen Preis wie Strom aus anderen Quellen vermarktet und bis 2030 aus der fossilen Energiegewinnung aussteigt und unterstützen die Mainova bei der Entwicklung einer Wasserstoff-Strategie.
- Wir streben die Versorgung von Schiffen am Mainkai mit Strom aus erneuerbaren Quellen an und ersetzen mittelfristig die anhaltende Verbrennung von fossilen Brennstoffen durch anliegende Schiffe durch Landstrom (außer zum Antrieb der Schiffe).

- Wir starten ein Förderprogramm für Green-IT in Unternehmen und unterstützen die Entwicklung eines Null-Emissions-Gewerbeparks, zum Beispiel am ehemaligen Chemie-Standort Griesheim.

Die Wärmewende angehen

- Wir etablieren den Plusenergiehausstandard und testen und fördern ihn in Zusammenarbeit mit der ABG und anderen Wohnungsbaugesellschaften auch im Bestand. Wir streben auch mit privaten Bauträgern entsprechende Vereinbarungen an, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen und das Ziel der Klimaneutralität spätestens 2035 unterstützen.
- Styropor und andere nicht nachhaltige Dämmmaterialien werden dem Ziel des nachhaltigen Bauens nicht gerecht. Wir setzen bei städtischen Neubauten nach Möglichkeit auf nachhaltige Dämmmaterialien und beraten auch private Bauträger dahingehend, diesem Vorbild zu folgen.
- Wir setzen ein Programm zur Information und zur Unterstützung bei der Umstellung insbesondere von alten Nachtspeicheröfen auf moderne Technologien auf, die erheblich effizienter arbeiten.
- Wir versetzen das Energiereferat in die Lage, möglichst jährlich eine detaillierte Übersicht über den energetischen Zustand des Wohn- und Gewerbegebäudebestands zu erstellen und die Informations- und Beratungsangebote zur energetischen Modernisierung von privaten Wohn- und Gewerbegebäuden im Bestand stark auszuweiten und setzen uns dafür ein, dass die städtischen Fördermittel für die energetische Modernisierung deutlich aufgestockt werden.
- Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz zur Prüfung der Abwärmenutzung von Rechenzentren um und erarbeiten Vorgaben für Null-Emissions-Rechenzentren.
- Wir entwickeln ein allgemeines Abwärmekataster, intensivieren die Bemühungen zur Abwärmenutzung auch des Industrieparks Höchst und prüfen die Möglichkeit von lokalen Wärmenetzen zum Beispiel für Verbraucher wie z.B. Schwimmbäder.
- Wir nutzen die Ergebnisse des Katasters für Abwärme aus Abwasserkanälen, vereinfachen die Regelungen zur Nutzung und prüfen die Nutzung des Abwassernetzes zum Nahwärmetransport.

Die Stadt klimaverträglich und sozial weiterentwickeln

- Wir setzen die Beschlüsse der Klimaallianz um und prüfen alle neuen Entwicklungsmaßnahmen auf ihre Auswirkungen auf das Klima – lokal und global, also auf den Einfluss auf Emissionen ebenso wie auf das Stadtklima. Die Gutachten machen wir öffentlich und die Prüfung ist ergebnisoffen. Jede Weiterentwicklung muss zu einer Verbesserung der Klimabilanz führen, ansonsten sind Alternativen aufzuzeigen.
- Die von uns GRÜNEN unterstützten Überlegungen zu neuen Stadtquartieren im Frankfurter Nordwesten beiderseits der A 5 bewerten wir erst nach Vorlage der noch ausstehenden Gutachten zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme. Zu den Überlegungen für alle Quartiere westlich der A 5 wollen wir als ersten Planungsschritt, dass vom GRÜN her geplant wird: Nämlich Grünstrukturen, insbesondere entlang der Bachtäler und Senken, die als Erholungsraum für die Artenvielfalt und Verbindungswege in die Nachbarstädte genutzt werden können. Sie sollen ein stabiles grünes Grundgerüst darstellen, unabhängig von der zukünftigen Entwicklung. Weitergehende städtebauliche Planungen beurteilen wir erst zu einem späteren Zeitpunkt entsprechend dem dann gegebenen Wohnbedarf und den künftigen Empfehlungen des Beratergremiums Consilium, das wir GRÜNE initiiert haben. Die Prüfungen, ob östlich und westlich der Autobahn eine klimaverträgliche Entwicklung möglich ist, setzen wir fort. Grundsätzlich sind bei den entsprechenden Untersuchungen als Leitlinien essentiell:
 - Kalt- und Frischluftschneisen dürfen nicht verschlossen werden.
 - Natur- und Landschaftsbestandteile sowie der Artenschutz sind bei weiteren Planungen zu berücksichtigen und so weit wie möglich freizuhalten bzw. zu berücksichtigen, die Rahmenbedingungen der Klimaallianz gelten auch für diese Prüfungen.
 - Jede mögliche Entwicklung muss mit den gewachsenen Strukturen in den umliegenden Stadtteilen abgeglichen und verträglich sein.
 - Neue Quartiere sind mit qualifizierten Grünräumen, moderner Mobilität und weitgehend autofrei zu planen. Eine gute Anbindung insbesondere an den ÖPNV (sowohl zwischen den Quartieren wie auch mit der Region) ist sicherzustellen.
 - Wir wollen für eine mögliche Planung einen über den bisherigen Baulandbeschluss hinausgehenden Anteil von gefördertem Wohnungsbau.
- Wir setzen uns dafür ein, die Bebauung im Bereich des so genannten Innovationsviertels (Baugebiet „Günthersburghöfe“) auf die bereits versiegelten Flächen zu begrenzen (Randbebauung).

- Damit wollen wir der zunehmenden öffentlichen, sozialen und kulturellen Nutzung der bestehenden Grünfläche Rechnung tragen. Dichte und jahrzehntelange bewachsene Flächen inmitten der Stadt bekommen angesichts zunehmender Temperaturen im Zuge des Klimawandels eine immer wichtigere Bedeutung.
- Auch ihre soziale und kulturelle Funktion als Aufenthaltsorte ist wesentlich. Letzteres hat sich in der Corona-Krise in besonderem Maße gezeigt. Des Weiteren hat das hier bestehende naturnahe Gebiet mit großem Baumbestand einen extrem hohen Nutzen für Kaltluftentstehung, Verdunstungseffekte und CO₂-Speicherung sowie der Biodiversität in der Stadt, die es zu erhalten gilt.
- Gleichzeitig ist die im letzten Jahr entstandene öffentliche Gartenfläche ein Novum in Frankfurt und eine zu unterstützende Form der gemeinschaftlichen und natur-schonenden Nutzung der bestehenden Grünflächen.
- Bei den neu geschaffenen Wohnungen/Randbebauung sollen mindestens die vom Baulandbeschluss geforderten Quoten von gefördertem, gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem Wohnen erfüllt werden, damit eine vielfältige Bevölkerungsstruktur entsteht.
- Bei der Randbebauung sollen moderne Technologien und Verfahren für nachhaltige und umweltverträgliche Baustoffe und Bauweisen zum Einsatz kommen.
- Klimaverträgliches Bauen, effiziente Bewirtschaftung und vielfältiges Wohnen sollen die Ziele sein.
- Wir setzen uns nach wie vor für die Einhausung der A661 ein, um so zur Lärmmin-derung beizutragen und um eine fußläufige und Fahrrad-Verbindung zwischen den Stadtteilen Nordend, Bornheim und Seckbach zu schaffen. Auch Grünflächen und Parks werden so miteinander verbunden.
- Wir werden das ISTEK als Konzept für die Steuerung einer integrierten und nachhal-tigen Stadtplanung konsequent anwenden, weiterentwickeln, vertiefen und konkre-tisieren. So werden wir nachhaltige Konzepte und Maßnahmen für die acht im ISTEK genannten Schwerpunkträume entwickeln.
- Wir setzen ein Forschungsprojekt „Grüne Stadt der Zukunft“ auf, in dem wir gemeinsam mit Expert*innen und den Bürger*innen Konzepte für eine klimaresiliente Stadt entwi-ckeln. Die Ergebnisse gehen in die Weiterentwicklung auf allen Ebenen ein.
- Wir werden die im ISTEK beschriebenen Leitprojekte (z.B. Frankfurter Bündnis für das Wohnen; eine neue wohnungspolitische Konzeption für Frankfurt; die Weiterentwick-lung der Siedlungen aus den 1950er bis 1970er Jahren; Leitlinien für die städtebau-liche Weiterentwicklung der Quartiere; nachhaltiges Flächenmanagementsystem;

Freiflächen für mehr Lebensqualität sichern und entwickeln; Stadtwerkstatt einrichten und etablieren) umsetzen.

- Wir werden das ISTEK in einem nächsten Schritt unter Beteiligung der Bürger*innen auf die Stadtteile herunterbrechen und Stadtteilentwicklungskonzepte erstellen.
- Wir setzen die Beschlüsse der Klimaallianz um und entwickeln alle neuen Quartiere klimaneutral – mit moderner Mobilität, weitgehend autofrei mit viel Grün und klima-optimierter Gestaltung, mit erneuerbaren Energien und emissionsfrei. Wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse und erfolgreiche Konzepte in anderen Kommunen sind dafür auch in Zukunft unsere Grundlage. Neue Quartiere müssen gut an den ÖPNV angeschlossen sein. Eine bedarfsgerechte Taktung mit entsprechenden Kapazitäten soll von Beginn an Bestandteil der Planung und Umsetzung der Projekte sein. Zudem müssen neue Quartiere über ein Netz zusammenhängender Fahrradwege, ausreichende Bike & Ride-Stellplätze an ÖPNV-Knotenpunkten, Platz für Schulen, Kindergärten und soziale Infrastruktur sowie attraktive Begegnungs- und Grünflächen verfügen. Parkplätze soll es nur noch in Quartiersgaragen an den Zufahrten zum Quartier geben.
- Natur- und Landschaftsbestandteile sollen integriert bei jeder Planung einbezogen und, wo möglich, noch vor der Wohnbebauung verwirklicht werden.
- Wir legen im Inneren neuer Wohnquartiere bezüglich Klimaschutz, Artenschutz und Nutzbarkeit hochwertige Grünräume an und gestalten Innenhöfe und Vorgärten auch im Bestand entsprechend um. Dabei streben wir insbesondere großkronige Bäume und ökologisch vielfältige Wiesen und Biotop an.
- Initiativen für eine nachhaltige und solidarische Nahversorgung mit Lebensmitteln wie Urban Gardening und Solidarische Landwirtschaft¹ (SoLaWi), bei denen Menschen Ernteanteile zu einem Festpreis bei Landwirt*innen beziehen, werden wir fördern. In Neubaugebieten werden sowohl Anbaumöglichkeiten für Urban Gardening als auch Depots für die Verteilung von SoLaWi-Produkten von vornherein eingeplant.
- Wir prüfen die Möglichkeiten eines echten autofreien Quartiers und starten einen Ideenwettbewerb um geeignete Flächen und Konzepte. Einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss wollen wir in der kommenden Wahlperiode auf den Weg bringen.
- In einem Freiflächenentwicklungsplan werden weitere für die Klimasituation vor Ort relevante Grünflächen erfasst und entsprechend geschützt. Bestehende Grünflächen sollen qualitativ aufgewertet und in die umliegende Bebauungsstruktur integriert werden.

1 In der Solidarischen Landwirtschaft tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Mehr Informationen: <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/>

- Die Kühlmöglichkeiten von Wasser durch die Anlage von Fließgewässern und Brunnen innerhalb einer dichten Bebauung werden wir insbesondere in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen nutzen, ohne dabei wertvolles Trinkwasser unnötig zu vergeuden.
- Der kühlende und lärmindernde Effekt von Fassadenbegrünung ist für eine Metropole wie Frankfurt von hoher Bedeutung. Wir wollen deshalb grüne Fassaden überall dort in der Stadtplanung durchsetzen, wo dies baurechtlich möglich ist und die Beratung von Investor*innen verstärken. Für die Begrünung von Bestandsgebäuden entwickeln wir gemeinsam mit kompetenten Partner*innen vor Ort, wie beispielsweise der Frankfurt University of Applied Sciences, Konzepte und führen das Förderprogramm „Frankfurt frisch auf“ konsequent weiter fort. Hochhäuser bieten hier mit ihren großen Fassadenflächen besonderes Potenzial, das wir nutzen wollen.
- Hinsichtlich des Rohstoffverbrauchs und des Abfallaufkommens müssen wir im Baugewerbe zu deutlichen Fortschritten kommen. Wir entwickeln eine Strategie zum ressourcenschonenden Bauen, die nicht nur die Frage nach der klimagerechten und sozialen Planung, sondern auch eine ökologische, ressourcenschonende Umsetzung während des Baus in den Blick nimmt. Wir streben dabei auch eine möglichst umweltgerechte Baustellenlogistik und innovative Lösungen zum Recycling von Abbruchmaterialien an. Wir werden auch prüfen, wie wir Elemente der Kreislaufwirtschaft beim Bauen etablieren können – zum Beispiel durch die Nutzung von Recycling-Beton bei städtischen Neubauten, die Einrichtung eines Bauteile-Lagers oder die Verwendung von Holz aus dem Stadtwald. Erste Projekte mit diesen Zielen und unter Beteiligung von Bürger*innen und Expert*innen wollen wir schnell auf den Weg bringen.
- Wir setzen bei neuen Nutzungen auf Umbau vor Abriss. Auch im Bau gilt: Wiederverwendung ist besser als Recycling, Recycling ist besser als Wegwerfen.
- Wir entwickeln Vorhaben nach Möglichkeit in komplett ökologischer Bauweise und verzichten dabei insbesondere so weit wie möglich auf den CO₂-intensiven Beton und Zement sowie auf Dämmstoffe auf Basis fossiler Rohstoffe wie Polysterol.
- Wir prüfen die Fördermöglichkeiten für gemeinschaftliche Wohnformen im geförderten Preisbereich und beseitigen eventuell vorhandene Hürden.

Eine neue Bodenpolitik etablieren

- Wir werden in Frankfurt ein „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ins Leben rufen, das Stadtteilpolitik, Genossenschaften, Initiativen für gemeinschaftliches Wohnen, Wohnungsgesellschaften, private Grundstückseigentümer*innen, Stiftungen, Kirchen und

Wirtschaftsunternehmen in das Ziel einbindet, Flächen für preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

- Wir streben an, in Frankfurt eine Agentur nach Vorbild der Münchner GIMA zu bilden, zu deren Gunsten Vorkaufsrechte in Milieuschutzgebieten ausgeübt werden können und die als Vermittlerin an andere Genossenschaften oder gemeinschaftliche Projekte dienen kann. Ziel ist die Mehrung von gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem Wohnen in Frankfurt.
- Den Baulandbeschluss von 2020 setzen wir konsequent um und schreiben ihn fort. Zukünftig soll es für öffentliche und private Träger verbindliche Quoten von 60 % sozialen Wohnungsbaus (40 % für den 1. und 20 % für den 2. Förderweg), 20 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren und 15 % für frei finanzierten Mietwohnungsbau geben, diese Quoten gelten unabhängig voneinander. Außerdem dehnen wir den Baulandbeschluss auch auf kleinere Vorhaben unter 30 Wohneinheiten aus.
- Wir bekräftigen die Haltung der Stadt, in Zukunft keine Flächen mehr zu verkaufen, außer in begründeten Einzelfällen, zum Beispiel kleinflächige Randgrundstücke. Vermehrt soll die Stadt ihre Flächen für Wohnungsbau nur noch im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen. Die Wertermittlung, auf deren Grundlage der Erbbauzins ermittelt wird, wollen wir dabei gemeinwohlorientiert gestalten und die Möglichkeit einer konzeptabhängigen Erbpacht von 1,5 % oder weniger schaffen. Flächen, die für unrentierliche Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, werden nicht mehr als Bruttogeschossfläche angerechnet, die zur Berechnung des Erbbauzins herangezogen wird.
- Eigene Flächen der Stadt vergeben wir in Zukunft vorrangig im Konzeptverfahren, z.B. für sozialen und bezahlbaren Wohnraum, Wohnraum für besondere Gruppen, kulturelle und soziale Infrastruktur, Versorgungsinfrastruktur oder Kleingewerbe.
- Die Stadt verstärkt den strategischen Ankauf von Flächen; stattet dazu den Liegenschaftsfonds besser aus und nutzt verstärkt das Vorkaufsrecht. Wir setzen uns dafür ein, dieses Vorkaufsrecht zu einem Preis zu ermöglichen, der Spekulationsgewinne ausschließt.
- Die Stadt Frankfurt soll bei der Aufstellung von Bebauungsplänen das Ziel verfolgen, mindestens die Hälfte der überplanten Flächen zu Anfangspreisen aufkaufen zu können, um sie im kommunalen Zwischenerwerb ihren Bedürfnissen entsprechend weiter zu entwickeln und der Aufwärtsspirale der Bodenpreise ein wirksames Mittel entgegen zu setzen. Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, die Stadt würde hier Aus-

nahmen machen, daher soll eine entsprechende kommunale Satzung Rechtssicherheit schaffen.

- Über Kredite oder eine eigene Anleihe soll die Stadt Frankfurt für die ABG oder eine zu gründende Gesellschaft den Ankauf von Grundstücken auch zu Marktpreisen finanzieren, auf denen dann entweder die ABG Bauvorhaben umsetzen kann oder die von der Stadt nach kurzer Zeit wieder veräußert bzw. verpachtet werden. Auf diesem Weg kann die Stadt Rahmenbedingungen im Sinne ihrer gewünschten sozialen und ökologischen Vorstellungen festsetzen.
- Wir setzen uns für eine Reform des Bodenbewertungsrechts ein; mindestens beim Wohnungsbau müssen wir bei der Grundstücksbewertung weg vom Prinzip der Anlehnung an die Marktpreise; ggf. müssen die Bodenpreise in überhitzten Märkten temporär eingefroren werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass künftig Liegenschaften von Bund und Land zu einem Preis an die Kommunen verkauft werden, der die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ermöglicht.
- Wir wollen auch im Bereich der Flächen für Handel, Dienstleistungen und innerstädtisches Gewerbe prüfen, ob der Erwerb von zentralen Grundstücken, etwa im Wege des Vorkaufsrechts, möglich und sinnvoll ist, um gezielte Unterstützung für vielfältige Zentren und Unterzentren anbieten zu können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinnützige Stiftungen mit städtischem Patronat, die in Frankfurt über Flächen verfügen, die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum als Stiftungszweck aufnehmen, damit auf ihren Flächen zu günstigen Erbpachtzinsen Wohnraum geschaffen werden kann. Stiftungseigene und kirchliche Gemeinbedarfsflächen wollen wir nicht privatisieren, sondern ggf. in öffentliches Eigentum übernehmen.

Die Potenziale in der Innenentwicklung verträglich nutzen

- Wir können einen Teil der dringend nötigen zusätzlichen Wohnungen durch den Ausbau von Dächern, die Aufstockung von bestehenden Gebäuden oder die Schließung von Baulücken schaffen. Wir bevorzugen den Bau von urbanen Wohnhäusern mit einer höheren Geschoszahl gegenüber der verstärkten Versiegelung. Jede bauliche Verdichtung, jeder Neubau, Umbau und Straßenbau muss dabei mit einer deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen, z.B. auch bei Schulen, Schulhöfen, Kitas und Sportplätzen.

- Für Stadtteile mit klaren städtebaulichen Missständen wird koordiniert mit den Menschen in den Stadtteilen noch stärker die Bund-Länder-Förderung (Städtebauförderung) in Anspruch genommen und es werden Quartiersmanagements eingesetzt.
- Wir nehmen eine systematische Prüfung der alten „Rahmenbebauungspläne“ der Stadt Frankfurt vor. Geprüft werden sollen insbesondere die Nachverdichtungspotenziale und die Möglichkeiten der Erhaltung wertvoller Grünflächen und Bäume. Wir entwickeln so ein Nachverdichtungskataster, das über den Baulückenatlas hinausgeht.
- Wir streben auch bei der Nachverdichtung städtebauliche Verträge an, um die Begünstigten an den Allgemekosten zu beteiligen und zum Beispiel auf die Preisgestaltung Einfluss nehmen zu können.
- Wir setzen uns bei Land und Bund dafür ein, Regelungen zu schaffen, mit denen ein Anteil an sozialem Wohnungsbau einschließlich Infrastrukturfolgekosten auch bei Bauvorhaben im unbeplanten Innenbereich (sog. „34er Gebiete“) über Festsetzungen in einfachen Bebauungsplänen eingefordert werden und mit städtebaulichen Verträgen abgesichert werden kann, so wie dies die Baulandkommission des Bundes vorschlägt.
- Nachverdichtung kann nur mit der Nachbarschaft gelingen. Wir beteiligen die Bürger*innen deshalb von Anfang an.
- Wir prüfen ein Förderprogramm oder andere Optionen, um Hürden bei der Aufstockung von Wohnsiedlungen zu überwinden. Nur so kann sichergestellt werden, dass in der Nachverdichtung auch eine hohe Zahl von Wohnungen durch Aufstockung erreicht wird.
- Bei allen Nachverdichtungsprojekten in zusammenhängenden Wohnsiedlungen drängen wir darauf, dass vor Fällung von Bäumen, auch im Zusammenhang mit dem Brandschutz, intensiv andere Lösungen geprüft und die Ergebnisse der Prüfungen nachvollziehbar dokumentiert werden.
- Stellplatzanforderungen werden minimiert und notwendige Stellplätze, z.B. für Carsharing, vorzugsweise in Hochgaragen angeordnet, bei Nachverdichtungen wird zugunsten von bestehenden oder zu pflanzenden Bäumen nach Möglichkeit auf Tiefgaragen verzichtet.
- Wir schonen existierende Freiflächen auch bei der Nachverdichtung. Wir erstellen eine Freiflächengestaltungssatzung und erfassen solche Flächen systematisch. Neue Versiegelung wird ortsnah ausgeglichen, zusätzlichen Flächenverbrauch für private PKW werden wir minimieren.
- Wir evaluieren die Stellplatzsatzung und verringern die Quote an Stellplätzen je Wohneinheit, um dem Ziel, autofreie Quartiere zu ermöglichen, näher zu kommen.

Bezahlbare Mieten erhalten

- Für gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften und Baugemeinschaften werden wir mehr Bauflächen zu guten Bedingungen anbieten, für die sie sich in Konzeptverfahren bewerben können, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- Städtische Wohnungsbaugesellschaften bzw. solche mit städtischer Beteiligung (z.B. ABG, Nassauische Heimstätte) sollen Vorreiter für bezahlbaren Wohnungsneubau bleiben. Sie sollen vorrangig Wohnraum für Bürger*innen mit niedrigem und mittlerem Einkommen schaffen und instandhalten.
- Bei der ABG scheint es uns dank der erweiterten Hessischen Förderung, auch mit Blick auf ihr Sanierungs- und Neubauprogramm, wirtschaftlich vertretbar, dass wir auf 60 % der neu errichteten Wohnungen im geförderten Sektor hinwirken – mit der Gewichtung 40 % Sozialwohnungen im ersten und 20 % im 2. Förderweg.
- Die ABG soll ferner regelmäßig kommunizieren, in welchen Stadtteilen sie aktuell Sozialwohnungen plant und wo sie aktuell diese fertig gestellt hat.
- Wir möchten die Gemeinschaftsunterkünfte und Hotelunterbringungen für Geflüchtete, Obdachlose und junge Erwachsene innerhalb von 5 Jahren auflösen und allen Menschen Wohnungen zu Verfügung stellen. Mit den städtischen Wohnungsgesellschaften sowie der NH werden entsprechende Verträge geschlossen. Diese Wohnungen werden auf den ersten Förderweg angerechnet. Bei diesen Notlagen sind wir für neue Lösungen auch unterhalb der gängigen Frankfurter Standards im 1. Förderweg (Wohnungsgrößen etc.) offen. Hierfür soll eine Förderrichtlinie erarbeitet werden.
- Wir prüfen die Einführung eines „SozialBonus“ bei den kommunalen Wohnbaugesellschaften als einen individualisierenden Ansatz für Fälle, bei denen Mieter*innen mehr als 30 % des Netto-Einkommens für die Miete aufwenden müssen. Dieses Konzept sieht vor, dass Mieterhöhungen ausgeschlossen werden, solange sie über diesem Niveau liegen. Voraussetzung für die Förderung ist die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheins.
- Wir werden in Kooperation mit dem Land und den Vermieter*innen auslaufende Bindungen geförderter Wohnungen wo immer möglich verlängern und zusätzliche Belegungsrechte aufkaufen, um kurzfristige Bedarfe decken zu können.
- Wir heben die aktuellen Zugangsbeschränkungen zum 2. Förderweg für sozialwohnungsberechtigte Wohnungssuchende auf.

- Wir wollen die Vereinbarung mit der ABG und ihre Tochtergesellschaften sowie der Nassauische Heimstätte zu einer Begrenzung der jährlichen Mietsteigerung verlängern.
- Wir wollen Leerstand systematisch erfassen und so feststellen, aus welchen Gründen Wohnungen oder Grundstücke ungenutzt bleiben. Wir wollen eine entschiedene Bekämpfung von spekulativem Leerstand von Wohnungen und des Brachliegenlassens von baureifen Grundstücken und setzen uns bei Land und Bund für die entsprechenden Möglichkeiten bis hin zu Enteignungen als letztes Mittel ein.
- Wir prüfen nach dem Vorbild der Stadt Ulm ein generelles Vorkaufsrecht der Stadt auf zum Verkauf stehende Grundstücke und die Einführung eines Freistellungszeugnisses. Wir setzen uns dafür ein, dieses Vorkaufsrecht zu einem Preis zu ermöglichen, der Spekulationsgewinne ausschließt.
- Wir prüfen, ob und in welcher Weise Bauvoranfragen und Baugenehmigungen eingesetzt werden, um eine intensive Bebauung und künstliche Preissteigerungen zu erzielen, und wie dem entgegengewirkt werden kann.
- Wir fördern weiter die Umwandlung von leerstehenden Büroflächen in Wohnungen, sofern sinnvoll.
- Wir streben auch hinsichtlich der Wohnungsflächen eine verstärkte Orientierung am Bedarf an. Flexible Wohnungsgrößen können die Nachfrage nach kleineren Wohnungen befriedigen und zu einer effektiveren Nutzung des Wohnraums führen.
- Höhere Geschossigkeiten (bis 7 Geschosse), kleinere Zimmer in den Grundrissen, nach Möglichkeit Verzicht auf Tiefgaragen und die Kostenvorteile des modularen Bauens können dazu beitragen, dass mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.
- Wir werden den Milieuschutz räumlich erweitern, seine Durchsetzung verbessern und Mieter*innenvertreibung durch Luxusgebäudesanierung verhindern, indem wir einen Kriterienkatalog für die Feststellung des Aufwertungs- und Verdrängungsdrucks erarbeiten, künftige Abwendungserklärungen deutlich verschärfen und veröffentlichen sowie das Vorkaufsrecht der Stadt häufiger ausüben.
- Wir werden die Umwandlung oder Neubau von als Wohnraum getarnten Beherbergungsbetrieben („Residenzwohnen“, Ferienwohnungen etc.) mit überteuerten Kurzzeitmietverträgen konsequent verfolgen und ahnden.
- Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, die „Mietpreislöscher“ effektiv zu gestalten, Ausnahmen zu streichen, die mögliche Mietsteigerung bei Wiedervermietung von 10 % auf 5 % zu senken und die maximale Mieterhöhung in Gebieten mit angespannter Wohnsituation von bislang 15 % in 3 Jahren auf max. 5 % in 3 Jahren zu senken.

- Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass im Mietspiegel auch die bestehenden Mietverhältnisse erfasst werden und damit auf den Mietspiegel dämpfend wirken können. Dafür entwickeln wir im Vorgriff ein städtisches Mietkataster, um dann schnell handlungsfähig sein zu können.
- Wir werden das existierende Programm zum Wohnungstausch attraktiver machen, die Zugangsbegrenzungen reduzieren und eine attraktive Plattform schaffen.
- Wir planen in Kooperation mit dem Studierendenwerk Projekte zur Schaffung von vielfältigen Angeboten beim studentischen Wohnen, wie z.B. Wohngemeinschaften.

Vielfältige Stadtteile fördern, Zukunft für die Innenstadt

- Um die Vielfältigkeit der verschiedenen Stadtteile zu erhalten, wollen wir bestehende B-Pläne und Erhaltungssatzungen an markanten Orten mit besonderen Gestaltungssatzungen ergänzen oder andere geeignete Maßnahmen entwickeln, damit die charakteristischen Strukturen (z.B. Altstadtkerne, einzelne Bäume oder besondere Grünzüge) ausreichend geschützt werden.
- Architektonisch prägende Bauwerke, wie z.B. die Siedlungen des Neuen Frankfurt, wollen wir stärker unter Schutz stellen.
- Wir wollen prägende Orte in den jeweiligen Stadtteilen – Plätze, Bauten, gastronomische Einrichtungen, Grünflächen oder einzelne Bäume – identifizieren, im Bestand unabhängig von ihrem Denkmalstatus schützen und ihre Besonderheiten der Öffentlichkeit vermitteln.
- Die Ergebnisse der Planungswerkstätten in verschiedenen Stadtteilen wollen wir endlich auch baulich umgesetzt sehen.
- Wir wollen auf Flächen wie ungenutzten Stellplatzanlagen, Infrastrukturtrassen, Abstandsflächen oder Freiräumen von Bildungs- und Sozialeinrichtungen Optionen für neue dauerhafte oder auch temporäre soziale wie ökologische Mehrfachnutzungen eröffnen.
- Ehrenamtliche Stadtteilinitiativen und -Büros, die das Zusammenleben im Stadtteil aktiv und nicht-kommerziell fördern, wollen wir stärken und unbürokratisch unterstützen.
- Der Gentrifizierung im Bahnhofsviertel und ihren Folgen für das Zusammenleben dort wollen wir entgegensteuern, indem wir dort insbesondere Sozialwohnungen, gemeinschaftliches Wohnen, kleine und mittlere Unternehmen, soziale und kulturelle Einrichtungen fördern.

- Wir werden vor dem Hintergrund der Krise im Einzelhandel und des Leerfallens einiger Handelsimmobilien das Innenstadtkonzept weiterentwickeln, insbesondere hinsichtlich der funktionalen innerstädtischen Mischung und der klimatischen Herausforderungen und seiner Verzahnung mit unseren Vorschlägen zur Verkehrswende in der Innenstadt aus dem Konzept „Stadt am Main“.
- Zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt durch Einkaufs- und Tourismuserlebnisse wollen wir ein öffentliches WLAN-Netz sowie Räume, die auch zum konsumfreien Verweilen einladen und Austausch und Begegnungen fördern, einrichten.
- Für die Hauptwache müssen im ersten Schritt die eigentlich nur provisorisch installierten Sicherheitssperren durch funktionale und ästhetisch ansprechendere Schutzelemente ersetzt werden und wir benötigen eine Planung der Eigentümer für die Sanierung der B-Ebene. Sollte sich eine Deckelung der B-Ebene als nicht machbar erweisen, brauchen wir eine gestalterisch akzeptable Lösung für „das Loch“.
- Für die öffentlichen Räume einer künftig klimagerechteren Innenstadt wollen wir einen landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb durchführen.
- Bei der Weiterentwicklung des Hochhausrahmenplans wollen wir die Bürger*innen intensiv beteiligen, auch hier das Klima ins Zentrum stellen und sehen generell den Bedarf nach neuen Clustern kritisch. Bevor neue Standorte in die öffentliche Diskussion gebracht werden, soll das Planungsrecht dort einer Revision unterzogen und gegebenenfalls zurückgenommen werden, wo es schon seit längerer Zeit nicht in Anspruch genommen wurde. Auch trotz Nachfrage von globalen Akteuren treten wir in der Diskussion um neue Hochhaus-Standorte für Zurückhaltung ein.
- Bei der Realisierung weiterer Hochhäuser – auch solchen die bereits im Planungsprozess sind – müssen jeweils verstärkt soziale und ökologische Aspekte aufgenommen werden. Im Umgang mit dem Bestand drängen wir auf eine zügige energetische Sanierung. Generell setzen wir uns auch hier für Erhalt statt voreiligen Abriss und Neubau ein.
- In Zukunft sollen Hochhäuser immer mit Zonen für eine öffentliche Nutzung in den Sockelbereichen und möglichst auch Wohnnutzung entstehen. Dabei werden wir den Baulandbeschluss für das Segment Hochhäuser sinngemäß anwenden, mit dem Ziel, dass eine gemischte soziale Belegung gewährleistet und ein angemessener Ausgleich des Planungswertgewinns für die Allgemeinheit erzielt wird.
- Standards städtebaulicher Qualität, wie sie bereits in der Innenstadt zur Anwendung kommen, wollen wir auch im ganzen Stadtgebiet zur Integration bestehender Handels-

bauten (Supermärkte/Discounter) durchsetzen, wenn beispielsweise durch Auf- und Anbauten neue Wohnungen oder veränderte Parkieranlagen geplant werden.

- Beim Kulturcampus wollen wir:
 - in den städtebaulichen Vorgaben zum Ideenwettbewerb für das Zentrum der Künste auch Optionen für einen erweiterten öffentlichen Raum Bockenheimer Landstraße eröffnen.
 - zur Wahrung der besonderen städtebaulichen Qualität in diesem Modellquartier einen Gestaltungsbeirat mit der Aufgabe berufen, nach den vereinbarten Wettbewerben zu Wohnen und Grünflächen die Koordination und Feinabstimmung einzelner Gebäude und Grünräume im Detail zu optimieren.
 - die Vereinbarungen zum „Wohnen für Alle“, öffentlich geförderten sowie genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnungen, einlösen.
 - die anstehenden Konzeptverfahren unmittelbar nach Wegzug der restlichen Universitätsnutzungen einleiten und transparent kommunizieren, bevor mit den Wettbewerben und Gebäudeplanungen begonnen wird.

Das Verhältnis zur Region gesund gestalten

- Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Region neu gestalten. Wir setzen uns für ein Anreizprogramm des Landes zur regionalen Zusammenarbeit in der RheinMain-Region ein. Ein solches Programm muss gemeinsam mit der Region entwickelt werden und die Kommunen und Landkreise auf Augenhöhe zusammenbringen.
- Wir suchen die Zusammenarbeit mit der Region insbesondere bei Umwelt-, Klimaschutz- und Mobilitätsfragen, der Sicherung von regionalen Grünzügen, bei der Entwicklung neuer Qualitäten beim Wohnungs- und Gewerbebau und der Mietbegrenzung, aber auch bei Migration, Bildung und Ausbildung. Auch in der Frage der Wasserversorgung wollen wir uns mit der Region und mit der Unterstützung des Landes auf nachhaltige Strategien einigen.
- Wir streben gemeinsam mit der Region eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans zum besseren Schutz der Grünzüge und kulturell bedeutsamer, landwirtschaftlicher Flächen an.
- Wir unterstützen die Initiative der hessischen Landesregierung zum „Großen Frankfurter Bogen“. Wir wollen über den Beitritt zu dieser Initiative hinaus weitere Formen finden, wie wir das Projekt in direkter Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Kommunen unterstützen und z.B. in qualitative regionale Freiraumkonzepte einbetten können.

- Wir setzen uns für die gemeinsame Vorbereitung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) oder eines ähnlichen Formats ein. Wir wollen einen Schwerpunkt auf Strategien und Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung setzen (z.B. könnte es um ein regionales Pendant zum GrünGürtel gehen) sowie neue Modelle der Mobilität und Innenverdichtung anstoßen. Wir wollen aber auch einen wichtigen Beitrag zum zukunftsfähigen Bauen leisten. Dazu gehören ressourcenschonende und klimaneutrale Bauweisen sowie gemischte und begrünte Quartiere.

Frankfurts Grünräume und Arten schützen und das Grün weiter entwickeln

- Wir schützen und entwickeln den GrünGürtel weiter und berücksichtigen dabei auch die für das Stadtklima unverzichtbaren Flächen im Frankfurter Norden (Pfungstberg, GrünGürtel-Park Nieder-Eschbach).
- Wir bauen wohnortnahe Grünverbindungen zum GrünGürtel und ins Umland weiter aus; vernetzen innerstädtische Freiräume und treiben die regionalen Freiraumstrategien voran. Der Bestand klimarelevanter Grünflächen wird regelmäßig evaluiert.
- Wir erarbeiten neben dem erweiterten GrünGürtel-Konzept inklusive der Entwicklung von Strahlen und Speichen auch ein Konzept für das nicht an den GrünGürtel angebundene Stadtgrün in Parks und auf Plätzen. Insbesondere wertvolle Flächen mit alten Baumbeständen werden wir erhalten.
- Wir werden in der wachsenden Stadt neue Parks entwickeln, die gleichzeitig der Naherholung, dem Artenschutz und dem Klimaschutz dienen. Parks und Grünflächen werden wir dabei weiter mit einem hohen Anteil an ökologisch wertvollen Elementen (Wildblumenwiesen, Insektenhäuser, Gewässer, ...) realisieren.
- Wir evaluieren das bisherige System der Ausgleichsmaßnahmen mit dem Ziel, ihren ökologischen Wert zu erhöhen und sie nachhaltig zu gestalten. In Verhandlungen mit den Investoren streben wir dabei Vereinbarungen zu einer langfristigen Kostenübernahme auch der Pflegekosten sowie zu einem nachhaltigen Monitoring der Qualität der Maßnahmen an. Ausgleichsmaßnahmen sollen dabei wo immer möglich in der Nähe der Projekte realisiert werden, aus denen sie resultieren.
- Frankfurt tritt dem Biostädte-Netzwerk und dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen bei.
- Eine wichtige Zielvorgabe der Grün- und Freiflächenplanung ist – neben der Gestaltung der Grünflächen für Menschen – der Schutz und die Förderung von Biodiversität. Städtische Grünflächen und Parks sollen struktureicher gestaltet werden, um mehr

Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum zu bieten. Wir erarbeiten ein ehrgeiziges Arten- und Biotopschutzkonzept und legen es künftigen Planungen zugrunde.

- Wir wollen "Wilde Orte": Wildwiesen, Blumenwiesen für Bienen und andere Insekten sollen überall in Frankfurt blühen. Frankfurt*innen sollen über ihre "wilden Orte" in der Stadt Bescheid wissen, Kinder sollen die "wilden Orte" erkunden können. Dazu wird es Informationsmaterial geben. Geeignete Flächen werden mit dem Grünflächenamt gesucht.
- Wilde Wiesen, hohes Gras und Laub sind wichtige Lebensgrundlagen für Insekten. Grünschnitt soll daher nur dann erfolgen, wenn es ökologisch sinnvoll ist. Laubbläser sollen auf Grünflächen nicht mehr eingesetzt werden.
- Wir verhindern Vorgärten aus Stein und Kiesel durch Überarbeitung der Vorgartensatzung und schließen das Schlupfloch der „gärtnerisch gestalteten Steingärten“.
- Wir bauen das Programm „Stadtgrün sucht Dich“¹ des Grünflächenamtes zur Gewinnung von Pat*innen für Stadtbäume, Baumbeete und Blumenkübel aus und fördern Urban Gardening.
- Unsere Vision für Neubaugebiete in Frankfurt sind öffentliche Gartenanlagen, die gemeinschaftlich genutzt werden können. Vereine wie "SoLaWi Frankfurt" wollen wir fördern. Wir wollen in jedem Neubaugebiet auch die Entstehung eines Biotops im Sinne der Vorgaben des BUND vorschreiben.
- Die Vorgaben für Kleingärten passen wir an – es soll nicht versiegelt werden. Regulierungen, die eine „Verwilderung“ von Gärten und die Erhöhung der biologischen Vielfalt verhindern, werden wir beseitigen. Wir entwickeln Kleingärten zusammen mit den Pächter*innen zu Gemeinschaftsgärten weiter.
- Wir setzen ein Förderprogramm der Stadt auf, um 10 % der landwirtschaftlichen Fläche als Lebensraum für Artenvielfalt vorzuhalten und die Landwirt*innen dafür mit ihrem durchschnittlichen Deckungsbeitrag zu entlohnen.
- Wir unterstützen die regionale und nachhaltige Landwirtschaft in Frankfurt und erarbeiten eine Streuobststrategie. Wir erarbeiten mit Landwirt*innen, Verbraucher*innen, Initiativen und dem Ernährungsrat Konzepte, mit denen wir uns in die Ökomodellregion Rhein-Main einbringen.
- Wir streben Vereinbarungen mit öffentlichen Stiftungen mit erheblichem verpachtetem Landbesitz darüber an, diese Flächen in Zukunft in Konzeptvergabe auch unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit zu vergeben und führen eine solche Konzeptvergabe für städtische Flächen ein.

1 Informationen zum Programm „Stadtgrün sucht Dich“ finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1a>

- Alle Flächen in Frankfurt sollten Glyphosat-frei sein. Bei Verpachtungen und Flächen, auf denen wir es beeinflussen können, sichern wir das über vertragliche Vereinbarungen ab. Bei den Flächen, auf die wir keinen direkten Einfluss haben, intensivieren wir die Verhandlungen mit den Nutzer*innen.
- Das Land Hessen hat bereits ein Programm für Wälder aufgelegt. In Frankfurt wollen wir damit den Stadtwald wiederaufforsten und an die Folgen des Klimawandels anpassen. Dabei müssen vorhandene Mischwald-Strukturen gestärkt werden. Außerdem wollen wir eine „Zukunftsstrategie Stadtwald“ erarbeiten und prüfen, inwiefern der Stadtwald Teil einer lokalen Kreislaufwirtschaft werden kann und welche Flächen, Arten, Institutionen und Anwendungen sich dafür eignen würden.
- Wir wollen vorhandene Gewässer in Frankfurt weiterentwickeln und neue anlegen. Die Ufer sollen als Biotope für unterschiedliche Tier- und Pflanzenarten dienen. Wir stellen die Renaturierung der Nidda fertig.
- Wir entwickeln ein Beleuchtungskonzept für Straßenlaternen und Werbetafeln und setzen es um, um Insekten zu schützen.
- Der Zoo soll auf wissenschaftlicher Basis fortentwickelt und umgestaltet werden. Wir setzen auf gezielte Artenerhaltungszucht, auf die Vermittlung des Werts und der Voraussetzungen von Biodiversität und nutzen und verstärken dabei die wissenschaftliche Expertise und Kooperationen.
- Im Zuge von Umbau oder Sanierung von Gebäuden sollen bestehende Nist- und Bruthöhlen von geschützten Arten (z.B. Mauersegler oder Falken) erhalten und, wenn möglich, zusätzliche Nist- und Bruthöhlen geschaffen werden. Wir setzen gemeinsam mit BUND, NABU und anderen ein Projekt „Vogelfreundliche Fassadengestaltung“ auf und nehmen dabei sowohl den Neubau wie auch den Bestand in den Blick, um wirksame Konzepte zur Vermeidung von Vogelkollisionen zu entwickeln, umzusetzen und zu kommunizieren.

Den Stadtwald zum Klimawald machen

- Um die Klimaschäden im Wald zu beseitigen und den Aufbau eines klimastabilen Waldes voranzubringen, werden wir das Forstpersonal aufstocken.
- Wir verzichten auf die Neupflanzung nicht standortangepasster Bäume und testen stattdessen vermehrt autochthone europäische Baumarten im Hinblick auf ihre Klimastabilität.
- Wir streben die Vergrößerung unseres Stadtwaldes und damit die des Kohlestoffspeichers durch Ankauf von Flächen und Aufforstung von Flächen an.

- Der Wald wird naturgemäß, nach den Prinzipien der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft, bewirtschaftet. Dabei sollen die Erkenntnisse aus den Prozessschutzflächen einfließen.
- Der Stadtwald wird auch weiterhin nach den Prinzipien des FSC zertifiziert.

Keine Straße ohne Grün: Entsiegeln und begrünen

- Wir stellen ein Entsiegelungskonzept auf, definieren Ziele und eine Liste möglicher Flächen und beziehen die Bürger*innen bei der Begrünung mit ein.
- Wir setzen umfangreiche Entsiegelung und die Schaffung von Grünräumen und Wasser auf öffentlichen und privaten Grundstücken inklusive Dach- und Fassadenbegrünung um. Im unbeplanten Innenbereich richten wir entsprechende bauaufsichtliche Beratung ein.
- Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz um und entsiegeln und begrünen städtische Plätze, um die Aufenthaltsqualität insbesondere in Zeiten des Klimawandels zu erhöhen. Unser Ziel ist es, dass jeweils mindestens die Hälfte der Platzflächen entsiegelt oder begrünt sind.
- Wir wollen zukünftig auch Schulen mit teilweise unversiegelten Schulhöfen planen und versiegelte Schulhöfe entsiegeln und begrünen.
- Wir setzen das erfolgreiche Programm „Frankfurt frischt auf“¹ fort, entwickeln es hinsichtlich Ausstattung, Bewerbung und Beratungskapazitäten weiter und fördern damit Begrünungs- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen auch durch private Eigentümer*innen und Mieter*innen.
- Wir untersuchen das Entwicklungspotential für Baumpflanzungen in der gesamten Stadt und insbesondere in baumlosen Straßen und Plätzen auf mikroklimatische Bedingungen, Verfügbarkeit von Wasser, Platz für Wurzelwerk und Bewässerungsmöglichkeiten. Damit können wir die für die lokalen Gegebenheiten am besten angepassten Baumarten auswählen.
- Wir setzen ein umfangreiches Baumpflanzungsprogramm mit (soweit möglich) großkronigen Bäumen im Straßenraum und auf öffentlichen Plätzen auf, das die Klimawandelanpassung durch Verschattung und Abkühlung unterstützt und den Bestand an klimawandelfesten Bäumen erhöht.
- Wo der Untergrund für Baumpflanzungen nicht geeignet sein sollte, nutzen wir andere Möglichkeiten für mehr Grün im öffentlichen Raum.

1 Informationen zum Programm „Frankfurt frischt auf“ der Stadt Frankfurt finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w14>

- Wir bauen dazu das Programm der Baumpatenschaft, in dem Frankfurter*innen die Pflege und Bewässerung in den ersten Wachstumsjahren übernehmen, deutlich aus.
- Wir streben bei der Entsiegelung auch einen starkregenangepassten Umbau öffentlicher und privater Freiräume zur verbesserten Regenwassernutzung und -speicherung („Schwammstadt“) an. Wir prüfen in diesem Zuge auch Möglichkeiten zur besseren Versorgung von Stadtbäumen mit Regenwasser, um Trinkwasser einsparen zu können.

Abfall vermeiden, Wiederverwendung und -verwertung stärken, Trinkwasserressourcen schonen

- Frankfurt tritt dem Netzwerk Zero-Waste-City bei, fördert mit geeigneten Kampagnen und Kreislaufsystemen einen müllreduzierten Lebensstil und erleichtert seinen Bürger*innen den Einstieg in die Müllvermeidung. Wir binden existierende Strukturen und Akteure wie Unverpacktläden, den Ernährungsrat oder die FES und das Projekt MainBecher dabei ein und entwickeln sie weiter. Im Vordergrund stehen dabei die Vermeidung von Abfall und die Ermöglichung von Stoffkreisläufen, nicht die ökonomische Rendite. In einer Großwohnanlage wollen wir in einem Modellprojekt erproben, mit welchen Instrumenten sich die Gesamtabfallmenge pro Bewohner*in reduzieren lässt.
- Wir werden die Recyclingquote in Frankfurt deutlich erhöhen, unter anderem untersuchen wir die Einführung einer Frankfurter Wertstofftonne, den Ausbau von Recycling- und Reparaturstellen und die Einrichtung von Ablieferungsstellen für Großplastik.
- Wir wollen die öffentliche Beschaffung durch Vorgaben zum Öko-Design von Produkten und Verpackungen mit dem Fokus auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwendung von eingekauften Produkten abfallvermeidender gestalten.
- Der wachsenden Vermüllung im öffentlichen Raum wollen wir mit einer Evaluation und Weiterentwicklung des Projektes #cleanffm,¹ mit mehr oder größeren Abfalltonnen, mehr Sauberkeitsbotschafter*innen und in Zusammenarbeit der städtischen Ämter begegnen und dabei einen Schwerpunkt insbesondere auf den auch ökologisch schädlichen Plastikmüll und Zigarettenkippen legen.
- Feuerwerke sind Quelle von immensen Emissionen und Müll. Wir wollen zu Silvester eine städtische Lichtshow einführen und so attraktiv machen, dass sie private Feuerwerke mehr und mehr ersetzt.
- Wir wollen, dass Lebensmittel von Frankfurter Wochenmärkten und der Kleinmarkthalle künftig in Netzen oder Stoffbeuteln nach Hause getragen werden und unterstützen

¹ Informationen zum Projekt #cleanffm finden Sie hier: <http://www.cleanffm.de/home>

die Händler*innen mit entsprechenden Kampagnen und bei der Entwicklung umweltverträglicher Behältnisse.

- Wir freuen uns über das EU-weite Verbot von Einweg-Geschirr aus Plastik ab 2021. Wir unterstützen die Frankfurter Vereine und Fest-Veranstalter*innen bei der Entwicklung bezahl- und handhabbarer Alternativen, z.B. durch den Aufbau von Pfand- oder dezentralen Poolsystemen und wollen nach dem Vorbild der Stadt Tübingen eine kommunale Steuer auf Einweg-Verpackungen und Einweg-Geschirr einführen. Außerdem initiieren wir ein Pilotprojekt für ein Pfandsystem für Pizzakartons und weiten es im Erfolgsfall auf weitere Imbissverpackungen aus.
- Papier ist nach wie vor eine wichtige Ressource, die aber oft immer noch gedankenlos verwendet wird. Wir wollen in Zukunft alle Drucker in der Verwaltung, in den Schulen und in sonstigen städtischen Einrichtungen so konfigurieren, dass im Normalfall doppelseitig gedruckt wird.
- Wir unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität und der naturnahen Gewässerentwicklung. Wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu möglichen Vorgehensweisen bei der Spurenstoff- und Mikroplastikentfernung in den beiden Frankfurter Kläranlagen, aktuelle Entwicklungen bei den technischen Verfahren und die Ergebnisse der Pilotprojekte im hessischen Ried werden wir bewerten und berücksichtigen. Wenn es ökologisch und ökonomisch effiziente Verfahren zur weiteren Verbesserung der Wasserqualität gibt, werden wir sie im Rahmen einer so genannten vierten Reinigungsstufe auf unseren Kläranlagen einführen.
- Um den Trinkwasserverbrauch deutlich zu senken, wollen wir Wasserverschwendung insgesamt thematisieren und bekämpfen sowie Brauchwassersysteme in Neubauten des öffentlichen Wohnungsbaus und im zweiten Schritt bei allen städtebaulichen Verträgen und Baulandvergaben zum Standard machen. Dafür werden wir in größeren Neubaugebieten Brauchwassersysteme erproben, die insbesondere im geförderten Wohnungsbau Warmmieten-neutral sind, und daraus Standards entwickeln. Zudem werden wir in einem Pilotprojekt den Umbau auf ein zusätzliches Brauchwassersystem im Bestand erproben.
- Wir wollen die Festsetzung und langfristige Sicherung des im Verfahren befindlichen Trinkwasserschutzgebiets Praunheim II.
- Wir klären im Rahmen eines Forschungsprojekts, mit welchen Techniken und für welche Zwecke Mainwasser als Brauchwasser z.B. für die Bewässerung von Bäumen und Grünanlagen genutzt werden kann. Die Ergebnisse dieses Projekts werden wir im Rahmen der nachhaltigen Stadtplanung umsetzen.

- In den immer heißer werdenden Sommern müssen Menschen sich im öffentlichen Raum kostenlos mit Trinkwasser versorgen können. Wir werden dafür, in Umsetzung der Beschlüsse der Klimaallianz, Trinkbrunnen in Parks und Grünanlagen, aber auch in Einkaufsstraßen und an Knotenpunkten des Öffentlichen Nahverkehrs aufstellen.

Nachhaltigkeit und Gesundheit bei der Stadtentwicklung berücksichtigen

- Wir wollen die architektonische und städtebauliche Qualität der gebauten und ungebauten Umwelt nachhaltig fördern: Die Stadt Frankfurt soll bei ihren eigenen größeren Planungs-Vorhaben wie denen Dritter in der Regel immer einen Wettbewerb nach den Richtlinien der Architektenkammer ausschreiben, bei kontrovers diskutierten Projekten wenn möglich zweistufig mit zwischengeschalteter Bürger*innenbeteiligung.
- Es wird in allen Realisierungswettbewerben und Gutachterverfahren angestrebt, dass bei der Bewertung Nachhaltigkeits- und Gesundheitskriterien umfassend berücksichtigt werden. Dazu entwickelt die Stadt Verfahren und legt entsprechende Berechnungsmethoden fest, in denen in Punkto Nachhaltigkeit zum Beispiel graue Energie, CO₂-Emissionen im Betrieb, Recyclingfähigkeit der Baumaterialien sowie Ansätze einer Kreislaufwirtschaft sowie für den Bereich Gesundheit förderliche Maßnahmen, wie z.B. die Versorgung mit Frischluft, dargestellt und zur Bewertung hinzugezogen werden müssen. Entsprechende Vorgaben werden wo immer möglich über städtebauliche Verträge abgesichert.
- Bei städtischen Vergaben für Bauprojekte ohne Wettbewerb werden die Vergabekriterien entsprechend diesen Nachhaltigkeits-Kriterien angepasst, bei Baumaßnahmen von Unternehmen mit städtischer Beteiligung werden wir darauf hinwirken, dass diese Aspekte regelhaft Berücksichtigung finden.
- In Wettbewerben bzw. Gutachterverfahren zum Städtebau soll bereits in den Ausschreibungstexten drauf hingewiesen werden, dass die Stadt großen Wert auf diese umfassenderen Nachhaltigkeitskriterien legt.
- Die Menschen an der Planung der Stadt beteiligen, den Anteil von Frauen im Planungsbereich erhöhen
- Wir erarbeiten mit der Verwaltung, mit den Bürger*innen und mit Expert*innen kommunale Leitlinien für die Bürger*innenbeteiligung, die insbesondere sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche sowie bisher unterrepräsentierte Gruppen in Zukunft einbezogen werden und ihre Kompetenzen und Interessen einbringen können. In Form von Pi-

lotprojekten wollen wir dabei auch die Beteiligung an bisher für die Beteiligung nicht vorgesehenen Planungsschritten wie zum Beispiel Wettbewerben ermöglichen.

- Insbesondere die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bauen wir aus und verankern Kinderfreundlichkeit als ein Ziel der Stadtplanung.
- Wir stellen alle Strukturdaten zur Stadtplanung, zu Wohnraum und zur Mietentwicklung in Zukunft auch digital öffentlich zur Verfügung.
- Wir achten gezielt auf die vermehrte Beteiligung von Frauen an Planungen, denn die Bedarfe von Frauen unterscheiden sich auch im Planungsbereich von denen von Männern.

MOBILITÄT FÜR MENSCHEN

Die Stadt der Zukunft wird nur funktionieren und gute Lebensbedingungen für ihre Bewohner*innen bieten können, wenn Schnelligkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit der Mobilität einher gehen mit hoher Wohn- und Aufenthaltsqualität in den städtischen Räumen, Mobilität für alle Menschen angemessen verfügbar ist und den Erfordernissen des Klimaschutzes gerecht wird.

Mit dem Radentscheid haben die Frankfurter*innen ein klares Bekenntnis zum Radverkehr abgelegt und die Politik zu mehr Entschlossenheit gedrängt. Wir haben das unterstützt und als Rückenwind für eine Verkehrswende begriffen. In den nächsten Jahren muss die Verkehrswende nun strukturiert und konsequent umgesetzt werden – in Kooperation mit den Menschen, aber vor allem mit aktiver Unterstützung aus der Stadtpolitik.

„Vermeidbaren Verkehr zu reduzieren, bringt spürbare Vorteile: Eine höhere Lebensqualität für die Anwohner ebenso wie eine bessere Erreichbarkeit von Gewerbetreibenden und damit letztendlich eine steigende Attraktivität der Innenstadt.“ Klingt wie ein GRÜNES Wahlprogramm? Ja – und es ist ein Zitat aus der „STAU- UND PENDLERSTUDIE 2018“¹ der IHK.

Die IHK fordert in der Studie ein durchdachtes Mobilitätskonzept für Frankfurt. Da sind wir einer Meinung. Allerdings glauben wir, dass in diesem Mobilitätskonzept der ÖPNV, der Rad- und der Fußverkehr ins Zentrum rücken müssen – und wir sind uns dabei einig mit vielen Frankfurter*innen. Es braucht dafür aber ein deutliches Umsteuern, und die Frankfurter*innen haben unter anderem mit ihren rund 40.000 Unterschriften unter den Radentscheid belegt, dass sie es mit der Verkehrswende ernst meinen und diese Ernsthaftigkeit auch von der Politik erwarten.

Für die Zukunft der Mobilität sind unsere Leitlinien: Wir brauchen im Hinblick auf den Flächen- und Ressourcenverbrauch eine umwelt- und menschenfreundliche Mobilität. Wir brauchen dazu deutlich mehr Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr und deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Wir brauchen bezahlbare und zuverlässige öffentliche Verkehrsmittel, den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien als Antriebsmittel und den Ausbau von flexiblen, bedarfsgerechten „Sharing“-Angeboten. Fuß- und Radverkehr sollen künftig mehr, der ruhende Verkehr durch geparkte Fahrzeuge deutlich weniger Platz beanspruchen. So können wir unser Ziel einer klimaneutralen Stadt erreichen und gleichzeitig die Lebensqualität in der Stadt deutlich erhöhen.

1 Die „Stau- und Pendlerstudie 2018“ der IHK Frankfurt am Main finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1f>

Mehr Platz für Menschen

Unsere Stadt trägt nach wie vor sehr deutlich das Gesicht einer autogerechten Entwicklung. Mindestens bis in die 70er Jahre wurde Stadtentwicklung „von der Autostraße her gedacht“. Dieses Gesicht ist nicht das Gesicht der Zukunft. Unsere Gesellschaft entwickelt sich weg von der individuellen Mobilität mit dem eigenen Auto, hin zu einem flexibleren Mix aus verschiedenen Verkehrsmitteln und zu Nutzung statt Besitz und dem Teilen auch von Fahrzeugen. War das eigene Auto früher Statussymbol und der Inbegriff von Freiheit, so ist es jetzt oft genug eher Last und bestenfalls halt „eh noch da“. Die Bekämpfung des Klimawandels verlangt ein grundsätzliches Umdenken bei den Antrieben, aber das ist nicht unser einziger Beweggrund: Wir wollen auch mehr Lebensqualität in der Stadt, bessere Luft und mehr Platz für ein entspannteres Miteinander. Wir wollen Räume für die Menschen gewinnen, die derzeit noch dem Autoverkehr (und da vor allem auch dem ruhenden Verkehr) gewidmet sind.

Wir stehen damit nicht allein – die Verkehrswende ist in aller Munde. Es gibt auch viele gute Ideen und viele gute Einzelbeispiele. In Frankfurt fehlen aber ein klares Bekenntnis dazu und ein strukturiertes Vorgehen. Wir wollen das ändern, und mit unserer Politik die sich ändernden Prioritäten der Menschen aufgreifen.

Der Anteil der Menschen unter 25 Jahren, denen ein eigenes Auto „wichtig“ oder „sehr wichtig“ ist, beträgt in den Städten in Deutschland nur noch 36 %. Die Zahl der pro 1.000 Einwohner*innen zugelassenen PKW ist von 629 in 2004 auf 541 in 2018 gesunken und die Zahl der insgesamt zugelassenen PKW ist annähernd konstant. Die gesamte Länge der befestigten Straßen ist aber um rund 10 % gestiegen. Laut dem Mobilitätsatlas 2019 des VCD und der Heinrich-Böll-Stiftung¹ belegt der motorisierte Individualverkehr 39 % der Verkehrsflächen zum Fahren und weitere 19 % für das Abstellen von Fahrzeugen – fast 60 % Flächenanteil bei einem Anteil am Verkehr von 30 %. Die gesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs liegen bei gut 10 Cent pro gefahrenem Kilometer – das sind nur die Kosten, die die Fahrer*innen nicht selbst tragen.

Wir wollen Alternativen für Frankfurter*innen und Pendler*innen schaffen, die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel verbessern und Sharing-Angebote fördern, und wir wollen den Platz neu verteilen. Für eine lebendige Stadt und lebendige Quartiere, für ein grüneres Wohnumfeld und für mehr Bäume, für mehr Sicherheit, Gesundheit und Freiheit für die Frankfurter*innen. Wir werden alle Verkehrsplanungen auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüfen, wir werden beim Bau von neuen Quartieren von Anfang an auf eine zukunfts-

1 Den Mobilitätsatlas 2019 finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w5j>

fähige Mobilitätsinfrastruktur achten und wir werden den Verkehrsraum so verteilen, dass er dem Anspruch einer klimagerechten Mobilität und einer menschengerechten Stadt gerecht wird. Mehr Freiraum für Menschen, den sie gestalten können, und weniger motorisierten Individualverkehr. Wir wollen die Stadt auch für Kinder eroberbar machen. Spielende Kinder vor dem Haus? Derzeit fast überall undenkbar, aber das können und wollen wir gemeinsam ändern.

Wir haben für die Innenstadt und für Sachsenhausen mit der Idee der „Stadt am Main“¹ bereits im Sommer 2020 ein umfassendes Konzept vorgelegt: Eine menschenfreundliche Innenstadt, anwohner*innenfreundliche Quartiere, gute Verbindungen zu Fuß, mit dem Rad und mit dem öffentlichen Verkehr und attraktive Bedingungen für den Einzelhandel, die Gastronomie, die Kultur und die Menschen. Wir wollen dieses Konzept mit den Bürger*innen ausgestalten und umsetzen, und wir wollen auch für andere Quartiere ähnliche Konzepte entwickeln. Wir wollen die Verkehrswende nicht auf einzelnen Straßen, weil das nicht funktionieren kann. Wir stehen für die Verkehrswende überall in Frankfurt.

Wir wissen aber auch: Ganz ohne Autos geht es nicht. Wir können den Verkehr aber mit neuen Antrieben, mit besserer Gestaltung und mit Tempobeschränkungen umwelt- und menschenfreundlicher gestalten. Das werden wir in den nächsten Jahren tun, und die Vorteile werden für alle spürbar sein: Mehr Platz, bessere Luft, mehr Grün, mehr Freiheit, mehr Miteinander.

Das Fahrzeug ist nur das Werkzeug: Chancen der Vernetzung und Digitalisierung nutzen

Um zu einer nachhaltigen und menschlichen Mobilität zu kommen, müssen wir die Fixierung auf das Fahrzeug lösen. Bisher sind unsere Verkehrssysteme schlecht vernetzt. Sie beantworten nicht die Frage „Wie komme ich von A nach B?“ sondern meist die Frage, wie wir mit einem gegebenen Verkehrsmittel von A nach B kommen. Hier bieten die Digitalisierung und die Entwicklung von „Sharing“-Konzepten große Chancen. Es existieren heute bereits überzeugende Lösungen, um mit einer idealen Mischung der Verkehrsmittel von A nach B zu kommen. Wir wollen die Vorteile dieser Lösungen ausbauen.

Wir wollen Alternativen für Pendler*innen schaffen, die sowohl die Pendler*innen als auch die Anwohner*innen entlasten. Wir werden Park & Ride- und Bike & Ride-Möglichkeiten ausbauen und „Mobility-on-demand“-Systeme auch für Pendler*innen nutzbar machen.

¹ Informationen zum Konzept „Stadt am Main“, das die GRÜNEN im Römer im Sommer 2020 vorgelegt haben, finden Sie hier: <https://stadt-am-main.de/>

Das gleiche gilt für die Bewohner*innen unserer Stadt. Wir wollen die richtigen Antworten für die verschiedenen Lebenssituationen entwickeln und sichtbar machen. Wir brauchen Mobilitätsstationen an zentralen Stellen und müssen Knotenpunkte zum Beispiel des Schienennetzes zu Knotenpunkten für vernetzte Mobilität entwickeln. Wir setzen darauf, dass Konzerne, die sich lange nur einer Form der Mobilität verpflichtet gesehen haben, sich zu umfassenden Mobilitätsanbietern weiterentwickeln.

Für viele Situationen existieren heute schon bessere Lösungen als das eigene Auto – aber sie sind oft schwer aufzufinden. Wir werden die Daten der unterschiedlichen Mobilitätsanbieter*innen wie dem RMV, der Deutschen Bahn und der Anbieter*innen von Leihfahrzeugen aller Art vernetzen und zugänglich machen. Wir werden Tarifsysteme vereinfachen und Lösungen schaffen, über die nicht nur Fahrkarten für einzelne Angebote gekauft werden können, sondern die auch eine Lösung für den Weg von A nach B und zurück anbieten. Wir führen die Mobilität gemeinsam mit den Frankfurter*innen ins nächste Jahrzehnt und werden damit alle Beteiligten entlasten.

Fuß- und Radverkehr fördern

Fast die Hälfte aller Haushalte in Frankfurt besitzt kein Auto. Ein Drittel aller Wege in Frankfurt werden zu Fuß zurückgelegt, 16 % mit dem Fahrrad (Mobilitätsstudie Hessen 2020¹). Und trotzdem dominiert der Autoverkehr bisher das Stadtbild. Wir wollen diese Nutzungen in der Politik angemessen berücksichtigen.

Mit dem Radentscheid haben die Frankfurter*innen große Fortschritte erreicht und die Verkehrspolitik in Frankfurt in Bewegung gebracht. Diese Bewegung soll weitergehen, und sie soll eine Bewegung sein, die gleichermaßen von Bürgerinnen und Bürgern und der Politik getragen wird.

Wir haben in Frankfurt große Erfolge mit dem Radfahrbüro erlebt. Diese Institution hat lange die Politik für das Fahrrad koordiniert und getrieben und war bei den Verhandlungen des Radentscheids sehr hilfreich. Wir werden das Radfahrbüro weiter stärken und analog dazu eine zentrale Ansprechstelle auch für den Fußverkehr in Frankfurt schaffen. Denn dort gibt es viel zu tun: Die Flächenkonkurrenz zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln wird im Alltag regelmäßig auf Kosten der Schwächsten gelöst. Wir wollen das beenden. Unsere Regel ist: Was auf der Straße fährt, sollte auch auf der Straße abgestellt werden. Zugeparkte oder von E-Scootern zugestellte Geh- und Radwege sind nicht nur ein Ärgernis, sondern oft auch gefährlich. Wir setzen hier auf bauliche Lösungen, aber auch auf verstärkte Kontrolle.

1 Den Regionalbericht Hessen der Mobilitätsstudie 2020 finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1d>

Eine bessere Begrünung des öffentlichen Raums macht automatisch auch das Zu-Fuß-gehen und das Radfahren attraktiver. Wir wollen diese Effekte nutzen. Und wir wollen auch weiter dem Rad sicheren Raum schaffen – mit der Umsetzung der Vereinbarungen des Radentscheids, aber auch mit weiteren Verbesserungen, die wir gemeinsam mit Initiativen und den Bürger*innen entwickeln wollen. Mittelfristig soll es statt der unterschiedlichen Markierungen und Formen von Radverkehrsflächen eine einheitliche Lösung geben. Das Ziel ist: Zu Fuß und auf dem Rad sollen die Menschen genauso sicher unterwegs sein wie mit jedem anderen Verkehrsmittel. „Vision zero“ steht für Null Verkehrstote – unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel. Dieser Vision sehen wir uns verpflichtet.

Das Radwegenetz muss dabei so entwickelt werden, dass das Fahrrad auch für Pendel-Distanzen zur Normalität werden kann. Dementsprechend werden wir sowohl durchgehende Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen, wie auch vermehrt Verbindungen und Radwegenetze in die Region schaffen. Mit vielen unterschiedlichen Maßnahmen können der Komfort und die Attraktivität des Fahrradfahrens erhöht werden. Wir wollen alle diese Maßnahmen umsetzen. Wir wollen die Nutzung und Kombination verschiedener Verkehrsmittel ausbauen und damit vor allem die ökologischsten Verkehrsmittel Fuß- und Radverkehr weiter fördern. Wir prüfen dazu Kooperationen mit dem Ziel von übergreifenden Lösungen für verschiedene Verkehrsträger und auch die Möglichkeit von Subventionierungen besonders klimafreundlicher Angebote wie dem (Leih-) Fahrrad.

Den öffentlichen Verkehr leistungsfähiger und preisgünstiger machen

Der öffentliche Nahverkehr ist vor allem für längere Strecken das Rückgrat moderner Mobilität. Fast 250 Millionen Fahrgäste zählte der ÖPNV in Frankfurt 2018, sie legten 1.000 Millionen Kilometer zurück – 1.300 mal die Strecke zum Mond und zurück. Hinzu kommen unzählige Kilometer durch die Pendler*innen in der Region – wobei hier nach wie vor rund 60 % von ihnen mit dem Auto unterwegs sind.

Wir wollen die Pendler*innen auf die Schiene bringen, aber wir wollen auch noch mehr Frankfurter*innen vom öffentlichen Nahverkehr überzeugen. Wir sind mit dem aktuellen Wegeanteil des öffentlichen Nahverkehrs von 24 % bei den Bewohner*innen und 19 % bei der „Tagesbevölkerung“ (also Bewohner*innen und Pendler*innen) nicht zufrieden. Dafür müssen wir das Angebot des öffentlichen Verkehrs weiter verbessern und preisgünstiger zur Verfügung stellen. Hierzu wollen wir zusammen mit den angrenzenden Kommunen und mit dem Land eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Minimierung der Tarifgrenzen und das Vermeiden von sprunghaften Anstiegen der

Ticketpreise. Das kostet viel Geld – daher werden wir uns für die Möglichkeit zur Einführung einer City-Maut stark machen, denn diese City-Maut würde sowohl einen Anreiz zum Umstieg bieten wie auch den hohen Anteil der Kosten des Autoverkehrs senken, die bisher auf die Gemeinschaft abgewälzt werden.

Neben einem weiteren Ausbau von Schienen- und Busverbindungen geht es auch um den Umbau der Netze. Frankfurt leidet nach wie vor unter einem stark zentral orientierten Schienennetz. In den letzten Jahren sind viele Planungen auf den Weg gebracht worden, um das zu verändern. Die Entwicklungen im Schienenverkehr sind allerdings mit extrem langen Planungs- und Bauzeiten verbunden. Wir wollen Planungs- und Bauverfahren unter der Wahrung von Bürger*innenbeteiligung und Klagerechten beschleunigen und uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen. Neben den Planungen für die Schiene wollen wir auch gezielt neue Busverbindungen schaffen und sowohl mit Expressbussen das Umland besser anbinden als auch mit Stadtteillinien weitere direkte Verbindungen zwischen den Quartieren schaffen.

Wir werden es schwer haben, die Menschen vom Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr zu überzeugen, wenn er nicht zu allen Tag- und Nachtzeiten zuverlässig zur Verfügung steht. Wir brauchen also einen weiteren Ausbau der Fahrten insbesondere in den Nachtstunden – ebenso wie ein Beschleunigungsprogramm, das dem öffentlichen Verkehr zuverlässig Vorrang vor dem privaten Verkehr gewährt.

Schließlich ist oft auch der Fahrpreis entscheidend für die Wahl des Verkehrsmittels. Wir wollen das in Hessen eingeführte 365 €-Ticket gemeinsam mit der Landesregierung weiteren Bevölkerungsgruppen zugänglich machen und wollen in einem ersten Schritt die vorhandenen Lücken beim Schüler*innen- und Senior*innenticket schließen. Alle Schüler*innen – von Grundschulkindern bis Berufsschüler*innen und Oberstufenschüler*innen – sollen die Kosten erstattet bekommen. In einem weiteren Schritt streben wir ein in Frankfurt gültiges und für alle zugängliches 365 €-Ticket an. Bei der Beantragung aller Tickets sollen bürokratische Hürden abgebaut werden. Darüber hinaus sollen im Rahmen des Konzepts „Stadt am Main“ einzelne kostenlose Linien angeboten werden. Außerdem ist das Jobticket in seiner Preisgestaltung inzwischen für viele Firmen unattraktiv. Hier wollen wir Angebote entwickeln, die weiter zur Entlastung der Straßen beitragen und die auch in Zeiten des vermehrten Home-Office, das wir auch aus verkehrlicher Sicht sehr begrüßen, attraktiv sind.

Individuell und nachhaltig: Autos teilen und anders betreiben

„Car-sharing“ ist als eine Form der individuellen Mobilität ausgesprochen zukunftssträftig. 50.000 Frankfurter*innen nutzen schon Car-sharing, laut Einschätzungen eines Anbieters haben 40 % der Kund*innen das eigene Auto abgeschafft. Die Forschung macht klar: Das stationsgebundene Car-sharing ist eine nachhaltig sinnvolle Form der Autonutzung. Sie reduziert den Platzbedarf und sie macht auch die Umstellung auf alternative Antriebe einfacher. Wir wollen Car-sharing in Frankfurt weiter fördern, insbesondere dann, wenn die Fahrzeuge mit erneuerbaren Energien betrieben werden.

Autos sind nicht das einzige individuelle Verkehrsmittel, das Menschen sich teilen können. Auch die Sharing-Angebote von Fahrrädern (inklusive Lastenrädern) können zu mehr individueller Freiheit führen. Wir müssen sie allerdings bündeln, preisgünstig gestalten, insbesondere an Haltestellen und Bahnhöfen des ÖPNV entsprechende Sharing-Stationen einrichten, zugänglicher machen und vermeiden, dass insbesondere die Geh- und Radwege zum wilden Abstellen von Rädern, E-Scootern und ähnlichen Verkehrsmitteln genutzt werden. Dazu könnte insbesondere auch bei den E-Scootern ein stationsgebundenes Angebot beitragen, das sicherstellt, dass die Scooter an festen Orten abgestellt werden, wo sie zum Beispiel auch aufgeladen werden könnten. Wir wollen die ökologischen Wirkungen der verschiedenen Angebote prüfen und zusammen mit den Anbietern verbessern.

Im Autoverkehr muss generell die Energiewende ebenso forciert werden wie bei allen anderen Nutzungen. Die Umstellung auf elektrifizierte Fahrzeuge kann nicht eins-zu-eins geschehen, aber sie muss deutlich beschleunigt werden. Die Ladeinfrastruktur in Frankfurt ist in einem vollkommen unzureichenden Zustand, wir wollen sie dringend ausbauen. Wir werden die Vereinbarungen der Klimaallianz auch in diesem Punkt forcieren. Auch hier gilt: ein Auto ist nur eine Form der Mobilität, und es ist nur dann mobil, wenn es nicht steht. Wir wollen auch in diesem Sinn das Car-sharing-Angebot attraktiver machen und Mobilitätsstationen etablieren.

Unser Ziel der Klimaneutralität der städtischen Angebote bis 2030 wollen wir auch für Busse und andere städtische Fahrzeuge erreichen, die Flotten werden wir schnell umstellen.

Logistik im 21. Jahrhundert

Nicht nur wir sind mobil, auch Güter und Waren. Die Heinrich-Böll-Stiftung schätzt, dass sich der Güter- und Warenverkehr bis 2040 um rund 40 % steigern wird. Der Verkehrsmix beim Güter- und Warenverkehr ist noch völlig unzureichend, das stellen alle fest, die auf Autobahnen unterwegs sind. Über 70 % der Transportleistung wird noch über die Straßen abgewickelt.

Neben der Industrie und dem Gewerbe spielt in Frankfurt die Auslieferung von Gütern an die Haushalte eine große Rolle. Auch hier gilt für uns: Zum Transport sollen jeweils die sinnvollsten Transportmittel verwendet werden. Viele Transporte werden mit dem Lastenrad abgewickelt, viele Kurierdienste bieten entsprechende Leistungen an. Viele Unternehmen experimentieren mit Mobilitätsstationen und lokalen Verteilstellen. Es ist für niemanden ein Gewinn, wenn ein zunehmend leerer werdender LKW von Haus zu Haus fährt, um jeweils ein oder zwei Pakete abzugeben. Wir wollen hier gemeinsam mit den Unternehmen, aber auch mit der Wissenschaft Konzepte entwickeln und erproben, um über lokale Verteilinfrastrukturen Verkehr zu vermeiden oder umweltfreundlich abzuwickeln. Für große Mengen von Gütern sind multimodale Lösungen mit Schiff und Bahn die Modelle der Zukunft. In diesem Sinne ist zum Beispiel der Osthafen ein wichtiger Standort für die Logistik, der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist auch ein wichtiger Faktor für die Entlastung der Bewohner*innen unserer Stadt.

Eine Zukunft für den Flughafen

Frankfurt und der Frankfurter Flughafen – das ist eine spannungsreiche Beziehung. Die Region leidet massiv unter dem Flugverkehr, viel zu viele Menschen jeden Tag und jede Nacht. Mit der NORAH Studie wurden die gesundheitlichen Gefahren des Fluglärms für die Bevölkerung insbesondere während der Nacht zweifelsfrei nachgewiesen. Auch die Gefährdungen durch stark erhöhte Ultrafeinstaub Werte, die seit 2018 gemessen werden, machen wirksame Gegenmaßnahmen erforderlich. Andererseits trägt der Flughafen zur Internationalität, zur Wirtschafts- und Innovationskraft unserer Stadt und der Region bei und schafft ein großes und vielfältiges Arbeitsplatzangebot. Wir wollen dieses Arbeitsplatzangebot im Interesse der Arbeitnehmer*innen, aber auch der Stadt krisenresistenter zu machen. Wir wollen den Flughafen klima- und raumverträglich entwickeln und ihm und den Beschäftigten eine Zukunft sichern. Diese Zukunft kann aber nicht im immer weiter zunehmenden Luftverkehr liegen, schon gar nicht, wenn er auf fossilen Brennstoffen basiert. Flugverkehr ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel. Spätestens jetzt, in der Corona- und Klimakrise, sollte nicht nur über individuelles Mobilitätsverhalten nachgedacht werden, sondern viel

mehr auch über zukunftsfähige Flughafen- und Flugverkehrskonzepte. Es ist aus klimapolitischen und wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll, einseitig auf den Flugverkehr zu setzen. Die Verknüpfung von Nachhaltigkeit und Investitionen steht immer mehr im Fokus. Es ist an der Zeit, das bisherige Geschäftsmodell von Fraport zu überdenken. Auch für das mit erheblichen öffentlichen Mitteln erstellte Terminal 3 braucht es ein an die veränderte Situation angepasstes Konzept. Einem weiteren Ausbau des Flughafens werden wir auch weiterhin nicht zustimmen.

Wir brauchen die Fraport und den Flughafen in Zukunft als einen nachhaltigen Standort von Mobilität. Wir brauchen eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn. Das Geschäftsmodell Fraport muss breiter aufgestellt werden. Wir sehen die Zukunft des Frankfurter Flughafens als einen multimodalen klima- und raumverträglichen Verkehrs-Hub, der die Beförderung von Personen und Gütern auf allen Verkehrsträgern sicher, komfortabel und klimagerecht realisiert, an ein schnelles Hochleistungs-Fernbahnnetz angebunden und mit Regionalverkehrs- und ÖPNV-Anschlüssen aus der gesamten Region ausgestattet ist. Dadurch werden die Flugbewegungen und damit auch Lärm -und Schadstoffe reduziert. Dies kann gelingen, wenn Fraport zusammen mit der Stadt Frankfurt und Land Hessen als Mehrheitseignerin ein neues, klimaverträglicheres und wirtschaftlich tragfähiges Konzept für den Flughafen entwickelt: Ein multimodales und zukunftsfähiges Verkehrs- und Logistikzentrum, das zudem zur Erreichung der Pariser Klimaziele beiträgt. Wir brauchen echte Nachtruhe und einen klimaneutralen Betrieb, in einem ersten Schritt zumindest der Infrastruktur. Wir brauchen einen Flughafen, der durch den Einsatz von erneuerbaren Energien und durch Wind und Sonne erzeugtem Strom betrieben wird. Wir brauchen Forschung und Entwicklung für klimaschonenden und lärmarmen Flugverkehr, denn die Vernetzung mit der Welt ist uns wichtig. Wir brauchen eine klare, koordinierte Strategie für das Ende des fossilen Flugverkehrs in Frankfurt aus unserer unveränderten Sicht bis spätestens 2040. Und wir brauchen ein Ende des Standortwettbewerbs zwischen den Flughäfen in Deutschland und Europa, einen Paradigmenwechsel hin zu einem kooperativen System, das Mobilität bietet ohne die Natur und die Anwohner*innen über das unvermeidbare Maß hinaus zu belasten. Keines dieser Ziele liegt direkt in der Hoheit der Kommunalpolitik. Aber die Stadt Frankfurt hat eine Stimme in der Bundesrepublik und sie ist Anteilseignerin der Fraport. Diese Einflussmöglichkeiten müssen wir besser nutzen. Fraport ist über die Anteile der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen ein „öffentlich beherrschtes“ Unternehmen. Daraus leiten sich besondere Verpflichtungen für das Gemeinwohl ab.

Mobilität: Mit allen für alle

Beim Verkehr gilt genau wie in der Stadtplanung: Alle Menschen sind betroffen, aber nicht alle sind gleichermaßen an Entscheidungen beteiligt. Insbesondere bei komplexen Maßnahmen wie der Umsetzung unserer Vision der „Stadt am Main“ werden wir die Bürger*innen aktiv einbeziehen. Gleichzeitig wollen wir den Menschen vor Ort mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Umfelds geben, wo lokale Maßnahmen möglich sind, die die Nachbarbezirke nicht belasten.

Wir wollen aber auch hier mehr: Auch in der Verkehrspolitik müssen wir wegkommen von der Haltung einer „Politik für ...“ und hin zu einer „Politik mit ...“ oder „Politik durch ...“. Der spezifische Blick von Frauen ist dabei unverzichtbar. Wir werden Gender Mainstreaming auch in der Verkehrspolitik etablieren und Frauen gezielt beruflich in Planung und Administration fördern. Gleiches gilt für das wichtige Feld der Inklusion und der Barrierefreiheit. Auch hier werden wir nicht nur die Belange der Betroffenen berücksichtigen, sondern mit ihnen und ihren Vertreter*innen aktiv ins Gespräch gehen und sie bei allen Planungen einbeziehen.

Für folgende Maßnahmen stehen wir:

Den Stadtraum neu verteilen

- Wir entwickeln für die gesamte Stadt gemeinsam mit den Bürger*innen Konzepte analog zu unserem Konzept „Stadt am Main“, mit denen:
 - der öffentliche Nahverkehr, der Radverkehr und der Fußverkehr gestärkt wird.
 - der Verkehr in den Wohnvierteln konsequent beruhigt und Durchgangsverkehr reduziert wird.
 - mehr öffentliche, begrünte Räume entstehen, indem derzeit vor allem dem ruhenden Verkehr gewidmeter Raum reduziert wird.
 - die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessert wird, „Flaniermeilen“ entstehen und auch die lokalen Gewerbe, der Handel, die Dienstleistungen, Gastronomie und die Kulturangebote profitieren.
 - Unterzentren in den Stadtteilen profitieren und aufgewertet werden.
- Wir setzen das Konzept der „Stadt am Main“ gemeinsam mit den Bürger*innen um:
 - Wir reduzieren den frei zugänglichen Parkraum in der Innenstadt und schaffen so Platz für attraktivere Nutzungen.
 - Wir schaffen weitgehend autofreie Zonen in den Quartieren und im Zentrum.

- Wir öffnen die gesamte Innenstadt und Sachsenhausen zum Main und beteiligen die Bürger*innen an der Gestaltung.
- Wir werden das nördliche Mainufer nach dem unvollendeten Verkehrsversuch schnellstmöglich und dauerhaft den Fußgänger*innen und Radfahrenden zurückgeben. Der Mainkai soll wieder autofrei sein. Er soll eine höhere Aufenthaltsqualität, mehr Grünräume, Spielflächen, Platz für Kunst und Kultur, sowie mehr Raum für Begegnungen erhalten. Dabei sollen die bereits von Bürger*innen eingebrachten Ideen und Konzepte berücksichtigt werden.
- Wir beruhigen den Verkehr in den Wohnvierteln konsequent und vermeiden reine Durchgangsverkehre.
- Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus und erhalten damit die nötige Mobilität.
- Wir setzen uns ein für die Entwicklung eines ganzheitlichen konzeptionellen Ansatzes für die Campusmeile unter Einbeziehung der Ergebnisse des studentischen Wettbewerbs aus 2018 und der Bürger*innen sowie die schrittweise Umsetzung erster Maßnahmen vor allem in Bezug auf:
 - das Mobilitätskonzept (Reduzierung der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr, Ausbau der Fahrradwege, neu verbindende Fußwege, Stärkung des ÖPNV).
 - Ausbau der Grünflächen, Verdichtung des Baumbestandes, Wiederherstellung der Allee.
- Wir schaffen mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität für Kinder im öffentlichen Raum und testen Projekte auf dem Weg zur "bespielbaren Stadt".
- Wir wollen den Luftreinhalteplan für Frankfurt so erweitern, dass aufgrund der Luftqualität keine Fahrverbote verhängt werden müssen. Dazu wollen wir weitere verkehrliche Maßnahmen durchführen, beispielsweise durch schnelle Umstellung des städtischen Fuhrparks und der Busse auf emissionsfreie Antriebe, den weiteren und schnelleren Ausbau des Radwegenetzes, die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten und die Einführung von mehr Pendelspuren und Pfortnerampeln.
- Wir schaffen Klarheit über die wahren Kosten der verschiedenen Verkehrsarten und sorgen für eine gerechtere Verteilung dieser Kosten. Umweltfreundliche und günstige Verkehrsmittel werden bessergestellt, die bisher von der Allgemeinheit getragenen Kosten des übermäßigen Autoverkehrs werden sichtbar gemacht und verursachergerecht finanziert.
- Wir führen flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einer Anwohner*innenregelung ein. Kostenloses Parken wird es mittelfristig nur an Mobilitätsstationen am Stadtrand geben, um das Pendeln mit der Bahn zu vereinfachen.

- Wir setzen uns für die Möglichkeit der Einführung einer City-Maut ein, um einen weite- ren Anreiz zum Umstieg weg vom Auto zu geben und um den Ausbau und Preissenkun- gen beim öffentlichen Personenverkehr zu finanzieren.
- Wir führen in einzelnen Quartieren autofreie Sonntage ein, an denen die Frankfur- ter*innen den Straßenraum alternativ nutzen können.
- Wir schaffen im Rahmen eines Modellprojekts die Möglichkeit für Frankfurter*innen ohne eigenen PKW, sich anstatt für Anwohner*innen-Parken für einen Anwohner*in- nen-Garten oder eine Anwohner*innen-Fahrradgarage anzumelden. Die Teilnehmen- den bekommen anstelle einer Anwohner*innen-Parkberechtigung eine Patenschaft für einen entsiegelten Parkplatz in ihrer Straße und können die Fläche entweder mit Hilfe der Stadt gestalten und begrünen oder dort eine Fahrradgarage aufbauen.

Den Fuß- und Radverkehr ausbauen

- Wir werden die Forderungen aus dem Radentscheid konsequent gemäß der formu- lierten Qualitätsstandards („Frankfurter Fahrradstraße“¹) beschleunigt umsetzen und weitere Verbesserungen für den Radverkehr in einem integrierten Mobilitätskonzept für Frankfurt fortschreiben. Auch die Stadtteile am Stadtrand werden direkt über sichere Fahrradwege verbunden, sofern es diese Wege noch nicht gibt. Dabei werden Bürger*innen und Radfahr-Initiativen einbezogen.
- Damit alle Fußgänger*innen barrierefrei, sicher und zügig am Verkehr teilnehmen können, wollen wir auf der Basis der Erfahrungen aus dem Projekt Nahmobilität Nordend und der Richtlinien zur barrierefreien Gestaltung von Fußwegen ein Fußverkehrskonzept für die Stadt Frankfurt entwickeln.
- Wir schaffen analog zum Radfahrbüro eine Ansprech- und Kompetenzstelle für den Fußverkehr.
- Wir wollen mittelfristig das Flickwerk unterschiedlicher Markierungen und Auswei- sungen von Radwegen und sogenannte Schutzstreifen zu echten Fahrradwegen, die physisch vom Autoverkehr und Gehwegbereich getrennt sind, umbauen bzw. diese neu anlegen.
- Frankfurt ist eine kompakte Stadt in einer dicht besiedelten Region. Auf kreuzungs- armen Radschnellwegen könnten viele Schüler*innen und Berufspendler*innen ihren Zielort binnen 30-45 Minuten erreichen. Wir werden deshalb die Planung und Umset- zung von Radschnellwegen inner- wie außerörtlich vorantreiben. Wir unterstützen ak-

1 Informationen zur „Frankfurter Fahrradstraße“ finden Sie auf den Seiten des Radentscheids Frankfurt: <https://gruenlink.de/1w1e>

tiv den Masterplan des Regionalverbandes für den Bau von neun radialen Radschnellwegen, die alle in Frankfurt zusammenkommen.

- Wir stellen durch den Lückenschluss von Ostend bis Osthafen mit einer Fahrradbrücke den nordmainischen Radweg von Höchst nach Hanau fertig und stellen sicher, dass trotz des Ausbaus der S6-Trasse auch zwischen den nördlichen Stadtteilen sowohl untereinander als auch zur Innenstadt eine attraktive Verbindung erhalten bleibt (siehe das Konzept „Nord|Grün|Frankfurt“). Ebenso treiben wir die Planung für den südmainischen Radschnellweg nach Hanau und die Radschnellwege in den Vordertaunus voran.
- Wir schaffen für das Zusammenwachsen der Region auch bei der Verkehrswende gemeinsam mit dem Umland ein dichtes Radwegenetz zwischen den Stadtteilen und in die Region, z.B. nach Bad Homburg und Bad Vilbel, und realisieren im Osten Frankfurts z.B. einen separaten Fuß-/Radweg von der Frankfurter Seite auf die Carl-Ulrich-Brücke zum bereits vorhandenen Fuß-/Radweg auf Offenbacher Seite.
- Wir unterbinden durch bauliche Maßnahmen, aber auch durch verschärfte Überwachung, konsequent das Parken auf und das Befahren von Fuß- und Radwegen, Grünflächen und Freizeitwegen sowie das verkehrsgefährdende Parken insbesondere in Kreuzungsbereichen und an Zebrastreifen und das Verstellen von Rettungswegen und Fahrwegen des ÖPNV.
- Ampelschaltungen auf Hauptverkehrsstraßen werden nach den Bedürfnissen von Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und dem ÖPNV ausgerichtet.
- Wir wenden den grünen „Rechtsabbiegepfeil“ an ampelgesteuerten Kreuzungen an.
- Wir setzen gemeinsam mit Radfahrinitiativen Maßnahmen um, die das Fahrradfahren sicherer, bequemer und angenehmer machen – z.B. Haltestangen an Ampeln, Park & Ride-Plätze an Radschnellwegen oder Fahrradvorfahrtsstraßen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die verpflichtende Einführung von Abbiegeassistenten für LKWs beschleunigt wird und rüsten die städtische LKW-Flotte so schnell wie möglich nach. Sollte die allgemeine Pflicht nicht schnell eingeführt werden, werden wir Kreuzungen so umgestalten, dass Unfälle beim Rechtsabbiegen von LKWs möglichst verhindert werden.
- Wir reduzieren die Wartezeiten für Fußgänger*innen an Ampeln mit „Drückerfunktion“ und orientieren uns dabei an einer Sofortschaltung für Fußgänger*innen- oder Radfahrer*innen.
- Gehwegparken ist grundsätzlich verboten. Gekennzeichnete Ausnahmen machen wir in Zukunft nur noch dort, wo eine verbleibende Fußwegbreite von mindestens 2,20 m garantiert ist. Um die Sicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer*innen zu gewähr-

leisten, setzen wir uns für konsequente Ahndung illegalen Parkens auf Geh- und Radwegen ein.

- Wir unterbinden die Nutzung der Gehwege als wilde Abstellfläche für E-Scooter oder Leihräder und schaffen Abstellmöglichkeiten auf PKW-Stellplätzen und im Straßenraum. Wir wollen statt des derzeitigen „free floating“-Modells für E-Scooter ein stationsgebundenes Angebot mit Lademöglichkeit an der Station und deutlich reduzierter Störwirkung für insbesondere den Fuß- und Radverkehr prüfen und gemeinsam mit den Anbieter*innen umsetzen.
- Fahrradwege mit befahrbaren Photovoltaikmodulen könnten Strom z.B. für Beleuchtung und Lichtzeichenanlagen liefern. Wir wollen einen Beitrag zur Entwicklung und Erprobung der Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit von Solarfahrradwegen leisten und installieren in Frankfurt ein Stück eines Radweges als Solarfahrradweg.

ÖPNV: Alle fahren mit

- Wir werden den Ausbau der Schienen- und Busnetze weiterführen, existierende Planungen umsetzen und darüber hinaus:
 - die Verlängerung der U5 bis zum Frankfurter Berg umsetzen.
 - den Lückenschluss zwischen Ginnheim und der Bockenheimer Warte vorantreiben. Bei den Planungen werden wie bei allen Vorhaben auch klimarelevante und ökologische Kriterien, wie der Schutz des Grundwassers, beachtet.
 - eine Verlängerung der U5 im Westen über Nied bis nach Höchst prüfen.
 - die Verlängerung der RTW von Praunheim nach Norden mit Anschluss an das Nordwestzentrum oder mit einer Verbindung zur Stadtbahn A-Strecke vorantreiben.
 - Planung, Variantenuntersuchung und -entscheidung für die unbedingt nötige Regionaltangente Ost forcieren.
 - die Anbindung des Flughafen-Terminal 3 über die S7 realisieren.
 - die Verlängerung der U7 und einen Anschluss an einen Mobilitätsknoten mit Park & Ride-Möglichkeit an der A5 erneut prüfen.
 - die Fertigstellung der Straßenbahnringlinie im bisherigen Planungsstand umsetzen und den Ausbau zu einem vollständigen Ring inklusive einer Straßenbahnverbindung zwischen Fechenheim und Oberrad über Offenbach planen.
 - die Straßenbahnverlängerungen nach Neu-Isenburg und Sprendlingen sowie die Weiterführung der Linie 18 nach Bad Vilbel vorantreiben.
 - die Straßenbahn im Gutleut bis zur Wurzelsiedlung verlängern.

- die Verlängerung der Straßenbahn zum Höchster Bahnhof vorantreiben und eine weitere Verlängerung Richtung Jahrhunderthalle prüfen.
- eine Straßenbahn-Verbindung von Fechenheim über Enkheim nach Bergen zur Anbindung von Bergen und Fechenheim an die U-Bahnen U4/U7 sowie die Verlängerung der U4 nach Bergen prüfen. In beiden Fällen prüfen wir die Weiterführung nach Bad Vilbel.
- eine neue Erschließung der Innenstadt mit einer Straßenbahn von der Schweizer Straße über die Untermainbrücke bis zum Campus Westend inklusive der Prüfung einer Weiterführung über Hansaallee zum Alleenring planen.
- eine neue Schienenverbindung vom Süd-/Lokalbahnhof zur Sachsenhäuser Warte vorbereiten.
- mit den neuen Wohnquartieren in den nördlichen Stadtteilen und dem Ausbau der U5 zum Frankfurter Berg sowie dem Ausbau der S6 das Busliniennetz einschließlich Schnellbusverbindungen grundsätzlich neu planen.
- tangentielle Schnellbus-Linien zur Verbindung zwischen Frankfurt und den Nachbargemeinden mit Anbindung an existierende Linien und eine Taktverdichtung insbesondere in den nördlichen Außenbezirken realisieren.
- Wir bauen Park & Ride-Möglichkeiten auch in Absprache mit dem Umland aus und erproben "Mobility-on-demand"-Systeme auch für Pendler*innen.
- Mit einem Beschleunigungsprogramm senken wir die Fahrzeiten von Bussen und Bahnen. Hauptverkehrsstraßen, die von mindestens zwei Buslinien genutzt werden, erhalten eine Busspur; auf Hauptverkehrslinien fahren zusätzliche Express-Buslinien, die im Innenstadtbereich nur an Hauptverkehrsknotenpunkten wie S- und U-Bahnstationen halten.
- Wir richten weitere Querverbindungen von Stadtteil zu Stadtteil und zwischen weiter auseinander liegenden Stadtteilen ein. Zwischen peripheren Stadtteilen wird ein Ringschluss realisiert.
- Wir führen an sieben Tagen in der Woche einen kompletten Nachtverkehr ein und verkürzen die zu langen Taktabstände in den Abendstunden und am Wochenende. Das Ziel ist: der Frankfurter ÖPNV steht 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung.
- Wir wollen die Kapazitäten der stark belasteten Hauptstrecken von S-, U- und Straßenbahn wo möglich durch eine dichtere Taktung erhöhen. Wir unterstützen Projekte für halbautomatische oder autonom fahrende Züge.

- Bei ausgelasteten S-Bahn-Strecken wie z.B. der S3 und S4 zwischen Eschborn und Frankfurt oder der S8 und S9 bei Spielen von Eintracht Frankfurt und anderen Events im Stadion ist zu prüfen, ob durch längere Bahnen und Verstärkerzüge die Kapazitäten erweitert werden können.
- Der Einsatz von Doppelstocktriebwagen auf den S-Bahn-Linien könnte die Kapazitäten im Nadelöhr Frankfurter S-Bahn-Tunnel drastisch erhöhen. Die Pariser S-Bahn RER nutzt solche Fahrzeuge – wir wollen überprüfen lassen, ob diese Fahrzeuge oder Doppelstockzüge anderer Hersteller für den Einsatz in Frankfurt geeignet wären. Im U-Bahnnetz wollen wir Triebwagen mit längs angeordneter Bestuhlung und dadurch mehr Stehplätzen testen.
- Wir unterstützen den Vorschlag des RMV an die Deutsche Bahn, am überlasteten Frankfurter Hauptbahnhof das ehemalige Gleis 25 zu reaktivieren und wollen geprüft haben, ob im Hauptbahnhof durch Umbauten im Bestand weitere Kapazitäten geschaffen werden können.
- Wir unterstützen den Fernbahntunnel. Der Kapazitätsausbau des Schienenverkehrs ist dringend nötig, gerade wenn wir Flugreisen durch Zugreisen ersetzen wollen. Der bestehende Frankfurter Hauptbahnhof wird dies jedoch nicht leisten können und größere oberirdische Bahnhofsambauten sind in der Enge der Stadt nicht möglich. Genauso nötig sind allerdings die Akzeptanz und die Umweltverträglichkeit. Daher müssen alle Planungen transparent, öffentlich und nachvollziehbar sein, alle Fragen müssen beantwortet und insbesondere die Umweltauswirkungen sorgfältig geprüft werden. Ein Fernbahntunnel muss so umweltverträglich wie möglich, nicht so billig wie möglich, gebaut werden. Außerdem darf der Fernbahntunnel nicht andere wichtige Projekte, die bereits in der Planung oder Umsetzung sind, verzögern.
- Innovative Transportsysteme, wie zum Beispiel Seilbahnen, wollen wir auf ihren Nutzen für Frankfurt prüfen und ggf. in Form von Pilotprojekten umsetzen.
- Alle Schüler*innen sollen die ÖPNV Kosten erstattet bekommen.
- Senior*innen über 75 Jahren und Frankfurt-Pass-Inhaber*innen wollen wir die kostenfreie Nutzung des ÖPNV in Frankfurt ermöglichen.
- Im Rahmen des Konzepts „Stadt am Main“ werden wir einzelne Linien komplett kostenfrei machen. Kurz- bis mittelfristig wollen wir in Frankfurt ein 365 €-Ticket für alle Nutzer*innen realisieren.
- Das Jobticket des RMV ist wegen seines Preismodells aktuell nicht mehr attraktiv. Wir werden gemeinsam mit dem RMV ein Modell entwickeln, das den Umstieg von weite-

ren Pendler*innen auf die Schiene beschleunigt, für alle Unternehmen und Beschäftigten attraktiv ist und auch Teilzeit- und Home-Office-Modelle berücksichtigt.

- Neufrankfurter*innen sollen die Qualitäten der ÖPNV-Nutzung rasch kennenlernen. Wir wollen sie deshalb mit einem ÖPNV-Info-Paket und einem kostenlosen Monats-ticket begrüßen. Eltern soll der Umstieg auf die ÖPNV-Nutzung mit Nachwuchs durch ein kostenloses Eltern-Ticket für das erste Lebensjahr erleichtert werden.
- Wir wollen die viel genutzte RMV-App kund*innenfreundlich weiterentwickeln, indem wir eine schnellere Handhabung ermöglichen, das Design modernisieren und für die Informationssysteme standardisierte Schnittstellen zu häufig genutzten Navigations-systemen anbieten. Außerdem wollen wir alle öffentlichen Mobilitätsangebote über eine App erreichbar machen und insgesamt den Zugang zu Mobilitäts-Diensten über alle digitalen Kanäle einfacher machen.
- Alle Haltestellen der Straßenbahnen und der neuen Metrobuslinien sowie die Fahrkar-tenautomaten wollen wir mit Anzeigetafeln zur digitalen Fahrgastinformation (auch über Störungen) ausstatten.
- Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz um und begrünen Haltestellen sowie Gleisflächen des öffentlichen Verkehrsnetzes. Wir begrünen weitere Verkehrsflächen wie Verkehrsinseln, Brückenpfeiler, Lärmschutz- und andere Straßenbauwerke.

Das Auto in der Stadt: nachhaltige Bewegung

- Wir gestalten den Busverkehr und alle anderen städtischen Fahrzeuge bis 2030 CO₂-neutral. Wir setzen beim Fuhrpark der Stadt Frankfurt und ihrer Beteiligungen auf klimaneutrale, innovative Konzepte.
- Wir bauen die momentan völlig unzureichende Ladeinfrastruktur für E-Autos in Um-setzung der Klimaallianz bedarfsgerecht aus und fördern auch die Errichtung von Lademöglichkeiten durch Privatpersonen. Wir streben dabei selbstverständlich Strom aus erneuerbaren Quellen als Ladestrom an.
- Wir prüfen in Umsetzung der Klimaallianz die Möglichkeiten zur Unterstützung der Umstellung des Antriebs bei Taxi- und Lieferverkehr.
- Wir streben weitere Wasserstofftankstellen in der Stadt an und suchen dafür geeignete Partner*innen.
- Wir setzen uns für ein Tempolimit von 80 km/h auf innerstädtischen Autobahnen und für ein Limit von 40 km/h auf Grundnetzstraßen ein. An dicht bewohnten Grundnetz-straßen machen wir Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit in den Nachtstunden. In autoarm geplanten Gebieten setzen wir auf Tempo 20 als Regelgeschwindigkeit, um

die störungsfreie Vermischung von Auto- und Radverkehr zu ermöglichen – den Anfang machen wir im Rahmen der Umsetzung unseres „Stadt am Main“-Konzepts mit einem Modellversuch. Den Schilderwald in den Wohngebieten wollen wir lichten und eine generelle Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h für ganze Zonen mit wenigen Schildern festsetzen.

- Wir lehnen den weiteren Ausbau von Autobahnen in Frankfurt ab und wollen die Chancen prüfen, die sich durch eine Umwidmung von Autobahnflächen zum Beispiel an der Messe, der Miquelallee oder der Sachsenhäuser Warte zu Park & Ride-Plätzen ergeben.
- Auch den Ausbau von Autobahnen wie der A661 und der A5 sehen wir kritisch und wollen die mit ihm einhergehenden weiteren Versiegelungen und Beeinträchtigungen von Kaltluftströmen vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Verkehrswende überprüft wissen. Der Bund als Bauherr muss sicherstellen, dass bei allen Maßnahmen die Auswirkungen auf das Stadtklima minimiert werden. Wir wollen bei allen Ausbauprojekten prüfen, welche Alternativen es mit nachhaltigen Verkehrsmitteln gibt und ziehen diese vor.
- Wir bauen die Kapazitäten zur Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs zum Beispiel bei der Einhaltung von Tempolimits und Parkverboten aus.
- Wir stellen eine systematische Lärmbelastungskarte auf und ergreifen an Lärmschwerpunkten geeignete Maßnahmen nicht nur beim Auto-, sondern zum Beispiel auch beim Schienenverkehr.
- Wir erhöhen die Sicherheit auf dem Schulweg, indem wir die Verkehrsregelungen vor Schulen anpassen und gemeinsam mit den Schulen Schüler*innen und Eltern für das Thema sensibilisieren.
- Wir fördern stationsgebundenes Car-Sharing, indem wir zum Beispiel Car-Sharing-Fahrzeuge auf Anwohner*innenparkplätzen und in Quartiersparkhäusern zulassen.
- Wir fördern die Nutzung von Fahrradleih- und anderen Sharing-Systemen in Frankfurt durch die Einrichtung ansprechend und markant gestalteter städtischer Sharing-Mobility-Flächen/-Stationen/Mobilitätsstationen, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV. Wir wollen prüfen, ob die Flächen für verschiedene Sharing-Mobility-Arten (Rad, Lastenrad, E-Scooter, Car-Sharing) zusammengefasst werden können.

Güter- und Warenverkehr neu denken

- Wir entwickeln und erproben gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft Konzepte für eine Verteilstellen-Infrastruktur, die eine umweltfreundliche Güterverteilung ermöglicht und von Haus zu Haus fahrende LKWs ersetzt. Geeignete Konzepte werden wir bei Bedarf auch im Rahmen von Planungsvorhaben in Zukunft von Anfang an berücksichtigen.
- Wir streben die komplette Vermeidung von fossil betriebenen Fahrzeugen auf der "letzten Meile" der Güter- und Warenverteilung an.
- Wir unterstützen Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft, landwirtschaftliche Kooperativen und andere regionale ökologisch wirtschaftende Betriebe bei der Suche nach Warendepots für die Versorgung der regionalen Kunden.
- Wir unterstützen in Umsetzung der Klimaallianz den innerstädtischen Lieferverkehr mit Lastenrädern und legen ein Förderprogramm für privat genutzte Lastenräder auf.
- Wir fördern multimodale Konzepte, die Verkehr und Schadstoffe reduzieren und sicherstellen, dass Massengüter möglichst kurze Wege auf der Straße und weite Strecken auf der Schiene oder mit dem Schiff zurücklegen.

Eine Zukunft für den Flughafen

- Wir unterstützen die Fraport dabei, den Weg von einer Anbieterin von Flugverkehr hin zu einem nachhaltigen Mobilitätsunternehmen zu gehen. Der Flughafen soll durch Ausweitung der Nachtruhe, die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn, eine bessere Verzahnung mit dem öffentlichen Nahverkehr und durch einen klimaneutralen Betrieb der eigenen Infrastruktur zu einem modernen, zukunftsfähigen Standort werden.
- Wir werden gemeinsam mit der Fraport einen Plan erarbeiten, wie der Frankfurter Flughafen möglichst schnell klimaneutral werden kann. Für die Infrastruktur (Gebäude und Logistik) wollen wir die Klimaneutralität 2035 erreichen.
- Wir unterstützen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Landesregierung und der Wissenschaft die Forschung rund um den nachhaltigen Luftverkehr mit erneuerbaren, regional produzierbaren Treibstoffen sowie klimaschonenden und lärmärmeren Flugzeugen und Verfahren. Das HOLM¹ bietet hierfür einen hervorragenden Nukleus.
- Frankfurt setzt sich gemeinsam mit anderen Flughafenstandorten konsequent für die nötigen Änderungen von bundesgesetzlichen Grundlagen und von Europarecht ein,

1 Das „House of Logistics and Mobility“ (HOLM) ist eine Initiative des Landes Hessen gemeinsam mit der Stadt Frankfurt, und beschäftigt sich unter anderem mit Nachhaltigen Logistik-Lösungen. Mehr Informationen finden Sie hier: <https://frankfurt-holm.de/>

um weg von einer Konkurrenzsituation der Standorte und hin zu einer Kooperation für nachhaltige Mobilität zu kommen.

- Wir werden einfordern, dass die kommunalen Vertreter*innen in den Aufsichtsgremien auf eine wirksame Strategie zum Klimaschutz der FRAPORT AG hinwirken, auch wenn vor allem der Bund für wirksamen Lärm – und Emissionsschutz gefragt ist.
- Die interkommunale Zusammenarbeit mit den Flughafenrainerkommunen werden wir verstärken und in den Gremien zur Weiterentwicklung gemeinsamer Positionen beitragen. Insbesondere gemeinsame Forschungsaktivitäten zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverkehrsemissionen auf die Bevölkerung der Region werden konsequent fortgesetzt.
- Wir werden darüber wachen, dass das Nachtflugverbot der sogenannten Mediationsnacht uneingeschränkt umgesetzt wird. Systematische Verspätungsflüge in der Mediationsnacht sollen empfindliche Strafen nach sich ziehen bis hin zum Entzug der Start- und Landeerlaubnis.
- Wir werden über die kommunalen Vertreter*innen in den Aufsichtsgremien darauf hinwirken, dass über entsprechende Flughafenentgelte der Einsatz lärmärmer Fluggeräte begünstigt wird.
- Wir werden kommunale Vertreter*innen dazu anhalten, keine neuen finanziellen Anreize für die künstliche Ansiedlung von Flugverkehr zu schaffen.
- Auf allen politischen Ebenen, auf denen wir als Flughafenkommune vertreten sind, stehen wir für ein echtes Nachtflugverbot von 22-7 Uhr, für Lärmpausen auch am Tage und für die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene ein.
- Wir werden keinem weiteren Ausbau des Flughafens zustimmen.

Mit allen für alle

- Wir erarbeiten für komplexe Maßnahmen Konzepte gemeinsam mit den Frankfurter*innen und mit Expert*innen. Gleichzeitig wollen wir den Menschen vor Ort mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Umfelds geben, wo keine übergreifenden Belange berührt sind.
- Wir führen eine Erhebung und Berichterstattung zu geschlechtsspezifischem Verhalten im Verkehr durch und implementieren Gender Mainstreaming systematisch bereits in der Planung sowie im Bau von Straßen, Wegen und Plätzen, um zu einer gleichberechtigten Stadt auch bei der Mobilität werden zu können. Wir stärken gezielt den Anteil von Frauen in der Verkehrsplanung und Administration.

- Wir binden über Veranstaltungen und partizipative Formate, aber auch über die Kooperation mit Verbänden und Interessenvertreter*innen aktiv insbesondere mobilitätseingeschränkte Menschen in die Gestaltung und Umsetzung von Verkehrspolitik in Frankfurt ein.

UNSER WIR MEINT: WIR ALLE!

Knapp 760.000 Menschen lebten laut der letzten offiziellen Einwohner*innenzahl in unserer Stadt. 760.000 Menschen – das sind 760.000 Individuen, mit Hoffnungen und Sorgen, mit Träumen und Nöten, alle unterschiedlich. Und das ist „nur“ die offizielle Zahl. In Wirklichkeit sind es viel mehr Menschen, die unsere Stadt ausmachen. Es gibt keine zuverlässigen Aussagen über die Zahl von Menschen ohne offiziellen Aufenthaltstitel, ohne Papiere und ohne einen Eintrag in den offiziellen Registern, die dennoch in unserer Stadt leben. Die letzten Schätzungen stammen aus 2006 und belaufen sich auf 25.000 bis 40.000 Menschen ohne Papiere. Wir können davon ausgehen, dass diese Zahl deutlich zugenommen hat – aufgrund der Krisen überall auf der Welt und nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise, die insbesondere Menschen ohne Papiere in die Städte zwingt, wenn sie überhaupt eine Chance auf ein Auskommen haben wollen.

Alle diese Menschen meinen wir, wenn wir von „wir“ sprechen. Alle diese Menschen sind Frankfurter*innen, alle diese Menschen sind Frankfurt.

Unsere Stadt und unsere Stadtgesellschaft ist in jeder Hinsicht ungewöhnlich vielfältig – Herkunft, kulturelle Identität, geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung, Bildungsstand, Familienstand und ökonomischer Status. Den typischen Frankfurter oder die typische Frankfurterin gibt es nicht. Dennoch eint uns alle: Wir leben in dieser Stadt zusammen.

Unser GRÜNES Ziel ist es, Politik für alle (und idealerweise mit allen) Frankfurter*innen zu machen. Denn alle diese Menschen sind gleich an Würde und gleich an grundsätzlichen Rechten, alle diese Menschen sollen die gleichen Chancen und die gleichen Teilhabemöglichkeiten haben, alle diese Menschen sollen willkommen sein, das Leben miteinander gestalten und sich auf Augenhöhe begegnen.

Unser „Wir“ meint: Wir alle! Das ist der Anspruch, und an dem wollen wir uns messen lassen.

Frankfurt – Ort der vielen Herkünfte: Zusammenstehen in einer diversen Stadtgesellschaft

Im Merian über Frankfurt steht „Gewöhnlich lebt man in Frankfurt zunächst nicht aus Überzeugung, sondern aus Notwehr. Die meisten verschlägt der Beruf an den Main und nicht die Aussicht, sich in einer der lebenswertesten Städte Deutschlands niederzulassen. Als genau

das jedoch entpuppt sich Frankfurt für seine Einwohner.“ Abgesehen davon, dass wir ergänzen würden: „Einwohner*innen!“ und darauf hinweisen, dass es nicht nur der Beruf ist, sondern manchmal auch die Flucht vor existenzieller Not oder zum Glück manchmal auch die Liebe, können wir uns kein besseres Kompliment für unsere Stadt vorstellen. Und so kommt es, dass in unserer Stadt Menschen aus 180 Nationen leben – und alle Frankfurter*innen sind. Frankfurt ist die Stadt der vielen Herkünfte: Frankfurt oder Offenbach, Kairo oder London, Wir sind froh darum und empfinden diese Vielfalt als Bereicherung. Klar ist aber auch: Diese Integrationsleistung unserer Stadt ist eine Leistung, die von allen Frankfurter*innen und auch von Politik und Verwaltung, von Firmen und Behörden in Frankfurt erbracht werden muss. Wir sind die Stadt in Deutschland, die als erstes ein Integrationsdezernat und ein Amt für multikulturelle Angelegenheiten gegründet hat. Wir halten an diesen Strukturen fest, denn die Aufgabe der Integration ist nie erledigt. Sie ist auch kein Selbstläufer, sondern sie bedarf der ständigen Aufmerksamkeit, und das Thema Integration und Integrationspolitik muss in der Stadt Frankfurt wieder mehr Gewicht bekommen. Dazu gehört auch ein hauptamtliches und deutlich sichtbares Integrationsdezernat. Die derzeitigen Dezernatszuschnitte sind der wichtigen Aufgabe nicht angemessen.

Es ist eine erschütternde Entwicklung, dass Vielfalt derzeit in der Öffentlichkeit vor allem im Zusammenhang mit wachsendem Rassismus, mit rechtsextremen Terroranschlägen, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit diskutiert wird. Es ist aber eine Entwicklung, die eine lange Geschichte hat. Viele von uns kennen diese Haltungen aus eigener Erfahrung als Opfer von verbalen oder gar körperlichen Übergriffen. Unser aller Aufgabe, gerade als Frankfurter*innen, ist: Zusammenstehen, Hinsehen, Einschreiten. Es reicht nicht, kein*e Rassist*in zu sein. Wir müssen als Stadt, als Gesellschaft, als Individuen Antirassist*innen sein. Gerade in Frankfurt. Es geht um unsere gemeinsame Zukunft.

Wir haben 2020 gemeinsam mit der Koalition im Römer einen umfangreichen Aktionsplan gegen Rassismus¹ verhandelt und verabschiedet. Er enthält wichtige Elemente wie eine verstärkte Sichtbarkeit und Zusammenarbeit der verschiedenen Religionen in Frankfurt, Anlaufstellen für Opfer von Hass und Gewalt, Kampagnen zur Sensibilisierung für und Stärkung gegen Rassismus, Extremismus und menschenverachtendes Verhalten. Er stärkt die Zusammenarbeit und die Expertise in Stadtpolitik und Stadtverwaltung im Kampf gegen Rassismus und für die Beteiligung aller Frankfurter*innen. Und er formuliert klar: Rassismus ist eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden und die Bekämpfung von Rassismus zählt zu den besonders wichtigen öffentlichen Aufgaben.

1 Den am 3. September 2020 in der Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit beschlossenen Aktionsplan gegen Rassismus finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1j>

Wir werden diesen Aktionsplan in den kommenden Jahren konsequent umsetzen, wo nötig auch entsprechende Mittel und Ressourcen ausweiten. Bei der Umsetzung ist es uns wichtig, alle Schritte gemeinsam mit den Betroffenen, mit der Kommunalen Ausländer*innenvertretung und mit Initiativen und Verbänden zu besprechen. Denn gerade im Bereich Antirassismus gilt: Nicht über die, sondern mit den Betroffenen sprechen und ihnen zuhören. Rassismus bekämpfen geht nur gemeinsam.

Frankfurt muss sich seiner NS-Vergangenheit stellen, die Erinnerung wach halten und heute bewusst gegen Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und für Menschenrechte eintreten. Wir setzen uns für eine lückenlose Aufklärung rechter Gewalt in Frankfurt ein. Wir erinnern an die Opfer rechter und antisemitischer Gewalt nach dem Nationalsozialismus und treten entschieden Antisemitismus im Alltag entgegen. Ohne die aktive Teilhabe und das bürgerschaftliche Engagement von Menschen jüdischen Glaubens wäre Frankfurt nicht, was es heute ist. Für uns ist klar: Frankfurt muss die selbstverständliche Heimat für Menschen jüdischen Glaubens sein – Antisemitismus hat bei uns keinen Platz. Wir fördern ein selbstverständliches, aktives und vielfältiges jüdisches Leben und unterstützen weitere Gemeindeorte in Frankfurt.

Darauf aufbauend ist und bleibt unser Ziel: Die Vielfalt als Chance nutzen, die Vielfalt als Gelegenheit verstehen, die Vielfalt als Teil Frankfurts erhalten und pflegen – alle zusammen. Wir werden Integration als Aufgabe wieder deutlicher in den Mittelpunkt rücken, gerade jetzt, für alle. Frankfurt ist und bleibt eine offene Stadt, die sich der Tatsache bewusst ist, dass sie von Vielfalt und Austausch profitiert, ihren Verpflichtungen nachkommt und aus humanitären Gründen weitere Möglichkeiten nutzt – ein offener, lebendiger, sicherer Hafen – in der Vergangenheit und in der Zukunft.

Jede*r ist, wie jede*r ist

Nicht nur Menschen, die nicht als Deutsch gelesen werden, sind Anfeindungen und Zurücksetzungen ausgesetzt. Auch wenn das Recht sich in vieler Hinsicht an die Vielfalt der geschlechtlichen Identitäten und der sexuellen Orientierungen angepasst hat und das Individuum in den Mittelpunkt stellt, so bleibt Akzeptanz von Vielfalt der Lebens- und Liebesmodelle eine Forderung und ist noch lange nicht erreicht. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen und solche, die sich als queer definieren (abgekürzt als „LSBT*IQ“ zusammengefasst) werden nach wie vor von viel zu vielen Menschen als eine Zumutung empfunden. Wir stellen uns entschieden gegen diese ablehnende, menschenfeindliche Haltung.

Frankfurt hat zahlreiche Angebote für LSBT*IQ-Menschen. Insbesondere für lesbische und schwule Menschen haben wir sie bereits früh eingerichtet. Das ist allerdings kein Grund, sich auszuruhen. Wir werden die bestehenden Angebote regelmäßig zusammen mit den Communities evaluieren und bei Bedarf anpassen. Angebote für Trans*- und Inter*-Menschen werden wir auf- und ausbauen. Die erreichte Akzeptanz gilt es zu verteidigen und gemeinsam mit den Frankfurter*innen zu steigern.

Kinder, Jugendliche und Familien in Frankfurt

Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft, Familien mit Kindern sind wichtig für den Zusammenhalt und das Zusammenleben in unserer Stadtgesellschaft. Frankfurt ist eine familien- und kinderfreundliche Stadt und soll das auch bleiben. Familie ist da, wo Kinder leben und Erwachsene füreinander und für Kinder Verantwortung übernehmen – ganz egal wie der Familienstand der Eltern ist, ob sie verschieden- oder gleichgeschlechtlich sind und welche Familienform sie leben. Familien mit Kindern brauchen ausreichend großen bezahlbaren Wohnraum, gute Kinderbetreuung, leistungsfähige Schulen und moderne Ganztagsbetreuung. Sie brauchen Spiel- und Sportplätze, Freizeit- und Kulturangebote, Grünflächen und Orte der kreativen Selbstgestaltung. Wir sorgen dafür, dass sich Kinder und Jugendliche und ihre Familien in Frankfurt wohl fühlen.

Die Voraussetzungen für Teilhabe, Bildungs- und Berufschancen und ein selbstständiges Leben sind in unserer Gesellschaft derzeit leider überwiegend bereits von Geburt an festgelegt. Es ist leider immer noch eine Tatsache: Kinder aus finanzschwachen Familien haben schlechtere Bildungschancen und damit auch schlechtere Chancen auf eine Verbesserung ihrer Situation aus eigener Kraft. Insbesondere Alleinerziehende und ihre Kinder sind strukturell enorm benachteiligt. Diese Ungerechtigkeiten haben viele Ursachen, und die meisten Ursachen sind nicht allein durch Politik vor Ort aufzufangen. Aber ohne entsprechende Angebote vor Ort ist dieser Teufelskreis auch nicht zu durchbrechen.

Chancen für alle Kinder und Familien

Wir halten an dem Anspruch fest, diejenigen zuverlässig zu unterstützen, die Unterstützung benötigen. Das gilt in besonderem Maße für Kinder und Menschen mit Kindern.

Die Bildungs- und Betreuungsangebote in Frankfurt müssen mit dem Wachstum der Stadt mithalten und wir müssen und werden sie entsprechend quantitativ weiter ausbauen. Wir müssen und werden sie aber auch qualitativ verbessern, insbesondere da, wo Eltern nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, ihren Kindern zur ihnen zustehenden gesellschaftlichen

Teilhabe zu verhelfen. Wir halten an Programmen wie dem Frankfurt-Pass fest und werden sie weiterentwickeln. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, Bundes- und Landesprogramme zur Stärkung von Teilhabe den Menschen in unserer Stadt zugänglich zu machen. Wir unterstützen Kinder und Familien in schwierigen Verhältnissen und bestehen auf Institutionen, die alle Menschen nach ihren jeweiligen Bedürfnissen optimal fördern.

Wir haben in der Corona-Krise erlebt, was die Einschränkung der Zugänglichkeit von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Familien bedeutet. Wir müssen aus dieser Krise lernen und die gesellschaftlich relevanten Bereiche besser ausstatten. Die Jugendämter müssen in der Lage sein, schwierige Situationen zu erkennen und Hilfe zu leisten. Die Infrastruktur hierfür muss in der Fläche weiter bereitgestellt werden, und die Mitarbeiter*innen müssen ausreichend qualifiziert und ausgestattet und angemessen bezahlt werden. Das gilt für die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ebenso wie für die Gesundheitseinrichtungen. Programme wie die „Frühen Hilfen“ haben sich bewährt und wir werden sie weiterentwickeln.

Betreuungseinrichtungen und Schulen in Frankfurt: Verlässlich und modern

Unsere Infrastruktur muss ständig auf Höhe der Anforderungen gehalten werden. Das ist leichter gesagt als getan, das wissen alle Mitarbeitenden, Schüler*innen, Eltern und alle Verantwortlichen in Frankfurt. Aber diese Aufgabe ist die Basis für ein funktionierendes Bildungs- und Betreuungsangebot. Wir müssen die Sanierung und den Neubau von Betreuungseinrichtungen und Schulen mit allen Anstrengungen und ohne Reibungsverluste zwischen den unterschiedlichen politischen Zuständigkeiten und Verwaltungseinheiten organisieren. Die Stadt ist hier nach wie vor nicht gut genug.

Frankfurt wächst, und das bedeutet einen steigenden Bedarf an Kindertagesstätten und Schulen. Ihr Ausbau oder Neubau braucht Platz. Aber auch für andere Bedarfe wird Platz benötigt, und wir wollen nicht alle freien Flächen bebauen und auch ökologische Belange beachten. Diesen Konflikten weichen wir nicht aus, wir wollen sie unter Beteiligung aller Akteur*innen lösen und dabei auch neue Konzepte entwickeln oder von anderen Städten übernehmen.

Ausreichende Plätze und funktionierende Ausstattung bei der Versorgung zum Beispiel mit Mittagsangeboten ist allerdings nur die Basis für ein modernes und verlässliches Bildungssystem. Spätestens Corona hat klar gemacht: Die Digitalisierung insbesondere der Schulen ist eine der größten Baustellen in unserem Land. Das haben inzwischen alle politischen Ebenen erkannt, aber auch hier hat Frankfurt dringende Hausaufgaben zu erledigen. Wir

brauchen eine funktionierende Ausstattung mit WLAN, mit Endgeräten, mit Fachkräften und mit pädagogischen Angeboten vor allem in der Medienbildung. Wir müssen hier in Zusammenarbeit mit dem Land deutlich besser werden – bei allen Schultypen und in allen Schulformen.

Die Bildungspolitik ist ein ausgesprochen komplexes Politikfeld, denn nicht nur die Bedarfe sind vielfältig, sondern auch die Kompetenzen und Zuständigkeiten sind über alle Ebenen verteilt, und es gibt Bildungsangebote in ganz unterschiedlicher Form und mit ganz unterschiedlichen Trägern. Wir brauchen also einen kooperativen Ansatz zwischen Stadt, Land und Bund und zwischen den verschiedenen Trägern von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Wir werden diesen Ansatz vorantreiben und die Bildungslandschaft in Frankfurt mit hohem Druck modernisieren – mit allen Beteiligten und inklusive der nötigen Investitionen.

Nach dem Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Krippen- und Kindergartenalter steht jetzt der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen an. Sie ermöglicht mehr Zeit für individuelle Förderung, verbessert die Teilhabechancen und stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ab 2025 haben Kinder im Grundschulalter einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – wir wollen dafür sorgen, dass er in Frankfurt dann auch erfüllt wird.

Gemeinsam gestalten

Kinder und Jugendliche sind nicht nur Gegenstand von Politik, sondern wir wollen sie an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen. Kinder haben Rechte, diese Rechte wollen und werden wir durchsetzen. Jugendliche haben spezielle Bedürfnisse, und wir werden sie nicht nur im Sinne von „Politik für Jugendliche“ berücksichtigen, sondern wir werden Jugendliche gezielt und vermehrt an Politik beteiligen. Nicht erst seit „Fridays for Future“ fordern Jugendliche vermehrt Teilhabe ein. Wir werden den laufenden Prozess zur Etablierung eines Jugendparlaments fortsetzen und zu einem erfolgreichen Abschluss bringen – mit echter Beteiligung und Relevanz, die sich unter anderem in Antrags- und Rederechten in kommunalen Gremien ausdrückt. Das gilt ebenso für die Beteiligung von Schüler*innen an der Ausgestaltung der Bildungsangebote und für die Beteiligung und Sichtbarkeit von Jugendlichen im Alltag unserer gemeinsamen Stadt. Auch hier gilt für uns immer: Alle Angebote müssen für alle zugänglich sein – und mit allen gemeinsam gestaltet.

Sportstadt – auch im Alltag

Frankfurt betrachtet sich gerne als Sportstadt. Viele Sportverbände haben in unserer Stadt ihren Sitz, mit Eintracht Frankfurt hat unsere Stadt einen europaweit bekannten Fußballverein, inzwischen auch im Frauenfußball – und mit der Eintracht, den Skyliners, den Löwen und vielen weiteren Vereinen ist Frankfurt auch in anderen Sportarten Standort für Spitzensport. Das ist gut und soll so bleiben.

Aber Sport ist nicht nur etwas zum Zuschauen, Sport ist etwas zum selbst machen. Sport muss nicht unbedingt in Vereinen stattfinden, Sport kann auch eine ganz individuelle Tätigkeit sein. Und Sport ist nicht immer mit körperlichen Aktivitäten verbunden – auch Schach und eSport sind Sport und erfüllen die Menschen mit Befriedigung. Wir wollen diese Aktivitäten in der Spitze und vor allem in der Breite weiter unterstützen. Auch hier wird Politik nicht sinnvoll allein tätig werden. Wir sind auf die Expertise und die Beteiligung der Vereine und Institutionen sowie der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen angewiesen und wollen die Bedarfe gemeinsam mit ihnen erfassen und decken. Ziel unserer Politik ist auch hier die Unterstützung von Engagement, die Bereitstellung von Infrastruktur und Zugängen und die gemeinsame Verbesserung von Angeboten. Und auch im Sport gilt: Sport muss für alle Menschen zugänglich sein, Sport darf nicht diskriminieren und Sport soll seine verbindende Wirkung entfalten können. Hierbei werden wir unterstützen, dazu werden wir anregen.

Sozial- und Gesundheitsangebote: verlässlich, zielgenau und diskriminierungsfrei

Frankfurt ist eine soziale Stadt. Das gilt nicht nur für Kinder, Jugendliche und Familien. Das gilt für alle Menschen in unserer Stadt. Die meisten Menschen in Frankfurt sind glücklicherweise nicht regelmäßig auf Unterstützung angewiesen. Aber diejenigen, die es sind, müssen sich auf diese Unterstützung verlassen können.

Das gilt für Menschen mit punktuellen oder vorübergehendem Unterstützungsbedarf ebenso wie für Menschen mit dauerhaften Problemen, und es muss für alle Menschen in Frankfurt unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Status gelten.

Der Frankfurt-Pass ist das Frankfurter Modell für eine diskriminierungsfreie und zielgenaue Unterstützung von Menschen in schwierigen ökonomischen Verhältnissen. Wir werden ihn erhalten und ausbauen. Ziel ist dabei Teilhabe im umfassenden Sinne – das schließt Zugang zu kulturellen, sportlichen und anderen öffentlichen Angeboten ebenso ein wie die

Möglichkeit zur kostenfreien Nutzung von öffentlichen Mobilitätsangeboten in Frankfurt. Teilhabe verweist auch auf das Recht auf Wohnen. Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der es keine unfreiwillige Obdachlosigkeit gibt.

Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine Pflichtaufgabe, die Angebote in der Stadt müssen wir stetig weiter verbessern. Längst nicht alle öffentlichen Angebote sind barrierefrei, oft fehlen den Verantwortlichen die Kompetenzen, um diese Probleme zu vermeiden. Wir wollen insbesondere in der Fläche prüfen, wie sich die Herstellung von Barrierefreiheit erleichtern lässt und wie bei neu geplanten Angeboten Barrierefreiheit von Anfang an passgenau berücksichtigt werden kann. Auch hier gilt: Wir müssen und werden die Betroffenen als Expert*innen einbeziehen und den Austausch mit Verbänden und Institutionen, mit Selbsthilfegruppen und Selbstvertreter*innen intensivieren.

Altern in Frankfurt ist für viele Menschen eine Herausforderung. Gerade in Städten fehlen dann die sozialen Netze und die Hilfe aus der Familie, die ökonomischen Möglichkeiten lassen nach und die Anonymität der Großstadt wird zum Problem. Wir wollen die Menschen durch entsprechende Stadtplanung und -gestaltung sowie durch Hilfsangebote vor Ort so lange wie möglich und gewünscht dazu befähigen, in ihrem angestammten Umfeld zu bleiben. Wir wollen aber auch qualitative, würdevolle und befriedigende Möglichkeiten für ein Altern in Pflege- oder anderen speziellen Einrichtungen schaffen – gemeinsam mit den Expert*innen und Anbieter*innen.

Schließlich gilt in der Gesundheitspolitik: Corona hat gezeigt, dass der öffentliche Gesundheitsdienst und Angebote in öffentlicher Trägerschaft unverzichtbar sind. Wir werden entsprechend agieren und diese Angebote stärken. Das Klinikum Frankfurt-Main-Taunus mit seinen Standorten Höchst, Bad Soden und Hofheim bleibt als Krankenhausverbund mit Maximalversorgungs-Angebot in öffentlicher Hand. Die weiteren Neubauabschnitte in Höchst einschließlich einer baulich und konzeptionell neuen psychiatrischen Klinik werden wir realisieren.

Drogenpolitik: Der Frankfurter Weg bleibt richtig

Ein weiteres Konzept aus Frankfurt, das sich inzwischen bundesweit und auch über Deutschland hinaus durchgesetzt hat und das angepasst und weiterentwickelt wurde, ist der Frankfurter Weg in der Drogenpolitik. Wir halten an diesem Weg fest: Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Drogenpolitik. Schwerst Suchtkranke sind Menschen mit multiplem Hilfebedarf. Keine*r von ihnen hat sich ein Leben mit Suchterkrankung gewünscht. Alle wollen aus der Situation heraus, werden aber durch persönliche Barrieren

gehalten. Wir wollen ihnen auch weiterhin mit geeigneten differenzierten Hilfsangeboten die notwendige Versorgung und Unterstützung zur Verfügung stellen. Und wir wollen den regulierten, sicheren Rahmen für die kontrollierte Vergabe psychoaktiver Substanzen erweitern und damit verhindern, dass Konsument*innen immer weiter in Elend und Kriminalität abdriften.

Allerdings hat sich die Drogenszene verändert – sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch hinsichtlich der Substanzen, die genutzt werden. Dadurch wird gerade in Frankfurt deutlich, dass trotz eines differenzierten Hilfsangebotes unter den gegenwärtigen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen die am schwersten an Sucht erkrankten Menschen nicht die jeweils passgenaue Hilfe bekommen können, die sie benötigen. Den Kommunen muss die Möglichkeit eröffnet werden, den Drogenkonsum umfassend zu regulieren. Dazu müssen unter Frankfurter Führung die kommunalen Spielräume für eine Vielzahl von neuen Modellprojekten herbeigeführt werden – beginnend mit der kontrollierten Vergabe von Crack an Schwerstabhängige. Solche Angebote einer regulierten Vergabe psychoaktiver Substanzen jenseits von medizinischem Cannabis sind nötig, denn nur so durchbrechen wir die Angewiesenheit von suchtkranken Menschen auf den Drogen-Schwarzmarkt. So wie andere kranke Menschen ihre Therapien und Medikamente von Ärzt*innen und aus Apotheken erhalten, müssen die psychoaktiven Substanzen, ohne die manche suchtkranke Menschen es nicht schaffen zu (über-)leben, innerhalb eines humanen Gesundheitssystems reguliert zugänglich gemacht werden. Das ermöglicht den Konsument*innen den Ausstieg aus dem ewigen Kreislauf von Geld- und Drogenbeschaffung, öffnet ihnen Räume für die Verbesserung ihrer Lebenssituation und holt sie aus der Illegalität heraus. Es trocknet gleichzeitig den Drogen-Schwarzmarkt aus und reduziert drastisch Beschaffungskriminalität und die Belastungen, die eine offene Dealer- und Drogenszene im öffentlichen Raum für Anwohner*innen, Pendler*innen und Geschäftsleute mit sich bringt.

Das Frankfurter Bahnhofsviertel ist geprägt von der Vielfalt der Menschen, die dort leben, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Den Raum für alle diese Menschen gilt es zu schützen, damit für alle Lebensraum erhalten bleibt und niemand verdrängt wird. Dazu wollen wir einen Prozess und Strukturen für eine Quartiersentwicklung implementieren, die alle Akteur*innen im Viertel nicht nur mitdenkt, sondern aktiv beteiligt.

Nicht nur die Konsument*innen, auch die Stadt kann hier von einem neuen Anlauf profitieren. Wir benötigen dazu Unterstützung und veränderte Rahmenbedingung von Landes- und Bundespolitik, aber im Sinne einer Politik für alle Menschen und in allen Lebenslagen ist dies der richtige Weg, und wir sind entschlossen, ihn zu gehen.

Für folgende Maßnahmen stehen wir:

Vielfalt und Diversität als Chance, konsequent gegen Rassismus und Antisemitismus

- Wir werden dem Thema Integration in der Stadt Frankfurt wieder mehr Gewicht geben, die Kapazitäten für die Schaffung und Umsetzung von Konzepten gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und andere Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit mit allen Beteiligten ausbauen sowie die Integrationsberichterstattung zeitnah fortsetzen und verstetigen.
- Wir wollen gemeinsam mit relevanten Organisationen und Akteuren prüfen, ob wir in Frankfurt über die Angebote des Landes Hessen und der Kirchen hinaus für Menschen, die sich aus der rechtsextremen Szene, aus religiösem Extremismus oder aus Sekten lösen wollen, Beratung und konkrete Hilfestellungen benötigen. Dazu zählen auch präventive und de-radikalisierende Angebote zum Ausstieg vor dem Einstieg insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene.
- Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen dafür ein, allen Bürger*innen unserer Stadt ab einem Alter von 16 Jahren zumindest das kommunale Wahlrecht zu gewähren und insbesondere auf EU-Ebene dafür, allen Frankfurter EU-Bürger*innen in absehbarer Zeit Wahlrecht auf Landes- und Bundesebene zu ermöglichen.
- Wir werden die besonderen Auswirkungen der Corona-Krise auf Menschen mit Migrationsgeschichte untersuchen und gegensteuern.
- Wir setzen den beschlossenen Aktionsplan gegen Rassismus konsequent um und werden darüber hinaus:
 - neben der für städtische Bedienstete zuständigen Stabsstelle „Antidiskriminierung“ eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle für alle Bürger*innen einrichten.
 - Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz und Sensibilisierung für Rassismus für städtische Bedienstete ausbauen und in die Ausbildungspläne aufnehmen.
 - uns beim Land Hessen dafür einsetzen, die Themen Rassismus und Diskriminierung in der Polizeiausbildung zu stärken, entsprechende Schulungen für alle Polizist*innen verpflichtend zu machen und den Anteil der Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund bei der Polizei zu erhöhen.

- den jährlichen Integrationspreis um eine Kategorie erweitern, in der Aktivitäten und Engagement gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie ausgezeichnet werden.
- uns dafür einsetzen, dass Bürger*innen, die mindestens 20 Jahre Stadtverordnete, Mitglied des Magistrats oder Mitglied der KAV waren und sich um das Wohl der Stadt verdient gemacht haben, die Bezeichnung „Stadtälteste*r“ verliehen wird.
- gemeinsam mit den Einrichtungen Konzepte entwickeln, um Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bei der Prävention von Rechtsextremismus und anderen menschenfeindlichen Haltungen zu unterstützen.
- die Beratungsstelle „No More Hate, No More Violence“ gegen Hass und Gewalt im Netz aufbauen. (Siehe auch das Kapitel zu Frauenpolitik)
- die Kommunale Ausländer*innenvertretung stärken und ihre*r Vorsitzenden bei den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung einen Platz auf der Magistratsbank schaffen. Den Mitgliedern der KAV sollen im Rahmen ihrer Tätigkeit entstehende ÖPNV-Fahrtkosten erstattet werden.
- Die Ausländerbehörde muss sich zu einer Willkommensbehörde entwickeln. Wir wollen außerdem Außenstellen an Universitäten und eine unabhängige Schlichtungsstelle für Konflikte einrichten.
- Wir werden ein Pilotprojekt für ein anonymes Bewerbungsverfahren bei städtischen Stellenausschreibungen durchführen und auswerten.
- Wir werden insbesondere für ältere Menschen mehrsprachige Beratungsangebote und Schulungen zur Stärkung digitaler Kompetenz schaffen.
- Wir werden die Integrationsarbeit in Kitas und Schulen ausbauen, Zugangshürden abbauen, Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Sprachförderung stärken.
- Migrant*innen und vor allem geflüchtete Menschen brauchen offene und selbstverwaltete Räume als Begegnungs- und Rückzugsorte, für kulturelle und Bildungsangebote. Wir wollen Initiativen wie Project Shelter dabei unterstützen, geeignete Räume zu finden.
- Wir werden die interkulturelle Stadtteilarbeit stärken, Präventions- und Mediationsarbeit in den Stadtteilen unterstützen und um digitale Angebote und einen jährlichen „Dialogtag“ der Stadt Frankfurt erweitern.
- Wir wollen eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche „Behörden-Lots*innen“ einführen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte Deutschlands angemessenen Raum im Lehrplan an hessischen Schulen bekommt und werden uns auch an geeigneten relevanten Orten in der Stadt mit dieser Geschichte auseinandersetzen.
- Wir stellen uns der NS-Vergangenheit Frankfurts, halten die Erinnerung wach und treten bewusst gegen Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und für Menschenrechte ein. Dafür werden wir:
 - die Gedenk- und Gedenkstättenarbeit unterstützen,
 - kooperative Schulprojekte und Besuche des Jüdischen Museums und der Bildungsstätte Anne Frank für alle Frankfurter Schüler*innen fördern und die Gemeinde bei Projekten zum Wissen um jüdisches Leben heute unterstützen,
 - Straßen und Plätze, die nach Wegbereiter*innen und Unterstützer*innen des Nationalsozialismus und des Kolonialismus benannt sind, umbenennen.

Geflüchtete Menschen brauchen Hilfe, keine Zurückweisung

- Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt sich ohne Einschränkungen zum Sicherem Hafen erklärt und dem Bündnis Sicherer Hafenstädte sowie dem europäischen Forum „Solidarity Cities“¹ beitrifft und werden uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass solche Erklärungen nicht weiter folgenlos bleiben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen selbst entscheiden können, ob sie Geflüchtete über die nach dem Königsteiner Schlüssel vorgesehene Anzahl hinaus aufnehmen. Der Bund soll auch in diesen Fällen für die Förderung zuständig bleiben. Langfristig möchten wir das gesamte Modell der Aufnahme von Geflüchteten vom Kopf auf die Füße stellen. Die Kommunen sollen über Möglichkeiten entscheiden, der Bund und Europa sollen die Finanzierung entsprechend sicherstellen.
- Wir setzen uns auf Landesebene für die schnelle Umsetzung eines Aufnahmeprogramms für Schutzsuchende ein.
- Wir wollen die Unterbringung und Integration Geflüchteter evaluieren und die kommunalen Standards überarbeiten. Besonderer Schutz für geflüchtete Frauen, Kinder und LSBT*IQ-Menschen sowie die Integration in Bildung und Arbeit und Hilfe bei der Wohnungssuche werden unabhängig vom Grund des Zuzugs gestärkt, entsprechende Projekte wie „Rainbow Refugees“ werden bedarfsgerecht ausgebaut.

1 Informationen zur Initiative sicherer Hafenstädte finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1k>, zum Forum Solidarity Cities hier: <https://gruenlink.de/1w1l>

- Wir werden Zugangsbarrieren für geflüchtete Frauen zu Deutschkursen und berufsbezogenen Programmen abbauen, die Anerkennungsberatung und Projekte der Migrant*innenökonomie weiter ausbauen.

LSBT*IQ: Gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung, für Akzeptanz und Sichtbarkeit von Vielfalt

- Wir unterstützen die Umsetzung des Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt¹ und werden unter Beteiligung der LSBT*IQ-Communities einen ergänzenden Frankfurter Aktionsplan erarbeiten.
- In Frankfurt, dem Zentrum des queeren Lebens in Hessen, soll die Koordinierungsstelle für die Belange von LSBT*IQs im AmkA mehr Maßnahmen umsetzen – z.B. Kampagnen für ein vielfältiges Demokratieverständnis, für die aktive Zivilgesellschaft oder zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für LSBT*IQ-feindliche Straftaten. Die Beratungs-, Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit existierender Initiativen wollen wir bedarfsgerecht ausstatten und dauerhaft fördern.
- Wir stellen sicher, dass in der Gewaltprävention aktive Beratungsstellen für LSBT*IQ-Menschen mit den nötigen personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet sind und fördern einen regelmäßigen Austausch mit Vertreter*innen und Expert*innen der LSBT*IQ Communities wie auch mit den Betroffenen selbst.
- Den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*, Trans*- und Asexuellenfeindlichkeit (IDAHOBITA*) sowie den Christopher-Street-Day werden wir als zentrale Veranstaltungen für Vielfalt und gegen Hass weiter aktiv unterstützen.
- Um lesbische Frauen und Mädchen sichtbarer zu machen, werden das Frauenreferat und die Koordinierungsstelle im AmkA einen partizipativen Prozess zur Entwicklung geeigneter Maßnahmen auflegen. Wir werden einen Preis für lesbische Sichtbarkeit ausloben und treiben weiter die Erforschung der Verfolgung lesbischer Mütter in Frankfurt durch den Entzug des Sorgerechts voran.
- Die Lesben-Informations- und Beratungszentrum (LIBs) und das Kompetenzzentrum MainCheck werden wir dem gestiegenen Bedarf entsprechend ausbauen.
- Für Regenbogenfamilien wollen wir Familienberatung und Begegnungsmöglichkeiten einrichten. Zudem bauen wir die Beratung zu Pflege- und Adoptivmöglichkeiten für interessierte Regenbogen-Eltern aus.

¹ Informationen zum Hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1m>

- Wir wollen Alten- und Pflegehilfe und Senior*innenberatungen für die besondere Situation von LSBT*IQs sensibilisieren und in Kooperation mit dem Senior*innenbeirat die besonderen Bedarfe älterer LSBT*IQs ermitteln. Den Bedarf für ein queeres Senior*innenheim oder gemeinschaftliche queere Wohnprojekte wollen wir prüfen.
- Wir werden Mittel im Rahmen der Sportförderung mit dem Schwerpunkt Prävention sexualisierter, homo- und transfeindlicher Gewalt bei Sportgroßveranstaltungen beantragen.
- Wir prüfen eine Bewerbung Frankfurts und seiner LSBT*IQ-Communities um die Durchführung einer Euro-Pride (europäische LSBT*IQ-Parade), um das Ansehen unserer offenen, bunten und vielfältigen Stadt in Europa zu stärken.
- Wir achten bei Frankfurter Städtepartnerschaften auf die Situation von LSBT*IQs vor Ort. Die Förderung der Akzeptanz von Vielfalt ist wie die Einhaltung anderer Menschenrechte eines unserer Ziele in Städtepartnerschaften. Fehlt sie, setzen wir uns im Rahmen der Städtepartnerschaft für eine Verbesserung der Situation ein.

Gleichstellung für inter*/diverse Menschen

- Wir stellen sicher, dass städtische Formulare „divers“ als dritte Geschlechtsoption beinhalten und in Statistiken und Dokumentationen die Personenstands-Option „divers“ eingeführt wird und erarbeiten Richtlinien dafür, wie in Veröffentlichungen der Stadt der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt z.B. mit dem Genderstern* adäquat sprachlich Ausdruck verliehen werden kann.
- Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und ein informierter und sensibilisierter Umgang mit Anliegen von LSBT*IQs soll in die städtische Verwaltungsausbildung aufgenommen und in städtischen Führungskräfte- und Beschäftigtenfortbildungen zu Diversity behandelt werden.
- Bei Neu- und Umbauten von öffentlichen Gebäuden, Schulen und Sportanlagen sollen Toiletten und Umkleieräume diskriminierungsfrei z.B. als Unisex- oder Divers-Räume gestaltet werden. Die Stadt sensibilisiert und berät Sportvereine und Fitnessstudios entsprechend.
- Wir wollen eine Anlaufstelle für Inter*- und Trans*Kinder unter 14 Jahren schaffen. Sie sollen Gleichaltrige treffen und – ebenso wie ihre Eltern – qualifizierte Beratung in Anspruch nehmen können.

Jungen Frankfurter*innen Gehör verschaffen und eine gute Zukunft sichern

- Den Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Begegnungsmöglichkeiten und offenen Räumen für Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen werden wir konsequent weiterverfolgen.
- Den Prozess zur Implementierung eines Jugendparlamentes werden wir zusammen mit Stadtschüler*innenrat und Jugendring weiter fortsetzen und fördern. Wir wollen dem Jugendparlament mit Antrags- und Rederecht in kommunalen Gremien eine wichtige Rolle geben und eine hohe Wahlbeteiligung und Repräsentation auch von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen erreichen.
- Wir streben eine Überprüfung und Erhöhung der Mittel, aber auch der Satzung hinsichtlich der Mitgliedschaft und Mittelverteilung durch den Ring politischer Jugendorganisationen (RPJ) an. Wir unterstützen das politische Engagement von Jugendlichen, wollen aber sichergestellt wissen, dass im RPJ faire und sachgerechte Entscheidungsstrukturen herrschen.
- Der städtische Internetauftritt soll künftig auch das „junge Frankfurt“ abbilden.
- Mit einem Modellprojekt von Schulen und Polizei wollen wir Hass, Hetze und Cyber-Mobbing im Netz bekämpfen und werden beim Land Hessen eine Schulkampagne für die Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“¹ und einen Runden Tisch unter Einbeziehung von Medienexpert*innen anregen.
- Zur Förderung der Teilhabe und der Sichtbarkeit von Jugendlichen werden wir in Zusammenarbeit mit existierenden Institutionen z.B. Literatur-, Musik-, Rhetorik- und ähnliche Wettbewerbe speziell für junge Menschen ins Leben rufen.
- Zur Belebung des Frankfurter Nachtlebens und zur Vorbeugung von Konflikten zwischen den Akteuren werden wir endlich die Position eine*s Nachtbürgermeister*in als Anlauf- und Vermittlungsstelle zwischen Kulturschaffenden, Veranstalter*innen, Anwohner*innen sowie Politik und Verwaltung schaffen. Die Mittel dafür sind bereits im städtischen Haushalt eingestellt.

1 Informationen zur Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“ zur Meldung von Hasskommentaren und extremistische Internetinhalten finden Sie hier: <https://hessengegenhetze.de/>

Gute Bildung und Betreuung: Basis für eine gerechte Gesellschaft

Infrastruktur ausbauen und modernisieren

- Wir bauen Kindertagesstätten und Schulen weiter bedarfsgerecht, zuverlässig, transparent und in Zusammenarbeit mit Kindern, Schüler*innen, Eltern und den Schul- und Einrichtungsleitungen aus.
- Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem systematischen und flächendeckenden Ausbau der Ganztagesangebote für Grundschulkindern in der Umsetzung des Rechtsanspruchs ab 2025.
- Wir unterstützen Grundschulen dabei, sich für den „Pakt für den Nachmittag“¹ zu bewerben und insbesondere bei der Suche nach Räumen und Möglichkeiten zur Einrichtung eines Mittagstisches. Schülerläden und Horten sichern wir Bestandsschutz zu, wir wollen alle Modelle der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern erhalten. Ortsbezirken mit bisher schlechten Versorgungszahlen werden Runde Tische gegründet, die schnelle, kurzfristige Lösungen suchen.
- Alle bereits angestoßenen Schulprojekte (Aus- und Neubau, Sanierung) werden schnell und transparent umgesetzt. Im neuen Schulentwicklungsplan legen wir bedarfsgerecht mehr weiterführende Schulen und gymnasiale Oberstufen fest – insbesondere in Stadtteilen, die bisher keine anbieten können. Dafür wollen wir Potenziale im Frankfurter Norden, in Fechenheim und an der Mainzer Landstraße untersuchen.
- Wir schaffen einen konkreten, transparenten Plan für die Toilettensanierung an Frankfurter Schulen und setzen mit Konzepten, wie die Hygiene verbessert werden kann, die Erfahrungen aus der Corona-Krise um. Dabei berücksichtigen wir auch die Gleichstellung von Inter*- und Trans*-Menschen.
- Wir wollen Frankfurter Schulen dringend in Zugang und bei der Nutzung digitaler Lehr- und Lernmöglichkeiten unterstützen. Bedarfsgerechte Modelle und Konzepte für Medienbildung müssen Schulen bereitgestellt werden. Lehrende brauchen Anwendungsideen und -praxis mit digitalen Mitteln. Wir unterstützen Fortbildungs- und Entwicklungsveranstaltungen. Wir setzen uns für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Schulleitungen, Schüler*innen und Lehrkräften zur Gestaltung von Medienbildung ein. Wir fordern den schulformübergreifenden Einsatz von digitalen Lernkonzepten und setzen uns dafür ein, dass der Einsatz von Software, Lehr- und Lernkonzepten mit Förderung von Schulträgern und Stadtschulamt erprobt werden kann.

¹ Der „Pakt für den Nachmittag“ ist ein hessisches Programm zur Einführung von Nachmittagsangeboten an Grundschulen. Mehr Informationen finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1n>

- Wir brauchen zeitnah die Ausstattung der Schulen mit leistungsfähigem WLAN. Wir werden forcieren, dass die Digitalisierung in allen Schultypen realisiert wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Schulentwicklung auf Basis des Hessischen Referenzrahmens für Schulqualität und der KMK-Strategie „Bildung in der Digitalen Welt“ betrieben wird. Dafür fordern wir das hessische Kultusministerium auf, das bereits von der hessischen Lehrkräfteakademie entwickelte Rahmenkonzept, das Schulen an ihre Gegebenheiten anpassen können, nicht weiter zu blockieren.
- Für die Kindertagesstätten und Schulmensen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsbeirat Frankfurt Konzepte für gesunde, nachhaltige und regionale Ernährung erarbeiten und Kindertagesstätten und Schulen sollen zum Beispiel bei der Anlage von Gemüsegärten unterstützt werden.
- Wir wollen an jeder Schule in ihrem Schulhof ein „Grünes Klassenzimmer“ realisieren und legen dafür ein Förderprogramm auf. Wir werden außerdem prüfen, ob im Bürgerpark Süd die Möglichkeit zur Schaffung einer Kinder- und Jugendfarm im Sinne eines Angebots der offenen Bildungsarbeit existiert.

Motiviert und beteiligt: Lehrer*innen und Erzieher*innen, Eltern, Schüler*innen, Kinder und Jugendliche

- Wir wollen den Erzieher*innen-Beruf aufwerten und attraktiver machen, indem wir in den städtischen Einrichtungen alle tarifrechtlichen und Förder-Möglichkeiten nutzen, uns generell für eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen einsetzen und gemeinsam mit dem Personalrat und dem Land Hessen neue Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung prüfen und einführen.
- Wir beziehen die Stadtschüler*innenvertretung und den Stadtelternbeirat in bildungspolitischen Fragen stärker ein. Wir befürworten eine breite Beteiligung der Eltern von Kita-Kindern und unterstützen deshalb die Gründung eines trägerübergreifenden Stadtelternbeirats Kita.
- Das Schuldezernat erhebt jährlich, umfassend und digital, welche Art von Grundschulplätzen sich die Eltern der zukünftigen Grundschul Kinder wünschen. Auf dieser Grundlage wird der Ausbau von Ganztagsplätzen an Grundschulen entsprechend am Bedarf der Familien ausgerichtet.
- Wir loben einen Frankfurter Schulpreis für Bildungsarbeit zum Thema Nachhaltigkeit aus, um der wichtigen Arbeit an Schulen mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung entgegen zu bringen. Die Kriterien für den Preis sollen unter Mitwirkung des Stadtschülerrats und des Stadtelternbeirats entwickelt werden.

- Wir wollen auch die Schulen bis 2030 klimaneutral machen und fördern Schulprojekte, mit denen energetische und thermische Verbesserungen am Schulgebäude vorangetrieben werden, aus Mitteln des Klimaschutzfonds.
- Wir beauftragen das Stadtschulamt, die Entwicklung innovativer pädagogischer Konzepte in der Kita- und Schullandschaft proaktiv anzuregen und entsprechende Gründungs-Vorhaben zu fördern.

Rechte sichern, Teilhabe ermöglichen

- Wir wollen das erfolgreiche Konzept der Kinder- und Familienzentren an Kindertagesstätten ausbauen und auch auf Grundschulen übertragen.
- Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche. Wir wollen sie weiter stärken und passgenaue Angebote für Schüler*innen und ihre Familien anbieten.
- Wir werden eine erneute Informationskampagne auflegen, damit Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabe-Programm der Bundesregierung stärker abgerufen werden.
- Zur Umsetzung der Kinderrechte wird eine Frankfurter Ombudsstelle im Frankfurter Kinderbüro eingerichtet. Diese Ombudsstelle muss bei allen Belangen, die Kinder betreffen, gehört werden. Das Kinderbüro entwickelt ein Fortbildungskonzept zur Umsetzung von Kinderrechten in Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- Wir werden kommunale Förderung insbesondere an Brennpunktschulen bereitstellen, um flexibel auf den Bedarf der Kinder reagieren zu können. Neben der Vermittlung von fundierten Deutschkenntnissen für alle Kinder als Grundstein der weiteren Schullaufbahn sollen insbesondere weitere Angebote zum Spracherwerb an allen Grundschulen möglich sein.
- Wir werden Betreuungseinrichtungen und Schulen dabei unterstützen, gezielt mit den Fördermitteln des Präventionsgesetzes Gesundheitsförderung in ihren Bildungs- und Betreuungsalltag zu integrieren.
- Wir werden Betreuungseinrichtungen und Schulen dabei unterstützen, den aktiven Austausch mit Kulturinstitutionen in Frankfurt zu pflegen, um kulturelle Bildung von den Institutionen in die Einrichtungen und aus den Einrichtungen mit den Institutionen zu vernetzen.
- Auch das Thema Gewalt wollen wir in Schulen thematisieren, denn Gewaltprävention beginnt mit Aufklärung. Wir setzen uns bei der Landesregierung dafür ein, dass in allen Schulen langfristige, altersgerechte Programme gegen Gewalt, Hass und Diskriminierung aufgesetzt werden. Dabei soll insbesondere „sexuelle Gewalt“ eine Rolle spielen.

Dies trifft in deutlicher Mehrheit Frauen und Mädchen, aber auch die Gewalt gegen Jungen und Männer soll nicht tabuisiert, sondern thematisiert werden. Zur Steigerung der Aufmerksamkeit für das Thema Gewaltprävention und -verhinderung prüfen wir die Einführung eines Wettbewerbs zur Prämierung der besten Programme.

Sport: Vielfältig, zugänglich, mit allen

- Wir werden gemeinsam mit Vereinen, Sportkreis, Vertreter*innen aus den Bereichen Gesundheit und Bildung und weiteren Akteur*innen eine Bedarfsanalyse und daran anschließend einen Sportentwicklungsplan erarbeiten, um alle Aspekte des Vereins- und Breitensports angemessen zu berücksichtigen und zu fördern. Dabei werden wir speziell auch im Bereich Sport die Gleichstellung der Geschlechter und eine aktive Förderung der Teilhabe von Frauen und Mädchen sowie Akzeptanz von Vielfalt fördern.
- Wir werden in der Stadtplanung und bei der Gestaltung von Wegen und Grünanlagen den nicht vereinsgebundenen Sport berücksichtigen und entsprechende Nutzungen vorsehen und fördern. Alle Bürger*innen sollen die Möglichkeiten haben, diese Gelegenheit zu nutzen.
- Wir schaffen vermehrt Sportanlagen im Freien bzw. Sportplätze, die vereinsungebunden, niedrigschwellig und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- Wir prüfen den Bedarf und das aktuelle Angebot an Nutzungs- und Belegzeiten für Turnhallen und für weitere sporttaugliche Räume. Wir erstellen eine Übersicht über alle in Frage kommenden kommunalen, privaten und vereinseigenen Räumlichkeiten und entwickeln transparente Kriterien für die Vergabe. Die Vergabe aller städtischen Sportstätten und -anlagen wird an zentraler Stelle gebündelt und im Sinne der Sportvereine und der Sporttreibenden geregelt.
- Im Zuge der Umsetzung des Bäderkonzeptes 2025 wollen wir gemeinsam mit der Goethe-Universität auf dem Sportcampus Ginnheim ein Schwimmsportzentrum realisieren, um die für Schwimmsportvereine und Leistungssportler*innen zur Verfügung stehende Wasserfläche auszuweiten. Dadurch können in anderen Bädern mehr Menschen Schwimmen lernen und trainieren.
- Jedes Kind aus einer Familie mit Frankfurt-Pass bekommt zum Beginn des letzten Kita-Jahres einen zeitlich befristeten Gutschein für die Teilnahme an einem kostenlosen Schwimmkurs in einem der Hallenbäder der Stadt.
- Die Stadt Frankfurt bewirbt sich für das „Host-Town-Programm 180 Nationen – 180 inklusive Kommunen“ im Rahmen der Special Olympics 2023 und weitet das schon bestehende Netzwerk „Aktiv bis 100“ für spezielle Kurse für Demenzerkrankte aus.

- Wir prüfen gemeinsam mit Vereinen und Initiativen die Schaffung von besonderen Sportangeboten für LSBT*IQ-Kinder und Jugendliche in Settings, die ihnen Freude am Sport in einer akzeptierenden Umgebung, Empowerment durch die Begegnung mit anderen Kindern und Jugendlichen in der gleichen Situation beim Sport und Schutzräume vor Diskriminierungen und Stigmatisierungen bieten.
- Wir prüfen eine Bewerbung Frankfurts für die „Gay Games“, das alle vier Jahre stattfindende internationale Breitensportereignis für die LSBT*IQ-Community, mit dem Ziel, diese Veranstaltung an den Main zu holen.
- Wir prüfen eine erweiterte Unterstützung von engagierten Ehrenamtlichen aus dem Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ durch zusätzliche Aufwandsentschädigungen und die Finanzierung von Sachmitteln und Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Wir prüfen gemeinsam mit dem Sportkreis, entsprechenden Vereinen und anderen Expert*innen die aktuellen Erfahrungen von und mit eSport-Aktiven. Im Rahmen von Pilotprojekten wollen wir klären, wie eSport in Zukunft gefördert werden kann und uns auch auf Landes- und Bundesebene für unbürokratische Strukturen, vergleichbar mit denen für andere Sportvereine, einsetzen.
- Wir prüfen im Rahmen der fair trade-Aktivitäten der Stadt, inwieweit auch im Sport Potenziale für mehr fair hergestellte und gehandelte Produkte vorhanden sind und wie entsprechende Initiativen unterstützt werden können.

Soziale Stadt: Zuverlässig, zielgenau, diskriminierungsfrei

Kinderarmut gefährdet die Zukunft

- Zu Kindern und Jugendlichen, die in der offenen Jugendarbeit betreut werden, sollen die Mitarbeiter*innen künftig auch in Pandemie-Situationen mit Kontaktbeschränkungen aktiv Kontakt halten und bei Bedarf Unterstützung einleiten können (Essens-Versorgung, Familien-Hilfe bei innerfamiliären Konflikten und Lern-Begleitung). Dafür werden wir mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe geeignete Konzepte entwickeln.
- Die Infrastruktur der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir in der Stadt ausbauen. In jedem Stadtteil soll es die nötigen Angebote geben.
- Aufgrund bürokratischer Hürden wurden in Frankfurt zuletzt nur 50 % der Leistungen, die bedürftigen Kindern und Jugendlichen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung zustehen (Nachhilfe, kostenloses Mittagessen, Musik, Sport und Spiel

in Vereinen u.a.), abgerufen. Wir wollen, dass sich die Frankfurter Quote deutlich erhöht.

- Kinder und Jugendliche aus Familien mit Frankfurt-Pass sollen mindestens einmal jährlich kostenlos an einer Ferienfreizeit teilnehmen können.
- Wir werden den derzeit in mehr als 40 Einrichtungen angebotenen “Pädagogischen Mittagstisch” deutlich ausbauen.

Erfolgsmodell Frankfurt-Pass

- Die Einkommensgrenzen des Frankfurt-Passes werden wir regelmäßig an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen und Renten anpassen und den Frankfurt-Pass zu einem flexiblen Instrument entwickeln, das an aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen ausgerichtet werden kann.
- Frankfurt-Pass-Inhaber*innen sollen freien Eintritt in städtische Einrichtungen wie Museen, Palmengarten, Zoo und Schwimmbäder erhalten.
- Wir wollen Frankfurt-Pass-Inhaber*innen die kostenlose Nutzung des ÖPNV in Frankfurt ermöglichen.
- Wir wollen mit der Mainova einen Modellversuch zum Umgang mit Energieschulden und zur Vermeidung von Energiesperren auf Grundlage der Vorschläge, die die Nationale Armutskonferenz dazu 2018 erarbeitet hat, auflegen.

Inklusion: Erleichtern

- Inklusion in der Schule ist noch lange nicht selbstverständlich. Wir wollen deshalb nach seinem Erfolg in den Regionen Süd und West das Modellprojekt Inklusion fortsetzen. Inklusive Schulen brauchen mehr Ressourcen – wir werden uns beim Land Hessen für mehr Lehrer*innenstunden einsetzen und die Strukturen des Modellprojekts mit seinen Koordinator*innen verstetigen. Bei Um- und Neubauten von Schulen muss eine barrierearme Gestaltung Standard werden.
- Wir werden die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene weiter vorantreiben, u.a. durch generell barrierefreie Kommunikation und Information auf allen Internetseiten der Stadt, möglichst barrierefreie Angebote bei allen öffentlichen Leistungen und durch die Weiterentwicklung der Stadt als inklusive Arbeitgeberin.
- Wir werden in Kooperation mit der Stabsstelle Inklusion und unter Einbeziehung der bestehenden unabhängigen Inklusionsberatungsstelle in Sozialrathäusern ganzheitliche Kompetenzstellen ausbilden, bei denen betroffene Eltern oder behinderte

Menschen selbst Hilfe aus einer Hand finden, anstatt sich zu jedem Thema mit einem anderen Amt oder Verein in Verbindung setzen zu müssen.

- Wir prüfen die Einführung von Inklusionsbeauftragten auch in den Stadtteilen, um eine begleitende und bewusstseinsbildende Funktion bei der Schaffung von inklusiven Angeboten zu übernehmen. Sie können die Interessen der Betroffenen in Ortsbeiräten und gegenüber der Stadtverwaltung vertreten und auf Bedarfe aufmerksam machen.
- Für und mit Frauen mit Behinderungen werden wir ein spezifisches Beratungsangebot schaffen, ein Gewaltschutz-Programm entwickeln und Treffpunkte einrichten.
- Wir werden in der ambulanten Jugendhilfe ein sektorenübergreifendes Projekt mit spezifischen Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder ein Elternteil chronisch erkrankt oder pflegebedürftig sind, entwickeln – mit altersgerechter Begleitung, Beratung sowie praktischer, psychologischer und sozialer Unterstützung durch das Jugend- und Sozialamt und/oder das Gesundheitsamt. Ziel ist dabei, die Kinder und Jugendlichen zu entlasten und die Familie für kontinuierliche Hilfe durch externe Fachkräfte zu öffnen.

Altern: Unterstützt, in Würde und in Gemeinschaft

- Allen Frankfurter*innen wollen wir durch die Entwicklung von Quartierskonzepten ein lebenswertes Umfeld bis ins hohe Alter erhalten. Dazu gehören wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Toiletten, Bänke und Sitzgelegenheiten auch entlang von Einkaufsstraßen, neue Wohnformen, geförderte Senior*innenwohnungen, kultursensible ambulante Pflege, aufsuchende Suchtberatung und Nachbarschaftshilfe im vertrauten Umfeld.
- Wir wollen den Anteil an geförderten altersgerechten Wohnungen in allen Quartieren deutlich über die gesetzliche vorgegebene Quote hinaus steigern. Städtische Wohnungsunternehmen sollen in jedem Neubau davon einen höheren Anteil planen und bei Sanierungen im Bestand durch Umbau sicherstellen.
- Die Mittel für das „Frankfurter Programm Würde im Alter“ werden stufenweise ausgeweitet. Zum Ende der Wahlperiode sollen alle Einrichtungen daran teilnehmen können. Mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege werden wir die Situation in den Frankfurter Altenheimen auf ihre Bedarfe überprüfen und die Angebote weiterentwickeln.
- Die Stadt Frankfurt gründet nach Hamburger Beispiel eine „Allianz für Care-Berufe“, um das Image von Care-Berufen nachhaltig zu steigern, die Rhein-Main-Metropolregion als attraktiven Standort für Care-Angebote zu festigen, gemeinsame Standards und gute Arbeitsbedingungen in Care-Berufen zu sichern, Ausbildungsplätze in Care-

Berufen massiv auszubauen, den Anteil von Männern in Care-Berufen zu steigern und ausländische Fachkräfte zu integrieren.

- In einem Frankfurter Pflegeheim werden wir in einem wissenschaftlich begleiteten, mehrjährigen Modellversuch erforschen, wie sich Zufriedenheit, Gesundheit, Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter*innen bei einer 4-Tage-Woche mit 32 Stunden Arbeitszeit und bei gleichem Gehalt verändern und welche Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Pflegequalität des Heimes sich ergeben.

Angebote für besondere Bedarfe ausbauen und zuverlässig aufrechterhalten

- Wir wollen für obdachlose oder wohnungslose Menschen, die akut erkrankt sind oder nach einem Krankenhausaufenthalt wieder zu Kräften kommen wollen, eine Pflege-wohnung bereitstellen, in der sie medizinisch und pflegerisch versorgt und psychosozial betreut werden können.
- In Frankfurt soll kein Mensch unfreiwillig in der Obdachlosigkeit leben müssen. Obdachlosen Menschen muss unmittelbar und niedrighschwellig ein Dach über dem Kopf in Notschlafstellen und Übergangseinrichtungen angeboten und dann über städtische Einrichtungen wie die Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU) und das Wohnungsamt so schnell wie möglich eigener Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Das Angebot an entsprechenden Unterkünften und den Bestand an Sozialwohnungen wollen wir dazu deutlich ausbauen. Die Vergabe des Wohnraums darf über die übliche Prüfung der Anspruchsberechtigung hinaus nicht an besondere Bedingungen geknüpft sein. Die Betroffenen sollen in diesem Prozess beraten und, sofern sie das wünschen, auch in der eigenen Wohnung weiter von Sozialarbeiter*innen unterstützt werden. Für die Versorgung von obdachlosen Menschen, die nach dem Sozialrecht in Frankfurt nicht leistungsberechtigt sind, wollen wir aus humanitären Beweggründen Konzepte für geeignete Hilfs- und Übernachtungsangebote entwickeln und umsetzen.
- Die vielfältigen, in den vergangenen Jahren aufgebauten Angebote für Bürger*innen ohne Krankenversicherung bzw. ohne gesicherten Aufenthaltsstatus werden fortgeführt und ausgeweitet. Die Stadt Frankfurt beteiligt sich an einem Modellprojekt des Landes Hessen für einen anonymen Krankenschein.
- Das Modellprojekt zur Prävention und Behandlung von Geschlechtskrankheiten (Checkpoint Frankfurt) wird dauerhaft etabliert und bedarfsdeckend ausgebaut.

- Das erfolgreiche Angebot der Frühen Hilfen¹ werden wir insbesondere für Kinder von psychisch oder abhängigkeiterkrankten Eltern ausbauen.

Gesundheit: Umfassend denken, zuverlässig umsetzen

Aus Corona lernen, öffentliche Angebote stärken

- Den Öffentlichen Gesundheitsdienst, dessen Bedeutung gerade in der aktuellen Corona-Krise deutlich geworden ist, werden wir unter Berücksichtigung der Erfahrungen personell und finanziell stärken. Wir werden die vorhandenen Pandemiepläne weiterentwickeln und sichtbar gewordene Defizite abbauen (wie z.B. im Zusammenwirken der verschiedenen Hilfe- und Versorgungssysteme). Zur Stärkung werden wir insbesondere auch die Chancen der Digitalisierung nutzen.
- Hunderte von Unternehmen mit hunderttausenden von Mitarbeiter*innen haben in Frankfurt ihren Sitz. Deren Gesundheit zu erhalten ist auch Aufgabe des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Wir wollen es gemeinsam mit den Krankenkassen, den Unternehmerverbänden und der IHK vorantreiben.
- Die eingeleiteten Aktivitäten zur Behebung von Mangelsituationen im Gesundheitswesen werden wir fortsetzen und weitere Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung vor Ort, durch ein sektorenübergreifendes Zusammenwirken auf den Weg bringen.
- Das Konzept einer gemeindenahen und sozialpsychiatrischen Versorgung der Frankfurter Bevölkerung wird unter Einbeziehung aller Akteur*innen weiterentwickelt. Dabei werden die Empfehlungen aufgenommen, die in dem Gutachten zur Aufarbeitung der durch den Team-Wallraff-Bericht deutlich gewordenen Missstände formuliert wurden.
- Die Erfahrungen aus den Modellprojekten „Frankfurter Netzwerk zur Suizidprävention“ (Frans) und „Frankfurter Informationskampagne zur Prävention von Suiziden mittels Evidenz-basierter Maßnahmen“ (Frappee) sind positiv, wir wollen beide weiterführen.
- Die vielfältigen Angebote gesundheitlicher Selbsthilfe werden als Ergänzung und in Kooperation mit den professionellen Versorgungsangeboten weiter unterstützt.
- Das Modellprojektes „Gut Geht’s“ mit seinen stadtteilbezogenen Gesundheitskonferenzen und Präventionsprojekten werden wir fortführen und ausweiten.
- Stillen ist ein Beitrag zum gesunden Aufwachsen von Kindern. Für Frauen, die stillen wollen, stellen wir in öffentlichen Gebäuden dafür angemessen gestaltete Rückzugs-

¹ Das Netzwerk Frühe Hilfen bietet vorbeugende Angebote für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und für Familien mit Kindern in der Altersgruppe von 0 bis 3 Jahren. Mehr Informationen finden Sie hier: <https://www.netzwerk-fruehe-hilfen-frankfurt.de/>

möglichkeiten zu Verfügung. Für weitere Maßnahmen soll sich Frankfurt der Initiative „Stillfreundliche Kommune“ anschließen und zertifizieren lassen.

- Notaufnahmen von Krankenhäusern werden vermehrt mit relativ leichten Beschwerden aufgesucht. Das führt zu Mehrbelastungen und im schlimmsten Fall zur Verlangsamung der Behandlung tatsächlicher Notfälle. In Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung werden wir deshalb das erfolgreiche Modellprojekt des Klinikums Höchst “Schneller Erstkontakt” zur qualifizierten Patient*innensteuerung auf andere Frankfurter Krankenhäuser ausweiten und sektorenübergreifende Angebote der gesundheitlichen Versorgung, insbesondere im Bereich der Notfallversorgung, unterstützen.

Ernährung: Entscheidender Baustein für gesundes Leben

- Die Stadt fördert den Ernährungsrat institutionell und bei seinen Projekten und entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat eine kommunale Ernährungsstrategie.
- Für das Thema Ernährung wird eine Anlaufstelle eingerichtet, die die bisherigen Ansätze aus Energiereferat, Bildung und Gesundheit koordiniert und für Initiativen, Institutionen und Bürger*innen ansprechbar ist.
- In einem zu gründenden „House of Food“ werden u.a. Schulungen zur gesunden regionalen sowie nachhaltigen und ökologischen Ernährung und Lebensmittelverarbeitung für Köch*innen und andere, die an der Gemeinschaftsverpflegung mitwirken, angeboten. Auch Schüler*innen und Gastronom*innen können dort ihr Wissen erweitern.
- Die Stadt legt künftig einen Mindestanteil an regional produzierten Bioprodukten bei allen Ausschreibungen für Verpflegung in städtischen und stadtnahen Einrichtungen fest.
- Vegetarische und vegane Optionen sollen in der städtischen und von der Stadt geförderten Gemeinschaftsverpflegung immer und in größerem Umfang Teil des Angebotes sein.
- Die Leitlinien für Leistungsanbieter werden ergänzt um Vorgaben für gesunde Lebensmittel aus der Region und die Zuschlagskriterien um das Kriterium niedrige CO₂-Emissionen, auch in der Lieferkette.
- Städtische Lebensmittelkontrolleure sollen mehr Fleischprodukte auf überhöhte Antibiotikawerte hin überprüfen. Bei Überschreitung der Grenzwerte werden gegenüber den Produktionsbetrieben Maßnahmen eingeleitet.

Drogenpolitik: Den Frankfurter Weg fortentwickeln

- Wir stehen entschieden für die Fortentwicklung des Frankfurter Wegs in der Drogenpolitik: Abhängigkeit ist eine Krankheit, Drogennutzer*innen brauchen Hilfsangebote.
- Wir setzen uns entschieden gegen die Vertreibung von drogenkonsumierenden Menschen ein. Wir werden ein Konzept zur Eindämmung von Konflikten im öffentlichen Raum insbesondere im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit einführen. Alle an Konflikten beteiligten Gruppen werden in die Konfliktlösung miteinbezogen. Diese schafft Sicherheit für alle und macht Vertreibungsstrategien überflüssig.
- Wir schlagen Brücken aus dem Bahnhofsviertel, indem wir Drogenhilfeangebote außerhalb der Innenstadt gezielt durch ganzheitliche und umfassende Angebote für die Abhängigen stärken.
- Die Konsumräume setzen ihre wichtige Arbeit fort, der Konsumraum im Krisenzentrum Eastside im Osthafengebiet wird künftig rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche geöffnet sein. Außerhalb des Bahnhofsviertels werden wir zudem ein niedrigschwelliges variables Angebot für riskant und hochfrequent Crack konsumierende Frauen schaffen.
- Wir prüfen, Kleinhandel mit Drogen künftig in bestimmten Drogenhilfeeinrichtungen im Bahnhofsviertel zu dulden, um Konsument*innen von der Straße zu holen.
- Wir wollen Modellprojekte für die kontrollierte Vergabe von Crack an schwerstabhängige Konsument*innen und für ihre Behandlung mit medizinischem Cannabis auf den Weg bringen.
- Wir unterstützen die Bestrebungen des Landes Hessen, Drugchecking für Konsument*innen von Partydrogen und auch für Nutzer*innen der niedrigschwelligen Drogenkonsumräume modellhaft erproben zu wollen. Den Prozess der Klärung dabei aufgeworfener rechtlicher Fragestellungen verfolgen wir aufmerksam. Sobald sich die Möglichkeit abzeichnet, solche Modellprojekte tatsächlich umzusetzen, soll sich Frankfurt dafür bewerben.
- Wir wollen das Angebot an niedrigschwelliger Substitution und Heroinvergabe in geeigneter Weise gezielt und bedarfsgerecht erweitern und entwickeln ein Projekt, das Hilfen für akut drogenkonsumierende Suchtkranke und psychiatrische Versorgung integriert und Abstinenz nicht zur Voraussetzung macht.

- Wir stärken die aufsuchende Sozialarbeit auf Straßen, Plätzen, B-Ebenen des Bahnhofsviertels und machen sie sichtbarer, um das Sicherheitsgefühl der Bewohner*innen und Passant*innen zu erhöhen.
- Wir legen ein Modellprojekt zur besseren Verzahnung von Justiz und Sozialsystem auf, das haftentlassene Drogennutzer*innen mittels vernetzter medizinischer und sozialer Hilfen direkt auffängt.
- Wir starten mit umliegenden Kommunen und Kreisen eine Initiative für einen „Drogenhilfeplan Rhein-Main“ für dezentrale Drogenhilfeangebote.
- Wir ergreifen und moderieren die Initiative für ein städteübergreifendes Cannabis-Modellprojekt mit bundesweiter Wirkung und wollen damit Verbraucher*innenschutz und einen regulierten Zugang für Erwachsene erreichen.
- Kriminalisierung von Drogenkonsum behindert die Arbeit der Drogenhilfe, daher müssen ordnungspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene geändert werden. Dafür werden wir uns einsetzen.
- Zur Quartiersentwicklung im Bahnhofsviertel mit dem Ansatz “Stadt für alle” werden wir eine innovative und produktive Form der Beteiligung von Bürger*innen umsetzen. Für die Konzeptentwicklung und Implementierung werden wir ein städtisches Koordinationsbüro etablieren. Erweist sich dieser Ansatz als erfolgreich, soll er auf andere Quartiere übertragen werden.

GLEICH BERECHTIGT!

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

So formuliert es gleich der dritte Artikel unseres Grundgesetzes, das im Jahr 2019 seinen 70sten Geburtstag gefeiert hat. Dieser Artikel ist Bekenntnis und Auftrag, er formuliert einen Zustand, der aber nach wie vor nicht erreicht ist. Für uns GRÜNE ist die Frauenbewegung eine unserer Wurzeln, wir haben als erste Partei eine konsequente Frauenquote von 50 % eingeführt und halten an diesem Erfolgsmodell fest. Aber wir sind natürlich angetreten, nicht nur unsere Partei gleichberechtigt zu gestalten, sondern auch den Auftrag des Grundgesetzes umzusetzen.

Im Sinne des ersten Satzes des Zitats oben finden sich in allen Kapiteln dieses Programms alle Geschlechter gleichberechtigt wieder. Wer also nach gleichberechtigter Politik sucht, wird bei uns natürlich nicht nur in der Frauenpolitik fündig.

Aber im Sinne des zweiten Satzes des Zitats ist es Auftrag, aktiv etwas für tatsächliche Gleichberechtigung zu tun. Im Sinne dieses Auftrags gibt es auch in einem grundsätzlich gleichberechtigten Programm ein Kapitel, das sich ausdrücklich der Frauenpolitik widmet. Das Grundgesetz sieht vor allem den Staat in dieser Verantwortung. Wir erweitern das und nehmen auch die Gesellschaft und ihre Akteur*innen in die Pflicht. Denn am Ende ist eine gleichberechtigte Gesellschaft nicht nur ein Gebot und eine moralische Selbstverständlichkeit, sondern sie ist auch stabiler und erfolgreicher als andere Modelle.

Wie weit wir nach wie vor von tatsächlicher Gleichstellung entfernt sind, hat uns auch die Corona-Krise wieder vor Augen geführt. Wieder waren es in erster Linie Frauen, die die „Care-Arbeit“ zu übernehmen hatten. Wieder standen in erster Linie Frauen unter Druck, ihre Berufstätigkeit zu reduzieren, um die Betreuung von Kindern oder Angehörigen sicherzustellen. Und wieder drängten auch in der Politik Männer als „Retter der Nation“ in den Vordergrund, während tatsächlich Staaten mit Frauen an der Spitze häufig besser durch die Krise steuerten.

Gleichberechtigung überall

Gleichberechtigung muss überall der Maßstab sein – in allen Lebenslagen und auf allen Ebenen. Und Gleichberechtigung beginnt vor Ort. Frankfurt hat bereits 2012 die Europäische Charta der Gleichstellung auf lokaler Ebene¹ unterzeichnet und wir werden deren Umsetzung weiter fortsetzen. Gleichberechtigung hat auch institutionelle Voraussetzungen. Solange Familie und Beruf schlecht vereinbar sind, haben meist Frauen das berufliche Nachsehen. Das führt für sie nicht nur zu Unterbrechungen von beruflichen Karrieren, sondern zu nachhaltigen und andauernden vor allem finanziellen Nachteilen. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Familie und Beruf gut vereinbar sind. Und wir wollen auch weiter sowohl die Männer als auch die Arbeitgeber*innen davon überzeugen, dass Familienzeit auf Kosten des beruflichen Engagements nicht automatisch eine Sache von Frauen sein muss – und dass sich eine solche Entscheidung nicht auf die gesamte berufliche Laufbahn und damit auf die Altersversorgung auswirken darf. Das alles gilt für alle möglichen Familien-Modelle: von Mutter-Vater-Kind über Alleinerziehende und Patchwork- und Regenbogenfamilien bis hin zur erweiterten Familie im Sinne von Sorgen für nahe Angehörige wie die eigenen Eltern.

Gleichberechtigung ist nicht selbstverständlich, deshalb fordert ihre Umsetzung Aufmerksamkeit. Die verlangen wir auch allen Arbeitgeber*innen und Unternehmen ab. Die Stadt als Arbeitgeberin hat hier neben privaten Arbeitgeber*innen besonderes zu leisten. Wir werden weiter darauf achten, dass auch Führungspositionen gleichberechtigt vergeben werden – bei der Stadt, in den Gesellschaften, auf die die Stadt Einfluss hat, aber auch in Frankfurter Unternehmen braucht es Frauenquoten, damit Stereotype abgebaut werden und gleiche Qualität auch gleich bewertet und entlohnt werden. Und nicht zuletzt setzen wir die Bemühungen fort, einerseits Mädchen und Frauen für mathematisch-naturwissenschaftlich-technische oder Ingenieursberufe (die sogenannten MINT-Berufe) zu begeistern, andererseits Jungen und Männer für die sogenannten Care-Berufe im sozialen, pflegerischen, hauswirtschaftlichen und Gesundheits-Bereich.

Schließlich ist Gleichberechtigung und finanzielle Eigenständigkeit auch eine Frage der richtigen Information und der Planung. Nach wie vor ist vielen Mädchen und Frauen zu wenig bewusst, welche langfristigen Auswirkungen manche berufliche und familienplanerische Entscheidung hat. Auch das trägt zur Altersarmut von Frauen bei. Wir werden die Kompetenzen und das Selbstbewusstsein von Mädchen und Frauen auch in dieser Hinsicht stärken.

1 Die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1p>

Bewusst machen: Alle Leistungen würdigen, alle Perspektiven berücksichtigen

Oft genug sind Frauen in den gleichen Berufen tätig wie Männer, sind aber dennoch weniger präsent und werden weniger wahrgenommen. Wir wollen das ändern. Wir wollen im Gegenteil auch in solchen Fällen deutlich machen: Frauen können das. Das ist eine Nachricht nicht nur an die Männer, die nach wie vor überrascht sind, sondern vor allem auch an Mädchen und andere Frauen, die Vorbilder brauchen. Denn die Rollenbilder prägen die Rollen, und trotz Kanzlerin haben es Frauen nach wie vor nicht nur in der Politik schwerer, als selbstverständlich wahrgenommen zu werden. Frauen sind Komponistinnen, schreiben Theaterstücke ebenso wie wissenschaftliche Artikel, sind Bildhauerinnen und Malerinnen, bauen Brücken und Kraftwerke, fahren Müllwagen, Busse und U-Bahnen und kommandieren Schiffe. Wir wollen an solche Frauen stärker erinnern, wir wollen, dass das alle Menschen wissen. Und wir wollen, dass es selbstverständlich wird.

Nicht nur die nach wie vor existierenden unterschiedlichen Tendenzen bei der Berufswahl tragen zu Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei, sondern auch die unterschiedliche Wahrnehmung von Leistungen auch jenseits der „offiziellen“ Arbeitswelt. Große Teile der individuell und gesellschaftlich absolut unabdingbaren Arbeit der Kontaktpflege und der Unterstützung im Alltag, die immer noch mehrheitlich durch Frauen erbracht werden, werden nicht nur nicht entlohnt, sondern sie sind auch nicht sichtbar, werden nicht als Leistung erfasst. Das trägt viel zur immer noch vorhandenen strukturellen Diskriminierung bei, und wir werden zu selbstverständlicher Gleichberechtigung nur kommen, wenn diese strukturelle Diskriminierung aufhört. Wir wollen alle Leistungen würdigen und alle Perspektiven berücksichtigen.

Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen

Sexismus, geschlechtsspezifischer Hass und Gewalt gegenüber Frauen sind Angriffe nicht nur auf die betroffenen Individuen, sondern es sind Angriffe auf die Menschenwürde und eine Herausforderung für uns alle. Mit der Istanbul-Konvention¹, dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt aus dem Jahr 2011, hat sich auch Deutschland zur Hilfe bei geschlechtsspezifischer Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen verpflichtet. Wir werden sicherstellen, dass die Strukturen sowohl für die akute Hilfe in Notlagen als auch für die Nachsorge und die Vorsorge gesichert und ausgebaut werden und diese Leistungen als gesellschaftliche Pflicht-

1 Mehr Informationen zur „Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ – kurz: Istanbul-Konvention – finden Sie hier: <https://gruenlink.de/1w1q>

aufgaben verortet werden. Hierbei ist es uns wichtig, dass diese Strukturen auch für besonders vulnerable Gruppen wie geflüchtete Frauen und Mädchen, behinderte Frauen und Mädchen und für Kinder aus sozial benachteiligten Familien zugänglich und sensibel sind.

Ein weites Feld für sexualisierten Hass ist das Internet. Hier werden Frauen, aber auch Angehörige von LSBT*IQ- und anderen Gruppen bevorzugt angegriffen. Wir begrüßen ausdrücklich die Initiativen, die das Land Hessen und insbesondere das GRÜN geführte Sozialministerium ergriffen haben, um Betroffenen Unterstützung zugänglich zu machen und Täter zu verfolgen. Wir werden in Frankfurt bedarfsgerechte Unterstützung etablieren und dafür sorgen, dass Mitarbeiter*innen aller Anlaufstellen zu diesen stark zunehmenden Phänomenen geschult sind und entsprechend reagieren können.

My body, my choice: Reproduktive Selbstbestimmung gewährleisten

Eines der elementaren Menschenrechte ist die reproduktive Selbstbestimmung. Wir haben in Frankfurt erlebt, wie selbsternannte Lebensschützer*innen betroffenen Frauen (und Männern) den Zugang zu Beratungsstellen erschwert haben. Wir GRÜNE haben gemeinsam mit vielen engagierten Menschen und unterschiedlichen Institutionen das Bündnis „Frankfurt für Frauen*rechte“ ins Leben gerufen und mit Demonstrationen, Petitionen und über politischen Druck am Ende erreichen können, dass der ungehinderte Zugang zur Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung gewahrt bleibt. Die hessische Landesregierung hat auch hier am Ende mit Hinweisen zur Rechtslage und zur Auslegung durch die Genehmigungsbehörden entscheidend mitgewirkt. Wir werden weiter darauf achten, dass diese Rechte in Anspruch genommen werden können.

Gleichberechtigung, jetzt!

Wir stehen für Gleichberechtigung, jetzt. Wir stehen damit zum Grundgesetz und zu den Menschenrechten. Und wir wissen zugleich: Diese Selbstverständlichkeit ist nicht selbstverständlich, sie bedarf des fortwährenden Engagements. Wir begreifen dieses Engagement als eine Aufgabe nicht nur der betroffenen Frauen und Mädchen, sondern als eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und ihrer Institutionen. Es ist ein gesellschaftlicher Kampf, der uns alle betrifft. Und es wird auch in Zukunft nötig sein, nicht nur gleichberechtigte Wahlprogramme zu schreiben, sondern auch im Rahmen von Mädchen- und Frauenpolitik dafür zu sorgen, dass Gleichberechtigung vorankommt und für die Angebote auch die nötigen Mittel und Ressourcen bereitgestellt werden.

Für folgende Maßnahmen stehen wir:

Gleichstellung im Beruf erreichen

- Wir werden die Umsetzung der Europäischen Charta der Gleichstellung auf lokaler Ebene als dauerhaften, partizipativen Prozess mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen im Frauenreferat fortsetzen. Ausgehend vom ersten Aktionsplan „Frankfurt wird gerechter – Woman in work“¹ werden weitere Aktionspläne entwickelt, umgesetzt und überprüft, insbesondere mit dem Themenschwerpunkt stereotype Rollenbilder.
- Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss sich die Situation der städtischen Kitas verbessern: Mehr Plätze, mehr Erzieher*innen und eine bessere Informationspolitik sind nötig.
- Wir erreichen Transparenz darüber, wie in Unternehmen die Führungspositionen zwischen Männern und Frauen verteilt sind und wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt wird. Wir wollen Frauenquoten in Führungspositionen und weitere Strategien und Maßnahmen umsetzen, um wirklich gleichberechtigt miteinander zu leben und zu arbeiten.
- Wir werden Anreizsysteme mit und für Unternehmen schaffen, die sich für Gleichstellung engagieren, und durch Preise oder andere Möglichkeiten positive Beispiele sichtbar machen.
- Um Mädchen und Frauen für MINT-Berufe zu begeistern, werden wir Kooperationsmöglichkeiten wie „Komm, mach MINT“ wirksam ausbauen und eigene Aktionen der Stadt anstoßen (Wettbewerbe, Infotage, Mentor*innenprogramme, Kooperationen mit Firmen). Parallel dazu wollen wir soziale und Care-Berufe, die bisher eher von Frauen* ausgeübt werden, für Jungen und Männer attraktiver machen.
- Wir schaffen gezielt Informations- und Bildungsbausteine zu Fragen der Berufs- und Lebensplanung, Berufsbildern, Einkommensperspektiven, Interessengebieten und Selbstständigkeit/Gründung.
- Wir etablieren Angebote, um die Finanzkompetenz insbesondere von Mädchen und Frauen zu stärken und damit der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken. Entsprechende Angebote wird es auch für die Mitarbeiterinnen in der Stadtverwaltung und bei städtischen Gesellschaften geben.

1 Mehr Informationen zum Aktionsplan „Frankfurt wird gerechter“ finden Sie hier:
<http://frauen-macht-politik-ffm.de/>

Frauen sichtbar machen und beteiligen: In allen Lebensbereichen

- Kommunale Museen, Bühnen und Kulturprojekte sollen, ähnlich wie die Tate Modern, die 2019 ein Jahr lang nur Werke von Frauen ausstellte, mit entsprechenden Projekten Leuchttürme für Gleichstellung werden. Zudem sollen sie Maßnahmen entwickeln, um Gleichstellung dauerhaft zu fördern.
- In die städtische Vorschlagsliste für die Benennung von Straßen und Plätzen werden nur noch Frauen*namen aufgenommen, bis diese 50 % der Vorschläge umfassen. Dabei werden wir darauf achten, dass Frauen mit unterschiedlichen biographischen Hintergründen, die die Diversität unserer Gesellschaft abbilden, bei der Benennung zum Zug kommen. Wir setzen uns in den Ortsbeiräten dafür ein, dass diese eine solche Quotierung auch bei der Ausübung ihres Rechtes auf die Benennung von Straßen und Plätzen konsequent umsetzen. Auch bei der Benennung von Parks und Schulen sollen Frauen* gleichermaßen Berücksichtigung finden.
- Wir werden darauf hinwirken, dass bei städtischen Veranstaltungen Podien grundsätzlich zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Veranstaltungen, auf denen hauptsächlich oder ausschließlich Männer als Experten sprechen, sollen künftig vermieden werden.
- Wir erforschen in einer wissenschaftlich begleiteten, partizipativ und diversitätssensibel durchgeführten Pilotstudie Gewalt- und Lebensverhältnisse und Bedarfe von Mädchen und jungen Frauen. Anhand der Ergebnisse werden wir im Sinne geschlechtergerechter Jugendhilfeplanung Angebote konzipieren.
- Wir werden die aktuell bestehende Daten- und Wissenslücke in Bezug auf Frauen schließen, die zur Diskriminierung von Frauen führt. In den städtischen Strukturen und Verantwortungsbereichen wird dazu ein methodisches Vorgehen etabliert, mit dem systematisch geschlechtsspezifische Daten sowie die Perspektiven von Frauen erfasst und ausgewertet werden, um künftig in allen Politikfeldern Berücksichtigung zu finden. Nur so erreichen wir geschlechtergerechte Datentransparenz.
- Wir werden die aktuellen Darstellungsweisen von Wirtschaftsleistungen und Wertschöpfung geschlechtergerecht gestalten und um neue Kennzahlen, regelmäßige Statistiken und Analysen erweitern, die die Leistungen von Frauen transparent machen. Hierzu zählen beispielsweise unbezahlte Haushaltstätigkeiten, Care-Arbeit und auch sogenannte „unsichtbare Aufgaben“ (mental load).

- Wir achten auf die aktive Beteiligung von Frauen in der Verkehrs- und Stadtplanung. Wir wollen nicht nur „für“, sondern „mit“ und „durch“ Frauen planen. (Siehe auch die entsprechenden Kapitel in diesem Programm.)
- Auch die Sichtbarkeit lesbischer Mädchen und Frauen wollen wir weiter fördern – sie leiden oft unter doppelter Diskriminierung. (Siehe auch das entsprechende Kapitel in diesem Programm.)

Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen

- Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wird das Frauenreferat einen Fachbeirat einrichten, der die kontinuierliche Zusammenarbeit der beteiligten Dezernate, Ämter, Institutionen, NGOs, Polizei und Justiz gewährleistet und die Verantwortlichkeiten für konkrete Vorhaben regelt.
- Die Koordinierungsstelle nach der Istanbul-Konvention wird dauerhaft beim Frauenreferat etabliert und personell und sachlich adäquat ausgestattet. Alle Einrichtungen, die der Prävention und dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt dienen, erhalten bedarfsgerechte institutionelle Förderung.
- Alle Frauen in Frankfurt sollen die Möglichkeiten, die das Gewaltschutzgesetz ihnen eröffnet, kennen. Die Stadt Frankfurt wird dafür geeignete öffentlichkeitswirksame Kampagnen auflegen und eine Information an Schulen etablieren.
- Modellverfahren, die zu besserer Versorgung führen, wie die medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung, und neue Angebote, die geänderte gesellschaftliche Bedingungen und Gewaltformen, wie z.B. digitale Gewalt, Gewalt im Netz aufgreifen und bekämpfen, begrüßen und unterstützen wir.
- Wir wollen Täter stärker in die Verantwortung nehmen und dazu die Täterarbeit ausbauen. Im Sinne einer wirkungsvollen Prävention werden wir mehr Beratungsangebote und Anti-Gewalt-Programme für Täter häuslicher und sexueller Gewalt mit dem Ziel der Verhaltensänderung fördern.
- Die Umsetzung des Prinzips „Wer schlägt, geht“ wird in Zusammenarbeit mit der Polizei nachgehalten. Wegweisungen müssen die erste Wahl bleiben, um den Verbleib der Familie in der gewohnten Umgebung zu sichern. Der Polizeieinsatz bei häuslicher Gewalt wird künftig in einer Ordnungspartnerschaft mit der direkten Einbindung von Sozialarbeiter*innen zur Krisenintervention vernetzt.
- Geschlechtsspezifische Gewalt wird systematisch Thema in allen Jugendeinrichtungen und Behinderteneinrichtungen, es werden Vertrauenspersonen installiert. Die Leistungsverträge mit den Trägern müssen verbindliche Vorgaben und Berichtspflichten

dazu enthalten. Maßnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstermächtigung von Mädchen und Frauen werden ebenso breit wie zielgruppengerecht angeboten und gefördert.

- Frankfurt wird Landesregierung und Städtetag auffordern, geflüchtete Frauen, die von Gewalt bedroht sind, rechtlich so abzusichern, dass sie ihre Ehemänner verlassen können, ohne abgeschoben zu werden.
- Alle Ausgaben für geschlechtsspezifische Gewaltprävention werden aus dem Haushalt für Zuwendungen in einen eigenständigen Pflichtteil überführt und dauerhaft gesichert.
- Wir wollen von digitaler Gewalt, Hass und Hetze betroffenen Menschen und ihren Angehörigen, Eltern, Lehrkräften und Betreuer*innen Beratung und Unterstützung anbieten und dafür eine kommunale, interdisziplinär ausgestattete Informations-, Präventions- und Beratungsstelle einrichten. Sie soll Kinder, Jugendliche, Frauen, LSBT*IQs und anderen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, formatgerecht ansprechen und qualifiziert beraten – von Traumatherapie bis Rechtsberatung. Sie soll in Fortbildungen Handlungsstrategien und Konzepte zum Schutz vor Gewalt im digitalen Raum vermitteln, mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten und sich mit relevanten Institutionen und Organisationen z.B. im Kinderschutz und im Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt vernetzen.
- Wir werden eine zentrale Anlaufstelle einrichten, an die sich Mädchen und Frauen wenden können, die Sexismus durch städtische Mitarbeitende erfahren haben. Wir wollen evaluieren, in welcher Form und welchem Umfang solche Vorfälle eintreten, und aus den Ergebnissen präventive Maßnahmen ableiten.

Reproduktive Rechte sicherstellen

- Wir unterstützen weiter die städtischen Initiativen, die Hebammenversorgung dauerhaft sicherzustellen. Hier wollen wir besonders vulnerable Gruppen besser versorgen.
- Wir unterstützen Beratungsstellen, die Frauen und Mädchen bei der Verwirklichung der reproduktiven Rechte Hilfe leisten und stellt durch Schutzzonen den freien, unbeeinträchtigten Zugang zu Sexualberatungsstellen und Schwangerschaftskonfliktberatung sicher.
- Wir garantieren den Zugang und die Übernahme der Kosten ärztlich verordneter empfängnisverhütender Mittel und der Kosten für die „Pille danach“ für Frauen und Mädchen, die damit wirtschaftlich überfordert sind.

KULTUR – LABOR UNSERER ZUKUNFT, ZEUGNIS UNSERER GEGENWART UND VERGANGENHEIT

„Die Kultur genießt den Schutz und die Förderung des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände.“ So steht es in der hessischen Verfassung. Kunst und Kultur sind direkter Ausdruck der Menschlichkeit, sie schärfen die Sinne und den Blick, sie öffnen das Hirn und das Herz. Kultur soll nichts und erlaubt ist fast alles – solange es die Menschenwürde nicht verletzt.

Frankfurt lebt von Kunst und Kultur und von seiner Vielfalt. Frankfurt schöpft aus seinen Kontrasten. Die Gegensätze sind Frankfurts Energie. So wichtig das Drehkreuz Frankfurt mit seiner Wirtschaft für die Region, für Deutschland und Europa ist, so abhängig ist Frankfurt am Main von Kunst und Kultur. Kultur ist das Labor unserer Zukunft, gibt Zeugnis von unserer Gegenwart und Vergangenheit. In den Künsten, in der Malerei, in den Filmen, auf den Bühnen, an den Erinnerungsorten, an den Quellen der Archive, in der Sprache der Literatur und in den Möglichkeiten der Musik wird erprobt, was woanders noch nicht einmal denkbar scheint. Die Gegenwart und Zukunft Frankfurts pulsiert in der Kunst und sie steht und fällt mit der Vermittlungskultur, die wir jetzt dafür haben wollen.

Frankfurts Kunst und Kulturszene hat einen Namen. Sie ist vielgestaltig und erfolgreich. Von der Oper und dem Schauspiel Frankfurt über den Mousonturm bis zu den profilierten Kleinbühnen, vom Literaturhaus in der Alten Stadtbibliothek über die hochklassigen Galerien und freien Ateliers bis zum Städel, dem Deutschen Filmmuseum, dem Liebighaus, dem Kindermuseum oder dem DAM. Von der Street-Art oder von den Gastspielen an der Alten Oper über Jazz, Techno und Rap bis zu den Programmkinos, den Filmfesten und großen Lichtspielhäusern. Die Frankfurter Buchmesse, die Nationalbibliothek, das Jüdische Museum. Frankfurt ist eine Kulturmetropole und hat weit über die Stadtgrenzen hinaus ein großes Publikum dafür. Wenn die Wirtschaft ein Standbein ist, dann ist die Kultur unser Spielbein.

Wir können diese Vielgestaltigkeit nicht bestellen. Kunst kennt keinen Lieferstatus, Kultur ist keine Ware. Aber wir wollen sie ermöglichen. Denn wir brauchen den Widerspruchsgeist der Künste. Kulturpolitik in Frankfurt muss in jeder Hinsicht Räume erhalten und schaffen. Denn lebenswerte Städte sind immer auch widersprüchliche Orte.

Was uns im Innersten zusammenbringt

Über Nacht ist die Corona-Pandemie zum Brennglas geworden für strukturelle Schwächen, Unterfinanzierung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem für Künstler*innen und Kulturschaffende. Wir alle haben gespürt, was fehlt, wenn die Begegnung mit Kunst und Kultur nur noch virtuell stattfinden kann. Wir wollen uns nicht daran gewöhnen. Wir haben noch einmal erlebt, was uns im Innersten zusammenbringt. Wir werden aus den Erfahrungen lernen und der Kunst und Kultur die Wertschätzung, die Infrastruktur und die Unterstützung geben, die ihnen gebühren, um Kunst und Kultur in Zukunft widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen.

Kunst und Kultur in der Breite Raum bieten

Frankfurt hat eine lebendige Szene, aber Frankfurt hat nicht nur zu wenig Platz für Grün und Wohnen, sondern auch zu wenig Raum für Kunst und Kultur. Das zwingt die Künstler*innen und Kulturschaffenden zu einer Kreativität und Flexibilität, die sie zum Glück auch oft aufbringen. Aber es kostet Zeit und Kraft und schränkt die Möglichkeiten ein. Frankfurt wird von einer besseren Unterstützung der Künstler*innen und Kulturschaffenden profitieren. Wir werden die Unterstützung bei der Suche nach bezahlbaren Räumen weiter ausbauen. Wir brauchen dazu auch die Kooperation von Unternehmen und Immobilienbesitzer*innen, wir suchen nach Zwischennutzungen und Möglichkeiten für Kunst und Kultur im öffentlichen oder privaten Raum. Aber auch die Stadt selbst muss hier wieder aktiver werden.

Bei der Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur wollen wir sicherstellen, dass die Institutionen langfristig planen und in nachhaltige Lösungen investieren können. Wir verlangen uns als Stadt und der Gesellschaft mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe viel ab. Das gilt auch für die Kulturinstitutionen. Jede*r, der/die schon mal die Finanzierung von langfristigen Strukturen mit Projektfördermitteln organisiert hat, kennt den Eiertanz, der damit einhergeht: Kann ich aus den Projektmitteln energieeffiziente Beleuchtung finanzieren? Obwohl es um die Finanzierung eines Kindertheater-Projekts geht? Wir werden die Einrichtungen bei den entsprechenden Investitionen unterstützen – unabhängig von konkreten künstlerischen Projekten.

Frankfurt muss auch im Bereich der Kultur mehr für den Klimaschutz tun. Dafür wollen wir die kulturelle Infrastruktur nachhaltig weiterentwickeln. Wir werden sicherstellen, dass auch die freien Kulturinstitutionen langfristig planen und in klimaschonende Lösungen investieren können. Freie Kulturinstitutionen müssen sicher und auskömmlich finanziert

werden, denn sie stellen ihre Infrastruktur den freien Künsten zur Verfügung. Das bedeutet ein Zuhause und Arbeitsmöglichkeiten für Künstler*innen in Frankfurt: Nur so lässt sich gemeinsam eine lebendige Szene gestalten, die weit über die Stadt hinaus wirkt.

Das Verhältnis zwischen der Festförderung für langfristige Infrastruktur einerseits und der Projektförderung für künstlerische Projekte andererseits muss mit den Beteiligten gemeinsam dringend überdacht und neu geregelt werden. Beides zusammen muss in einem ausgewogenen Verhältnis stehen, so dass sich die attraktive Frankfurter Szene ohne großen bürokratischen Aufwand weiter entwickeln kann.

Frankfurt ist auch Stadt der Straßenfeste. Sie sind in Größe, Ausgestaltung und Programm so vielfältig wie die Stadt selbst. Hier wird Kultur einer breiten Öffentlichkeit gezeigt, ausgelassen gefeiert sowie nachbarschaftliche Netzwerke über alle kulturellen Grenzen hinweg geknüpft und gepflegt. Derzeit sind sie nur sehr eingeschränkt möglich, langfristig wollen wir Straßen- und Stadtteilstädte wieder fördern und gerade kleine nicht-kommerzielle Initiativen hierbei stärker unterstützen, zum Beispiel hinsichtlich der Gebühren und Lizenzabgaben.

Kulturpolitik ist keine Kunst und keine Kultur, Kulturpolitik soll Kunst und Kultur ermöglichen. Diesen Unterschied wollen wir immer wieder klar machen. Das bedeutet auch: Die Stadt ist kein unmittelbarer Akteur in Kunst und Kultur. Die Stadt ist Partnerin und Ermöglicherin für Kunst- und Kulturschaffende, nicht Konkurrentin. Für dieses Verständnis von Kulturpolitik stehen wir, und wollen im Rahmen einer breiten Beteiligung der Kunst- und Kulturschaffenden und ihrer Institutionen, aber auch der kulturinteressierten Öffentlichkeit zu einer Vereinbarung im Rahmen eines Kulturentwicklungsplans kommen. Kulturförderung muss transparent und fachorientiert sein. Und sie muss zugänglich sein für Künstler*innen und Kulturschaffende, in der Vielfalt, die die Stadt ausmacht. Damit Kunst und Kultur weiterwachsen können.

Die Knoten lösen – Städtische Bühnen und Kulturcampus

In der städtischen Kulturpolitik hat sich an einigen großen Baustellen vieles angesammelt, aber es ist nicht viel vorangekommen.

Über große Investitionen braucht es auch eine breite Verständigung, denn niemand sollte leichtfertig Entscheidungen über Investitionen von einigen hundert Millionen Euro treffen. Wir sehen, dass eine breite Diskussion stattfindet und wollen zu einer Entscheidung über die Städtischen Bühnen kommen. Für uns steht fest: Der Willy-Brandt-Platz ist der Stand-

ort der Städtischen Bühnen und soll es auch bleiben. Neue Gebäude müssen dabei die Geschichte des Ortes und der Kultur an diesem Ort respektieren. Der Willy-Brandt-Platz steht für erstklassiges Theater und erstklassige Oper, für politische und gesellschaftlich engagierte Inszenierungen und Provokationen, für die Freiheit von Kunst und Kultur – und für viele Frankfurter*innen und Menschen aus dem Umland und der ganzen Welt für Erinnerungen. Das Wolkenfoyer und die klare, transparente Architektur der Städtischen Bühnen stehen auch für eine Haltung, an der wir festhalten wollen. Wir wollen eine Lösung für die Städtischen Bühnen, die diese Tradition in die Zukunft führt.

Mit dem Kulturcampus hat die Stadt gemeinsam mit vielen Kunst- und Kulturschaffenden und ihren Institutionen einen Plan für die Nutzung des Campus Bockenheim entwickelt, der ausdrücklich nicht nur städtebaulich gemeint ist. Hier muss der Kulturanteil ernsthafter berücksichtigt werden. Wir stehen dafür, dass Stadt und Land am Kulturcampus zusammenarbeiten und werden möglichst viele Synergien der gemeinsamen Raumnutzung prüfen und mit den Institutionen aus Kunst und Kultur tatsächlich einen KULTURcampus realisieren. Wir wollen hier endlich den Knoten lösen und der Kultur – von der freien Kultur mit dem Offenen Haus der Kulturen bis zu öffentlichen Einrichtungen wie der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst – Raum schaffen. Die Planungswerkstätten unter engagierter Bürger*innenbeteiligung haben für das Quartier ein Konzept und die Grundlagen für einen Bebauungsplan erarbeitet, nach dem Kultur, Arbeiten, Gastronomie, Wohnen, soziale Infrastruktur und attraktive Grünflächen kombiniert werden. Dieser Dialog soll transparent und offen weitergeführt werden. Zu diesem rechtsverbindlichen Bebauungsplan stehen wir weiterhin, der im Mai 2020 zwischen Stadt und Land vereinbarte gemeinsame Architekturwettbewerb muss so schnell wie möglich ausgelobt werden.

Buch- und Literaturstadt Frankfurt stärken

Deutschland ist Weltmarktführer für Literatur unter Live-Bedingungen und für Buch-, Buchhandels- und Lesekultur. Frankfurt markiert auf dieser Karte den aufregendsten Punkt: Mit der weltgrößten Buchmesse, mit der Deutschen Nationalbibliothek, mit den Hochschulen, mit dem Sitz des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, mit all seinen Verlagen und mit all seinen Institutionen ist Frankfurt ein Buch-Universum auf engstem Raum. Frankfurts Stadtbücherei war 2018 „Bibliothek des Jahres“. In der Paulskirche wird u.a. der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen, der Deutsche Buchpreis wird im Römer verkündet und Touristen schwärmen ins Goethehaus oder das Caricatura. Angesichts der Corona-Krise ist auch diese Stärke in Gefahr – die aktuellen Debatten um die Buchmesse

machen das deutlich. Wir wollen Frankfurt als lebendigen Standort für Literatur und Buchkultur stärken.

Kulturelle Bildung stärken – Zugänge ermöglichen

Kultur schafft – ganz ohne die Vereinnahmung und Instrumentalisierung durch die Politik, die Wirtschaft oder andere Interessierte – Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie erweitert die Lebenswirklichkeit, stärkt Mündigkeit und Urteilskraft und ermöglicht die Beteiligung an gesellschaftlichen Entwicklungen. Kultur fördert den Austausch und stärkt den demokratischen Zusammenhalt.

Voraussetzung dafür ist, dass alle Menschen Zugang zu Kunst und Kultur haben. Dieser Zugang entsteht nicht von allein und er entsteht auch nicht automatisch durch kostenfreien Eintritt.

Ein wirklich inklusiver Ansatz bedeutet, dass die Strukturen so verändert werden, dass niemand ausgeschlossen wird, und es bedeutet auch, dass alle Kinder sehr früh beteiligt werden müssen. Dafür werden wir die Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden einerseits und Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen andererseits gezielt fördern. Schule muss als Kulturort entdeckt werden und braucht dafür qualitätvolle künstlerische Angebote und kluge Konzepte, die Kunst und Kultur als selbstverständlichen Teil der Bildung begreifen.

Erinnerung prägt die Zukunft

Voraussetzung jeder Zukunft sind Gegenwart und Vergangenheit. Ohne Erinnerung kein Gedächtnis, ohne Gedächtnis kein Gewissen. Die Erinnerungskultur, die wir heute ermöglichen und leben, prägt unsere Achtsamkeit für aktuelle Entwicklungen. Gerade in Deutschland mit seiner Geschichte ist Erinnerungskultur ein hohes Gut. Es gibt kein friedliches Deutschland ohne Bewusstsein für seine friedlose Geschichte. Die Geschichte lehrt, hat aber keine Schüler, warnte Ingeborg Bachmann. Geschichtsvergessenheit und Politikverdrossenheit sind Taubmacher. Sie hemmen Fortschritt, Wachstum und Erkenntnis.

Gerade in Deutschland mit seiner Geschichte ist Erinnerungskultur ein hohes Gut. In unserem Land und in unserer Stadt wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die sich auf keinen Fall wiederholen dürfen. Die Erinnerung an diese Verbrechen und die Opfer, der Kampf gegen Antisemitismus, gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit muss lebendig bleiben und darf zu keinem starren Ritual werden. Wer in Deutschland lebt, wer in Frankfurt lebt, muss verstehen, wo diese Gesellschaft herkommt. Denn Entwicklungen und Wege, die wir nachzeichnen können, sind Auswege aus Fehlern und Versäumnissen. Und

jede Zeit muss ihre Form finden, Erinnerung und Geschichte lebendig zu halten. Deshalb suchen wir nach neueren Formen der Erinnerungskultur, setzen uns ein für Opfergruppen und wenden uns kompromisslos gegen Verfolgung.

„Niemals vergessen, nie wieder!“ gehört zusammen und gehört zu unserem Land und unserer Stadt. Wir wollen die authentischen Orte der Verbrechen des Nationalsozialismus in Frankfurt für die Öffentlichkeit erhalten und wo noch möglich sichtbar machen. Das ehemalige KZ in den Adlerwerken wollen wir sichtbar machen und einen Gedenk- und Lernort errichten. Wir setzen uns dafür ein, dass die ehemalige Synagoge in Höchst wieder sichtbar wird und damit das ehemalige jüdische Leben, das diese Stadt geprägt und bereichert hat. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gedenkstätte an der ehemaligen Großmarkthalle besser für die Öffentlichkeit zugänglich wird. Wir unterstützen Initiativen wie die Initiative 9. November oder auch die Stolpersteininitiative in Frankfurt, den Roma-Förderverein, alle Bildungs- und Forschungseinrichtungen, das Fritz-Bauer-Institut, die Anne-Frank-Bildungsstätte und weitere, um die Verbrechen, die in Frankfurt in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, sichtbar zu machen und an die Menschen zu erinnern, die verfolgt und ermordet wurden.

Unsere Freiheit verdanken wir der aktiven Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und Gegenwart. Deshalb brauchen wir Zeitzeugenschaft, deshalb brauchen wir die Archive, die Museen, die Forschungsstätten, das Innhalten. Frankfurt, vom Historischen Museum über seine Gedenkstätten, von seinen städtebaulichen Narben bis zum Jüdischen Museum ist ein Nukleus für deutsche Geschichte, ein Wimmelbild für ein internationales Miteinander und Anschauung für gelebte Erinnerungskultur. Daran halten wir fest.

Für folgende Maßnahmen stehen wir:

Kultur durch Krisen helfen

- Wir werden in der aktuellen und auch in zukünftigen Krisen zumindest eine existenzsichernde Basisförderung für Institutionen gewährleisten, um nach dem Ende von akuten Krisen nicht strukturell bei null beginnen zu müssen. Zur Finanzierung werden wir unter anderem die Einführung eines Krisenfonds prüfen, der aus Ticketverkäufen in öffentlich geförderten Institutionen gefüllt wird.
- Wir setzen uns für zukünftige Krisen bei Bund und Land für Strukturen ein, die Kulturschaffenden, Veranstalter*innen und im Bereich Veranstaltungen Beschäftigten die Existenz sichern.

- Wir führen in den Bereichen, in denen die Stadt mittelbar oder unmittelbar aktiv ist, Mindesthonorare für Kulturschaffende ein und setzen uns insgesamt für faire Bezahlung von Kunst und Kultur ein. Wenn Veranstaltungen aus nicht durch die beteiligten Künstler*innen und Kulturschaffenden zu vertretenden Gründen ausfallen, zahlen wir Ausfallhonorare, die den für die Vorbereitungen angefallenen Aufwand angemessen vergüten.

Die Relevanz von Kultur deutlich machen

- Wir begreifen die Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommune und setzen uns dafür ein, dass sie auch so behandelt wird. Die Freiheit von Kunst und Kultur steht nicht nur in unserer Verfassung, sondern sie muss auch praktisch gelebt und unterstützt werden. Das gilt auch für die Sicherstellung der ökonomischen Möglichkeiten der Kunst- und Kulturschaffenden.
- Kultur ist vielfältig, kreativ, bereichernd, anregend, kritisch, zuweilen widersprüchlich und wir Grüne unterstützen die Freiheit von Wort, Bild, Tanz, Darstellung und anderen Formen. Aber Strukturen und Akteur*innen brauchen ein Mindestmaß an Planungssicherheit. Wir werden unter Beteiligung der Kunst- und Kulturschaffenden, aber auch der Bürger*innen, die strategische Ausrichtung der städtischen Kulturpolitik festlegen. Das Instrument dafür ist ein Kulturentwicklungsplan, der die Relevanz von Kultur festhält, eine Verabredung über die konkreten Ausgestaltungen von Kulturförderung durch die Kommune erarbeitet und Maßnahmen definiert. Bei dieser Planung muss es auch unser Ziel sein, die Vielfalt der Stadtgesellschaft auch bei kulturellen Angeboten zu berücksichtigen und die interkulturellen und cross-over-Chancen und Reibungen kreativ zu nutzen.
- Wir unterstützen die Vernetzung innerhalb der freien Szene und zwischen der freien Szene und den etablierten Kulturinstitutionen. Neben der Klärung von Konflikten durch das existierende Konkurrenzverhältnis wollen wir vor allem das gemeinsame Interesse an einer Stärkung der Rolle von Kunst und Kultur fördern und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit eröffnen.
- Wir unterstützen die Digitalisierung auch im Bereich der Kunst und Kultur. Das Programm „HESSEN KULTURELL NEU ERÖFFNEN“ der hessischen Landesregierung bietet hier Chancen. Wir suchen gemeinsam mit den Kunst- und Kulturschaffenden nach sinnvollen Möglichkeiten zur Unterstützung beim entsprechenden Kompetenzaufbau, bei der Umsetzung und der Sichtbarmachung von entsprechenden Initiativen.

Kultur Freiräume geben und Freiräume lassen

- Wir schaffen mehr Flächen und Möglichkeiten für Kunst und Kultur, fördern Zwischen- nutzungen und bauen die Unterstützung bei der Suche nach Raum und Räumen zur Produktion und Präsentation für alle Sparten weiter aus.
- Wir fördern Kunst im öffentlichen Raum, auch als Bestandteil von Ausschreibungen, Wettbewerben und Stadtentwicklungsmaßnahmen.
- Wir erschließen weitere Orte in Frankfurt, an denen Kulturveranstaltungen im öffent- lichen Raum möglich sind. Die Weseler Werft ist ein gut funktionierender Ort, aber der Bedarf nach solchen Orten ist hoch und steigt weiter.
- Die Stadt ist derzeit oftmals selbst als Veranstalterin aktiv und macht damit den Kunst- und Kulturschaffenden Konkurrenz. Wir wollen die Rolle der Stadt als Veranstalterin reduzieren und die Rolle als Ermöglicherin stärken. Zum "Ermöglichen" gehört für uns auch die Wiedereinführung der "Frankfurter Bühne" auf dem Museumsuferfest in der finanziellen Verantwortung der Stadt, die der Breite der Frankfurter Musikszene Raum gibt.
- Wir haben in Frankfurt einen Mangel an Räumlichkeiten für alle Arten von Nutzungen. Wir wollen aber gemeinsam mit politischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Frankfurter Künstler*innen Vorschläge und Konzepte dafür entwickeln, wie wir offe- nere Zwischennutzungen anbieten, existierende Angebote weiter öffnen und sonstige Potenziale für offene Raumkonzepte nutzen können.

Freie Szene und Sozio-Kulturelle Zentren

- Wir stehen für eine verlässliche Förderung der freien Theaterszene mit ihren Gruppen und Häusern. Wir stärken Institutionen durch mehrjährige feste Förderung und ermög- lichen künstlerische Weiterentwicklung durch Erhöhung der Projektmittel.
- Wir unterstützen weiterhin die Initiative für das selbstverwaltete Offene Haus der Kulturen am Campus Bockenheim. Das Offene Haus der Kulturen ist ein Kernbestand- teil der Vision des Kulturcampus und eine wichtige Unterstützung für die offene und vielfältige freie Kunstszene.
- Wir werden gemeinsam mit den Akteur*innen ein Konzept für ein Haus für die freie Szene für Tanz, Performance und Theater erarbeiten und mögliche Standorte und Fi- nanzierungspartner*innen identifizieren.
- Wir halten an existierenden sozio-kulturellen Zentren fest und sichern ihre Freiräume. Insbesondere wollen wir autonome Kulturzentren wie das „Klapperfeld“, die „AU“ oder das „Café Exzess“ schützen. Kulturell, sozial und integrativ leisten sie einen wertvollen

Beitrag für unsere Stadtgesellschaft. Eine Räumung dieser Orte oder eine anderweitige Nutzung der Gebäude lehnen wir ab. Auch diese Zentren können von der Förderung von Klimaschutzmaßnahmen profitieren, wir sichern die institutionelle Förderung und weiten sie bei Bedarf so aus, dass sie existenzsichernd ist.

Film

- Wir werden das Pupille Kino als Ort für nicht kommerzielles Kino sichern und unterstützen.
- Wir wollen die nicht kommerziellen Festivals und Filmveranstaltungen in der Stadt sowie das Filmhaus Frankfurt erhalten und unterstützen und gemeinsam mit den Veranstalter*innen und anderen Initiativen prüfen, wie das – gegebenenfalls auch in Partnerschaft mit kommerziellen Veranstalter*innen – sinnvoll möglich ist.
- Musik
- Wir unterstützen Musiker*innen bei der Suche nach geeigneten Proberäumen zu bezahlbaren Preisen.
- Wir wollen Räume in Schulen in erweitertem Umfang für Musikunterricht zur Verfügung stellen und prüfen die entsprechenden Möglichkeiten.

Clubkultur

- Wir werden wie in vielen Städten auch für Frankfurt eine*n Nachtbürgermeister*in etablieren, der/die als Ansprechpartner*in für die Gastronomie, Anwohner*innen und die Clubszene bei der Stadt fungiert und Konflikte moderiert und löst. (Siehe auch den Abschnitt zu Jugendpolitik)
- Wir fördern nichtkommerzielle, jugendkulturelle Angebote, um Kreativität und Ausprobieren zu ermöglichen und um auch Menschen, die bei kommerziellen Clubs an der Tür oder an den Preisen scheitern, einen Zugang zur Clubkultur zu gewähren.

Literatur und Buch

- Wir wollen Frankfurts literarische Infrastruktur mit renommierten Häusern wie beispielsweise Romanfabrik e.V., Literaturhaus Frankfurt am Main e.V. und Hessisches Literaturforum Mousonturm e.V. stärken und freie Veranstalter*innen, Lesebühnen und Initiativen wie „Frankfurt liest ein Buch“ unterstützen.
- Wir wollen das Errungene erhalten und Lesefestivals wie Open Books und Bookfest in eine gemeinsame, kostenverträgliche Zukunft führen.
- Wir wollen den Bereich der Kulturellen Bildung durch das Erleben von Büchern und Literatur für alle Alters- und Interessengruppen fördern und Frankfurts Kindern, Schü-

ler*innen, Schulen und Jugendlichen Literatur als selbstverständlichen Teil ihrer Bildungsbiografie ermöglichen.

- Wir wollen Frankfurt attraktiver machen für die Produzent*innen von Literatur- und Buchkultur, für Autor*innen, Übersetzer*innen, Agenturen, Illustrator*innen und Buchgestalter*innen. Denn sie alle sind, wie die Frankfurter Leser*innen, wie die zahlreichen Buchhandlungen, das A und O einer geistesgegenwärtigen Buchkultur wie sie Frankfurt braucht.

Bildende Kunst

- Wir erarbeiten ein differenzierteres Förderungssystem, da bisher ausschließlich Materialkosten gefördert werden, und unterstützen einen besseren Zugang zu Atelierräumen.
- Auch im Bereich der Bildenden Kunst müssen projektbezogene Fördermittel bereitgestellt werden, um den Künstler*innen nach der Corona-Krise eine Wiederaufnahme der Arbeit zu vereinfachen.
- Wir arbeiten an einem Konzept für Stipendien, um Förderungen unabhängig von Materialkosten zu ermöglichen.

Museumslandschaft ausbauen und weiterentwickeln

- Frankfurt hat eine sehr lebendige Museumslandschaft, die wir erhalten und ausbauen wollen. Als Orte der Auseinandersetzung mit unserer Stadtgesellschaft bieten Museen vielfältige Angebote, die wir ausdrücklich unterstützen.
- Für die Weiterentwicklung unserer diversen Stadtgesellschaft steht vor allem auch das Museum der Weltkulturen, für dessen Erweiterung wir eintreten und wofür wir einen geeigneten Ort finden wollen.

Kultur für alle zugänglich machen

- Wir wollen, dass „Kultur für alle“ stärker gelebt und belebt wird und keine Seitengasse bleibt. Kultur zugänglich zu machen ist kein Gnadentat, sondern eine Herausforderung für alle Beteiligten, da es um Augenhöhe geht. Das betrifft auch den allgemeingültigen Anspruch auf Inklusion. Wir wollen gemeinsam mit den Kulturschaffenden und den Institutionen die bisherigen, erfolgreichen Konzepte von pädagogischen Angeboten über bauliche Maßnahmen bis zu partizipativen Projekten stärken, ausbauen und neue Impulse setzen für eine offensive, vorangehende Kulturpolitik.

Große Kulturorte, große Herausforderungen

- Wir machen uns für den Erhalt der Städtischen Bühnen möglichst unter Beibehaltung des Wolkenfoyers am Willy-Brandt-Platz, für eine Lösung unter Berücksichtigung von Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten und für eine Beteiligung der interessierten Bürger*innenschaft an der Finanzierung stark. Eingriffe in die Wallanlagen müssen nach Möglichkeit vermieden werden. Sollte ein Eingriff in die Wallanlagen dennoch die sinnvollste Lösung sein, muss jede Lösung zu einer quantitativen und qualitativen Aufwertung der Wallanlagen führen und insgesamt auch ökologisch eine nachhaltige Lösung sein. Vor allem aber gilt: Die Häuser müssen in erster Linie von der Kultur her gedacht sein.
- Wir wollen ein international und kooperativ denkendes und arbeitendes Kinder- und Jugendtheater in Frankfurt. Wir suchen dabei die Kooperation auch mit dem Land Hessen und der Region und erwarten von der zukünftigen Konzeption, dass sie die Zusammenarbeit mit den bestehenden freien Theatern, aber auch mit den städtischen Häusern und freien Künstler*innen als zentralen Punkt der Arbeit begreift.
- Wir wünschen uns die Wiederbelebung der großen Tradition des modernen Tanztheaters unter dem Dach der Städtischen Bühnen in Frankfurt. Für dieses Projekt werden wir im Rahmen einer breiten Diskussion die Grundlagen legen.
- Wir halten am Kulturcampus fest – vor allem auch am „Kultur“-Teil. Das Land und die Stadt müssen hier Hand in Hand mit den Beteiligten arbeiten, um die komplizierte Umnutzung der Gebäude und Flächen des ehemaligen Unicampus Bockenheim zu organisieren.
- Wir wollen eine schnelle und transparente Erarbeitung des seit Jahren ausstehenden Finanzierungskonzepts für das Zentrum der Künste sowie regelmäßige aktive Information und eine umfassende Beteiligung der Bürger*innen. Die Räume im bisherigen Studierendenhaus wollen wir den Vereinen, Gruppierungen und Initiativen im Stadtteil zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen und das Programm des selbstverwalteten „Offenen Hauses der Kulturen“ nachhaltig fördern. Die Vereinbarungen zum „Wohnen für Alle“, öffentlich geförderten sowie genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnungen müssen eingelöst werden.

Strukturförderung sicherstellen, bei der Mittelakquise unterstützen

- Wir verstärken die Förderung von nachhaltigen Entwicklungen und Strukturen (z.B. Fördermittel für energetische Optimierungen und Sanierungen, aber auch für nachhaltig gestaltete Arbeitsverhältnisse), erleichtern damit Kulturinstitutionen die Planung und ermöglichen es ihnen, akquirierte Projektmittel auch tatsächlich für Projekte auszugeben. Wir nutzen den Klimaschutzfonds auch gezielt für die Förderung der Anpassung von Kulturstätten an die Erfordernisse des Klimaschutzes und stellen entsprechende Mittel und Beratung durch das Energiereferat zur Verfügung.
- Wir schaffen eine Beratungsstelle, die bei der Erstellung von Förderanträgen sowohl bei der Stadt wie auch bei Dritten hilft und Kompetenzen zur Kulturförderung bündelt. Diese Stelle muss auch in der Lage sein, die Internationalität der Frankfurter Kulturszene zu bedienen und zum Beispiel Menschen zu beraten, die kein Deutsch sprechen.
- Wir werden die regionale Kreativwirtschaft in der öffentlichen Vergabep Praxis so weit wie möglich gezielt unterstützen und nutzen dafür alle rechtlichen Spielräume. Wir prüfen zusammen mit den Kunst- und Kulturschaffenden die Chancen, die sich aus einer Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Frankfurt ergeben könnten.

Kulturelle Bildung stärken

- Wir werden erfolgreiche Konzepte der kulturellen Bildung auswerten und in Frankfurt fortführen oder etablieren. Kostenlose Museen sind zwar zugänglich, aber allein noch kein Konzept. Gerade im Bereich Musik und Literatur existieren in Frankfurt gute Beispiele. Wo sinnvoll und nötig wollen wir in den Kulturinstitutionen für diesen Bereich eigene Ansprechpartner*innen etablieren, die Kooperationen insbesondere auch mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen verstärken und den regelmäßigen Austausch ermöglichen. (Siehe auch den Abschnitt zu Bildung und Betreuung)
- Wir werden für die Frankfurter Schulen einen Fonds zur Finanzierung von Projekten der kulturellen Bildung auflegen.
- Wir wollen alle Kunst- und Kulturschaffenden dafür gewinnen, die kulturelle Bildung auch als einen besonders zu berücksichtigenden Aspekt bei der Planung von Veranstaltungen zu bedenken. Die Verbreitung von Lust an Kunst und Kultur liegt auch im ureigensten Interesse der Kulturschaffenden.
- Wir wollen gemeinsam mit Kunst- und Kulturschaffenden offene Ateliers insbesondere für Jugendliche schaffen, in denen die Jugendlichen sich ausprobieren können und dabei von erfahrenen Kunst- und Kulturschaffenden unterstützt werden.

Wissen, was war: Erinnerungskultur in die Zukunft führen

- Wir werden die Paulskirche renovieren sowie gemeinsam mit Fachleuten ein „Haus der Demokratie“ als lebendiges Zentrum für Vergangenheit und Zukunft schaffen.
- Vor Frankfurt war Nida. Wir werden am historischen Ort in Heddernheim die Möglichkeit schaffen, sich ein Bild von dieser Vergangenheit zu machen. Dabei wollen wir eine Form finden, die der Bedeutung angemessen ist und ein wirkliches Erleben möglich macht.
- Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus gehört zum Fundament unserer Gesellschaft und wir wollen sie gemeinsam mit Initiativen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und anderen Akteuren weiter stärken und Formate finden, die diese wichtige Erinnerung weiter in die Zukunft führt.
 - Wir wollen gemeinsam mit Stiftungen und Vereinen Formen finden, wie die Untaten der Nationalsozialist*innen im Bereich Sport sichtbar gemacht und in Erinnerung behalten werden können.
 - Wir werden unter Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung insbesondere Frankfurter Biographien aus der Zeit des Nationalsozialismus zugänglich und lebendig machen.
 - Wir werden historische Orte sichern und insbesondere die lange diskutierte Gedenk- und Bildungsstätte “KZ Adlerwerke” realisieren.
 - Das Schicksal von Sinti und Roma im Nationalsozialismus werden wir besser sichtbar machen und zum Beispiel die Gräber von Opfern der NS-Zeit aus dieser Bevölkerungsgruppe erhalten und pflegen. Die Gedenktafel für die Sinti und Roma am ehemaligen Gesundheitsamt wurde aus privaten Mitteln finanziert, weil die Stadt Frankfurt sich lange Zeit damit schwergetan hat, die Verbrechen an den Frankfurter Sinti und Roma einzugestehen und die Diskriminierung auch nach dem 2. Weltkrieg fortgeführt wurde. Auch dieses Kapitel der Frankfurter Stadtgeschichte muss aufgearbeitet und eine angemessene Form des Gedenkens mit Unterstützung der Initiativen gefunden werden.
- Wir setzen uns beim Land Hessen für eine lebendige Erinnerungskultur an Schulen ein und fördern hier in Frankfurt innovative Projektideen, die letzten verbleibenden Zeitzeug*innen einzubeziehen oder lokal bedeutsame Orte und Ereignisse zu reflektieren.

DIE STADT IST, WAS WIR DARAUSS MACHEN

Eine Stadt ist im besten Fall weit mehr als nur der Ort in dem wir wohnen – sie ist Zuhause, Raum für Selbstverwirklichung, für Solidarität und Hilfe, für Freiheit in Sicherheit. Städte bieten umfangreiche Infrastrukturen, teilweise direkt durch die Kommune, durch Verwaltung und öffentliche Institutionen, teilweise von der lokalen Wirtschaft bereitgestellt. Auch ein Arbeitsplatz ist im besten Fall weit mehr als nur ein Arbeitsplatz – er ist ein Ort des Zusammenkommens, der Vernetzung und des Austauschs.

Dies ist unser Ziel für Frankfurt: Wir wollen, dass unsere Stadt für alle Frankfurter*innen ein Zuhause ist. Ein Ort, um sich zu vernetzen und sich zurückzuziehen. Ein Ort, an dem wir uns nicht nur aufhalten, sondern an dem wir leben. Dazu bauen wir auf eine offene, transparente Politik und Verwaltung, die Freiheiten garantiert und Sicherheit gibt. Wir bauen auf funktionierende Infrastruktur ebenso wie zuverlässige Dienstleistungen. Wir setzen auf verlässliche Einkommen, auf Wertschätzung und interessante Beschäftigung.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir eine innovative Stadt mit einer zukunftsorientierten Entwicklung unserer Wirtschaft und mit Behörden, die den Menschen Freiheit und Sicherheit geben, die Vertrauen entgegengebracht bekommen und es rechtfertigen. Zukunft, Freiheit und Sicherheit sind, was wir von Wirtschaft und Verwaltung erwarten.

In diesem Programm wird klar: Wir wünschen uns eine Stadt, die grün ist und wir sind uns bewusst, dass alle Maßnahmen, unsere Stadt ein Stück lebenswerter und ökologischer zu gestalten, eine Investition bedeuten. Nur mit einer starken Wirtschaft in unserer Stadt können wir diese Maßnahmen umsetzen. Grüne Politik für Frankfurt bedeutet daher auch: Wirtschaften, um zukunftsfähig und ökologisch zu sein.

Alle Frankfurter*innen sind Frankfurter*innen

Frankfurts Schmuck sind seine Internationalität und Vielfalt und das zu Recht, denn das sind derzeit wirkliche Stärken! Aber es ist auch richtig, dass wir zwar vielfältig sind, aber längst nicht alle gleich berechtigt, mit gleichem Zugang und gleichen Teilhabechancen. Wenn auf Gleiches ungleich reagiert wird, wenn Frankfurter*innen mit unterschiedlichen Hintergründen ungleiche Zugangschancen zu Behörden und Verwaltung, ungleiche Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik und der Gestaltung ihrer Stadt, ungleiche Chancen im Job haben, dann wird Freiheit eingeschränkt und Sicherheit verweigert. Unser Anspruch an

alle Akteur*innen in unserer Stadt ist: alle Frankfurter*innen sind Frankfurter*innen. Wir gemeinsam machen die Stadt aus. Wir gemeinsam handeln die Zukunft aus. Wir gemeinsam stehen für Freiheit und Chancen ein, für Sicherheit und Verlässlichkeit.

Freiheit und Sicherheit sind auch Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen Leitbilder von Polizei, Justiz und anderen Behörden sein. Zur Freiheit gehört dabei insbesondere auch die Meinungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit. Wir erleben um Deutschland herum, aber gelegentlich auch in Deutschland, dass diese Freiheiten unter Druck stehen. Wir werden sie mit allen Mitteln verteidigen. Auch zu Corona-Zeiten sind diese Freiheiten Leitbilder. Demonstrationen und Kundgebungen für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten oder andere Ziele (auch solche, die wir nicht teilen) müssen weiter möglich sein. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum kann und muss in Ausnahmefällen wie einer Pandemie zusätzliche Regulierungen ertragen – aber diese müssen angemessen sein, immer wieder überprüft werden und dürfen keinesfalls als Chance genutzt werden, Freiheiten grundsätzlich einzuschränken. Und die Polizei ist ebenso wie die Stadt „unsere“ und „Ihre“ Polizei. Das ist ein Anspruch an alle Beteiligten. Die Polizei muss dafür sorgen, dass sie tatsächlich die Polizei aller Frankfurter*innen ist – diskriminierungsfrei in ihrem Handeln und konsequent im Eintreten für den Rechtsstaat und gegen Extremismus auch nach innen. Dazu gehört, dass Polizeiübergriffe schnell und transparent aufgeklärt werden müssen. Umso mehr gilt das für die Straftaten des NSU 2.0-Komplexes, die sich auch in einem Frankfurter Polizeirevier zugetragen haben. Und wir alle müssen dafür sorgen, dass die Polizei nicht als Feindbild aufgebaut und beschädigt wird. Denn die Polizei als Feindbild führt nicht zu mehr Freiheit und Sicherheit.

Die Frankfurter Wirtschaft: Viel mehr als nur Banken

Freiheit und Chancen – davon lebt auch die Wirtschaft in unserer Stadt. Und sie trägt dazu bei. Indem sie ihre Verantwortung für die Zukunft wahrnimmt. Dafür setzen wir die Rahmenbedingungen, unterstützen nach besten Möglichkeiten, fordern aber auch verantwortungsvolles Handeln ein.

Die Frankfurter Wirtschaft ist viel vielfältiger, als es in den Börsennachrichten wirkt. 2018 waren rund 13 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Finanz- und Versicherungsbranche tätig. Der nach Beschäftigtenzahl größte Sektor war Verkehr und Logistik mit über 14 % der Beschäftigten. Immerhin gut 10 % der Beschäftigten sind im produzierenden Gewerbe tätig, das sind über 60.000 Arbeitsplätze. Und etwa 50.000 Arbeitsplätze stellt das Gesundheits- und Sozialwesen. Natürlich ist Frankfurt wie fast alle Städte ein

Dienstleistungszentrum. Aber Frankfurt ist – auch bei den Dienstleistungen – viel mehr als nur Banken und Versicherungen. Die zunehmende Bedeutung der Informations- und Telekommunikationswirtschaft, der Kreativ- und Kulturwirtschaft und der Wissenschaft und Forschung sind nur einige Beispiele dafür.

Wir wollen Arbeitsplätze für alle Frankfurter*innen mit ihren ganz unterschiedlichen Neigungen, Kompetenzen und Lebensmodellen. Denn Arbeit gibt den Menschen mehr als nur ein Einkommen. Wir werden die Vielfalt der Frankfurter Wirtschaft – vom Einzelhandel bis zu den Finanzdienstleister*innen, von Kreativwirtschaft bis zu Pharma und Chemie, vom Pflegedienstleister bis zur freiberuflichen Softwareberaterin – weiter stützen.

In der Corona-Krise sind insbesondere für die großen Unternehmen viele Angebote gemacht worden. Wir hoffen, dass die Maßnahmen ausreichen, um Arbeitsplätze und Innovationsfähigkeit zu erhalten. Wir brauchen beides dringend, denn auch nach Corona wird es einen umfangreichen Wandel geben, den verlangt die Klimakatastrophe uns allen ab. Wir müssen aber für künftige Krisen lernen und insbesondere auch die kleinen und mittleren Unternehmungen und die Selbstständigen vor Ort strukturierter unterstützen können.

Einzelhandel und Gastronomie haben in der Corona-Krise schwer zu leiden gehabt. Wir werden die Folgen noch einige Jahre spüren. Umso wichtiger ist es uns, diesen Branchen noch mehr Unterstützung und Chancen zu geben. Wir wollen die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt massiv verbessern und sind sicher, dass das auch den Wirtschaftsbetrieben vor Ort zugute kommen wird.

Gründer*innen erhalten in Frankfurt gute Unterstützung – aber sie haben sie auch nötig. Die Raumkosten sind auch für Gründer*innen ein Problem. Fachkräfte sind oft schwer zu finden, denn Frankfurt ist teuer. Wir können und müssen als Stadt mindestens sicherstellen, dass Gründungen nicht an mangelnden Informationen, Zugängen und Netzwerken scheitern. Hier existieren bereits hervorragende Institutionen, wir werden sie weiter ausbauen und insbesondere auch Gründungen durch Frauen oder Menschen mit ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen unterstützen.

Eine vitale Kultur- und Kreativwirtschaft ist für die Attraktivität unserer Stadt unerlässlich. Das Innovationspotential – auch bei nichttechnischen Innovationen – der kreativen Akteur*innen in Frankfurt ist hoch, es wirkt aber auch als Treiber für innovative Produkte und Dienstleistungen in anderen Branchen und trägt zu Wertschöpfung und Wachstum von Unternehmen bei. Die transformative Kraft der Kreativwirtschaft kann darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag für eine gesamte nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, zur

Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, zur Erhöhung der Attraktivität von Quartieren und Stadtteilen und zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe leisten.

Wir wollen die Aktivitäten zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen eines Masterplans Kreativwirtschaft weiter ausbauen und ein Innovationsökosystem unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen schaffen.

Gewerbegebiete der Zukunft

Wir müssen in unserer Stadt nicht nur das Wohnen in Zeiten der Klimakrise weiter ermöglichen, wir müssen das auch für andere Nutzungen erreichen und auch Gewerbegebiete für die Zukunft fit machen. Wir streben eine Verdichtung und intensivere Nutzung bestehender untergenutzter Gewerbegebiete an. Dies kann die Neuausweisung von Gewerbegebieten „auf der grünen Wiese“ überflüssig machen. Ziel ist eine städtebauliche Erneuerung, die Synergien nutzt, gute Bedingungen für Betriebe schafft, Branchen in Nutzung bringt und Nutzungen verdichtet, z.B. durch die Stapelung von Betrieben und Flächen anstelle ebenerdiger Hallen. Das Gewerbe verdrängende konkurrierende Nutzungen sollen ausgeschlossen werden, gute Nutzungsergänzungen hingegen gefördert werden.

Wir stehen dazu, dass es weiter Planungssicherheit für die Unternehmen am Osthafen gibt, und wir erst für die Jahre nach 2050 über Nutzungsänderungen nachdenken. Ohne Planungssicherheit oder Signale von Umnutzungen drohen Abwanderungen von Wirtschaftsunternehmen. Für uns GRÜNE von besonderer ökologischer Bedeutung ist die Bahn am Wasser, nah an der Innenstadt, für Frankfurt ein logistisches Goldstück. Wir GRÜNE wollen die Verkehrswende und nicht mehr Lkws in der Innenstadt – das wäre die Konsequenz von geänderten Nutzungen des Osthafens. Hafenfremde Nutzungen halten wir für eine falsche Entwicklung. Vielmehr muss der Hafen stärker als im bisherigen Management als logistischer Knoten zwischen Wasser, Schiene und Straße für die notwendigen städtischen Aufgaben genutzt werden, z.B. für Betonwerke, Abfallverwertung, Feinverteilung von Waren etc.

In Frankfurt fehlt es an einer sinnvollen räumlichen Zuordnung von kleineren und mittleren Betrieben zum Beispiel für das Handwerk. Wir wollen von dem Münchner Vorbild der „Handwerker*innenhöfe“ lernen und ähnliche Modelle in Frankfurt etablieren.

Einen Bedarf an weiteren Büroflächen sehen wir nicht zwingend. Angesichts der Corona-Krise und der Digitalisierung der Arbeitswelt ist es ungewiss, wie viele Hochhäuser für welche Nutzungen tatsächlich in den nächsten Jahrzehnten benötigt werden.

Wir brauchen intermodale Logistik, klimafreundliche Planungen und eine Energiewende auch in der Wirtschaft. Das gilt auch für die absolute Boombranche in Frankfurt, die Rechenzentren. Frankfurt ist der größte Internetknotenpunkt in Europa und daher attraktiv.

Die Digitalisierung ist eine riesige Chance, aber sie geht einher mit immensem Energieverbrauch. Wir werden auch in dieser Branche gemeinsam mit den Akteur*innen Energieeffizienz optimieren und zum Beispiel lokal erzeugte erneuerbare Energie und die Abwärme nutzen.

Frankfurt hat nur mit der Frankfurter Wirtschaft eine gute Zukunft. Das gilt umgekehrt aber zum Glück auch. Alle Frankfurter*innen sind eben Frankfurter*innen, und es ist unsere gemeinsame Zukunft.

Es ist Ihre Stadt!

Wir leben in Deutschland in einem der am besten verwalteten Länder der Welt. Oft genug ist das Anlass für abfällige Sprichwörter, aber es ist viel schlimmer in einem korrupten Staat zu leben als in einem, in dem gelegentlich der Amtsschimmel laut wiehert. Die Stadt ist eine wichtige Arbeitgeberin, und sie soll auch eine attraktive Arbeitgeberin sein. Denn wir haben auch in der Stadt riesige Herausforderungen zu stemmen. Dafür sind wir bereit, in die Mitarbeiter*innen zu investieren und neue Methoden und Strukturen auszuprobieren.

Wir wollen und müssen die Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungen ausbauen. Es geht dabei nicht um „mehr vom gleichen“, sondern um neue Wege. Wir haben in vielen Bereichen extrem lange Planungs- und Entscheidungsprozesse. Wir wollen sie nicht verlängern. Wir wollen aber eine Diskussionskultur mit den Frankfurter*innen, die allen Bevölkerungsgruppen eine echte Chance zur Beteiligung gibt, die transparent und zuverlässig Rückmeldungen sicherstellt und die Entscheidungen und ihre Grundlagen klar kommuniziert. Und das in einer Sprache, die wirklich alle Menschen verstehen können. Die legendäre und gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung im Amtsblatt ist noch keine Form der Bürger*innenbeteiligung.

Frankfurt hat eine stolze und erfolgreiche Geschichte des bürgerschaftlichen Engagements und der Stiftungen. Historisch – Städel, Universität, vieles weiteres – und in jüngster Zeit – z.B. die vielen Helfer*innen bei der Aufnahme von Geflüchteten – und hoffentlich auch in Zukunft. Wir brauchen dieses Engagement. Es prägt auch das Bild unserer Stadt, und das soll auch in Zukunft so sein.

Die Stadt spielt in der Region Rhein-Main die Rolle der „Kernstadt“. Wir übernehmen dabei Aufgaben für die Menschen in der ganzen Region, und wir tun das gerne. Wir sind damit allerdings auch eine Stadt mit einem großen Haushalt – über 4 Milliarden Euro im Jahr. Wir wollen diesen Haushalt nicht nur transparent gestalten, sondern auch nachhaltig managen. Die Investitionen der Stadt müssen zukunftsgerichtet sein. Die Stadt muss als Akteurin am Finanzmarkt nachhaltig auftreten. Die Beteiligungen der Stadt – von der Messe über die

Stadtwerke bis zur Fraport – sollen erfolgreich wirtschaften, aber sich auch ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung stellen. Und die Beziehungen zum Land und zur Region sollten nicht von Streit und Konkurrenz geprägt sein, sondern von Respekt, Solidarität und dem gemeinsamen Verständnis, dass es der Stadt nur gut gehen kann, wenn die Region funktioniert und anders herum. Zu unserem Politikverständnis gehört auch, dass Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich durch die öffentliche Hand erbracht werden. Die Zeiten von exzessiven Privatisierungen und „public-private partnership“-Modellen sind vorbei. Insbesondere die Gesundheitsversorgung muss bedarfsorientiert sein und darf nicht unter eine gewinnorientierte Logik gepresst werden.

In Zukunft: Digital, gemeinsam mit der Region, global vernetzt und verantwortungsbewusst

Die Zukunft sowohl der privaten Wirtschaft wie auch der öffentlichen Hand ist geprägt von Digitalisierung. Wie alle technischen Entwicklungen birgt die Digitalisierung Risiken und Chancen. Wir müssen über Rahmensetzung sicherstellen, dass die Chancen genutzt und die Risiken vermieden werden. Frankfurt ist als Knotenpunkt die Internethauptstadt Europas. Dennoch gibt es auch in Frankfurt Gebiete, in denen die Versorgung mit Bandbreite nicht ausreichend ist. Ohne Zugang zum Internet ist Digitalisierung nicht denkbar. Wir müssen auch in Frankfurt die Lücken schnell schließen.

Für eine Pendler*innenstadt wie Frankfurt hat Home-Office vielfältige Vorteile. Die Menschen sparen Wegzeiten, und die Mobilitätsinfrastruktur wird entlastet. Wenn alle Arbeitnehmer*innen im Schnitt einen Tag in der Woche von Zuhause arbeiten können, reduziert sich der Pendelverkehr um 20 %: 2 Millionen weniger gefahrene Kilometer am Tag. Wir wünschen uns, dass die Unternehmen und die Menschen diese Gelegenheit nutzen. Als Stadt wollen wir voran gehen. Corona hat Home-Office erzwungen und wir haben zu spüren bekommen, dass das auch viele Nachteile hat. Mit einer strukturierten Vorgehensweise wollen wir sicherstellen, dass die Vorteile für alle Beteiligten deutlich überwiegen.

Auch die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung müssen digitalisiert werden. Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten – bis 2022(!). Hier und bei der Zugänglichkeit von öffentlichen Daten ist Frankfurt bisher kein Vorbild. Das müssen wir in den nächsten Jahren dringend ändern.

Im „echten Leben“ spielen Nähe und Dichte allerdings nach wie vor eine große Rolle, und das wird auch so bleiben. Die Metropolregion Frankfurt Rhein-Main hat insgesamt fast 6

Millionen Einwohner*innen. Sie erstreckt sich über 3 Bundesländer und ist schon allein deshalb politisch ein kompliziertes und in vielen Dingen schwerfälliges Gebilde. Wir müssen aber den Zusammenhalt in der Region, die gemeinsame Sicht auf Probleme und das Zusammendenken von Lösungen dennoch immer wieder vorantreiben. Frankfurt ist hier die Kernstadt, dennoch muss auch Frankfurt als Akteurin auf Augenhöhe auftreten, sonst wird die Region nicht vorankommen – und damit werden viele Probleme auch in Frankfurt nicht nachhaltig lösbar sein. Wir brauchen für die Wirtschaft und für die Menschen, für ihre Freiheit und ihre Entwicklung eine funktionierende regionale Zusammenarbeit. Hier ist Luft nach oben.

Schließlich gilt für Frankfurt in besonderem Ausmaß: Unsere Stadt ist weltweit vernetzt, profitiert davon und nimmt ihre Verantwortung wahr. Wir haben aktuell 17 Partnerschaften und 7 Kooperationen mit Städten in der ganzen Welt. Die internationale Vernetzung wollen wir weiter pflegen und dafür nutzen, nicht nur auf offizieller Ebene, sondern auch zwischen den Menschen und zivilgesellschaftlichen Institutionen Kontakte zu knüpfen sowie Vertrauen und Verständnis zu schaffen. Im Sinne der globalen Verantwortung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wollen wir gezielt weitere Partnerschaften begründen, insbesondere auch im Gebiet südlich der Sahara. Und wir wollen im Rahmen der Partnerschaften Menschenrechte und die Zivilgesellschaften stärken und auch in kritischen Situationen unserer globalen Verantwortung gerecht werden.

Für folgende Maßnahmen stehen wir:

Starke Wirtschaft, starke Gemeinschaft

Die wirtschaftliche Zukunft aktiv gestalten

- Wir werden die zukunftsweisenden Diskussionen zur Weiterentwicklung der heimischen Wirtschaft mit allen Beteiligten führen und faire Rahmenbedingungen schaffen. Dabei müssen wir uns in allen Wirtschaftszweigen den Realitäten stellen und neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Interaktion ausprobieren.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Krisenzeiten insbesondere auch den Selbstständigen, den Kleinstunternehmer*innen und den Mittelständler*innen zeitnah angemessene Unterstützungsleistungen angeboten werden.

Vielfältiges, starkes Gewerbe

- Wir halten vor dem Hintergrund der Corona-Krise und ihrer Folgen für die Wirtschaft aktuell am Gewerbesteuerhebesatz von 460 Punkten fest. Mittelfristig und nach einer Erholung der allgemeinen Konjunktur streben wir aber einen ausgeglichenen Haushalt

an und werden sowohl die Ausgabenseite wie auch die Einnahmenseite und den Gewerbesteuerhebesatz nutzen, um dieses Ziel zu erreichen. In normalen wirtschaftlichen Zeiten halten wir einen Hebesatz von 490 Punkten nach wie vor für gerecht und verträglich, wollen den Ansiedlungswettbewerb über Hebesätze beenden und zu einem kooperativen Verhalten in der Region auch bei der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik kommen.

- Die chemische und verarbeitende Industrie ist ein*e wichtige*r Arbeitgeber*in und Gewerbesteuerzahler*in in Frankfurt. Diese Betriebe und die Arbeitsplätze wollen wir erhalten und ökologisch wie ökonomisch nachhaltig entwickeln. Dazu unterstützen wir auch die regionale Vernetzung mit Hochschulen und Forschungsstätten, um neueste Forschung und Entwicklung insbesondere in den Naturwissenschaften integrieren und notwendige Fachkräfte ausbilden zu können.
- Der Osthafen als intermodal angebundenes Industriegebiet ist ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Allen Überlegungen, ihn durch andere Nutzungen in seiner Wirtschaftsstruktur zu verändern, stellen wir uns entschieden entgegen. Wir wollen ihn weiter entwickeln und dabei auch im Gewerbe auf effiziente Flächennutzung achten und Potenziale zur Entsiegelung nutzen.
- Auch in Gewerbegebieten gehört die Zukunft grünen, klimaschonenden Bauten und intermodaler Logistik. Wir wollen eine Analyse der städtebaulichen Missstände in Gewerbegebieten. Die entsprechende Beratung der Stadt werden wir intensivieren und auch in diesem wichtigen Sektor die Klimaschutzziele offensiv umsetzen. Zusammen mit Gewerbetreibenden, Grundstücksbesitzer*innen und Ämtern sollen Gebietsmanager*innen die Missstände und Potenziale einzelner Gewerbegebiete untersuchen und integrierte Handlungskonzepte erarbeiten. Ihr Fokus muss dabei auch auf große Unternehmen und speziell auf Rechenzentren gerichtet sein.
- Hinsichtlich der Rechenzentren erarbeiten wir ein regional abgestimmtes Konzept zur räumlichen Steuerung, zur Stromgewinnung und Abwärme-Nutzung und zur städtebaulichen Einbindung. Wir prüfen, wo und wie Wohngebiete und Standorte für künftige Rechenzentren in verträglicher räumlicher Nähe geplant werden können und evaluieren darüber hinaus die Ausweisung von Standorten für Kleinstrechenzentren, z.B. in Untergeschossen, als Wärmeversorger in Quartieren. Die Mainova wollen wir aufgrund ihrer Position als Netzdienstleisterin als unverzichtbare Partnerin eng einbinden.
- Neue Gewerbegebiete oder Gewerbegebiete im Strukturwandel wie in Griesheim werden wir als grüne Gewerbegebiete entwickeln. Die Versorgung muss mit effizienten, nachhaltigen Energieträgern erfolgen, Gebäude sollen verpflichtend mit Solarthermie

und Photovoltaik ausgerüstet werden. Wärme aus der Umgebung, insbesondere aus anderen Gewerbeeinrichtungen oder dem Boden, und andere Ressourcen sollen genutzt bzw. recycelt werden. Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen streben wir weiterhin auch eine interkommunale Zusammenarbeit mit der Region an, inklusive einer fairen Aufteilung von Entwicklungskosten und Gewerbesteuererinnahmen.

- Wir wollen nach Münchner Vorbild mehrere Handwerker*innenhöfe in Frankfurt etablieren.
- Frankfurt hat eine innovative Unternehmenslandschaft – von Bio- bis FinTech. Wir leben von dieser Innovation, aber auch von der Vielfalt. Wir wollen die Förderung auf weitere Branchen ausweiten und dabei besonders nachhaltige Konzepte und Strukturen fördern.

Spannender, lebendiger Einzelhandel

- Wir werden den kleinteiligen Einzelhandel und lokale Handwerksbetriebe in den Stadtteilen weiter unterstützen. Gut gemischte Stadtteile bleiben ein wichtiges Ziel. Angesichts der Digitalisierung könnte ein Netzwerk für lokalen Online-Handel und regionalen Lieferdienste eine gemeinsame Plattform bieten. Wir wollen gemeinsam mit den Akteur*innen diese Möglichkeit prüfen.
- Die dezentralen Strukturen der Gewerbevereine und Interessengemeinschaften in den einzelnen Stadtteilen sind ausschlaggebend für die Resilienz der lokalen Wirtschaft Frankfurts. Wir wollen die lokale Wirtschaft mit einem effektiven Citymanagement und mit hauptamtlichen Ansprechpartner*innen („Zentrenkümmer*innen“) unterstützen.
- Wir wollen schrittweise erreichen, dass zum Beispiel Wohnungsunternehmen einfache Kioske des täglichen Bedarfs einrichten und betreiben und damit kurz- bzw. mittelfristig zu einer besseren Versorgung in unterversorgten Stadtgebieten beitragen.
- Das bestehende Citymanagement wollen wir fokussieren und ausbauen, um dem beschleunigten Wandel im Einkaufsverhalten in den Zentren gestalterisch zu begegnen. Das Ziel muss eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung der Zentren sein.
- Der Einzelhandel lebt von seiner Nähe zu den Kund*innen – und damit der Erreichbarkeit und der Aufenthaltsqualität vor Ort. Wir werden bei der Gestaltung von neuen und der Umgestaltung von bestehenden Quartieren diese Zusammenhänge gleichberechtigt mit anderen Interessen beachten.
- Die Umwidmung von Parkplätzen zu Sitzbereichen hat während der Corona-Pandemie mehr Gäste in der Außengastronomie ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Umwidmungen auch nach der Pandemie möglich sind und dass entsprechende Anträge wohlwollend geprüft werden.

- Im Rahmen unseres Konzepts der „Stadt am Main“¹ und bei der Entwicklung entsprechender Konzepte auch für weitere Stadtteile werden wir die Außenflächen für Gastronomie und andere Nutzungen ausweiten und die Aufenthaltsqualität dort zum Beispiel durch Platzgestaltung, Verkehrsreduzierung und mehr Begrünung deutlich erhöhen. Wir wollen zudem mehr Kunst und Kultur auf den öffentlichen Plätzen und damit noch mehr Urbanität ermöglichen.
- Die im Innenstadtkonzept geplanten neuen Gebäude zur besseren Fassung von Plätzen und zur Bereitstellung von neuen Flächen für Einzelhandel und Gastronomie wollen wir ausschließlich auf bereits versiegelten Flächen umsetzen. Dabei werden wir vor allem auf innovative und nachhaltige Konzepte beim Bau und der Nutzung achten.

Zukunft fördern: Gründer*innen unterstützen

- Frankfurt ist ein attraktiver Standort für Gründer*innen. Wir werden den Gründer*innenfonds fortführen, das Angebot des Gründer*innenzentrums weiter entwickeln und die Förderung erfolgreicher Institutionen fortführen. Wir werden aber auch die Vernetzung in der Region und im Land fördern und wollen zusammen mit der Hessischen Landesregierung darauf hinwirken, dass sich die Finanzierungsbedingungen von jungen Unternehmen in Wachstums- und Expansionsphasen verbessern – hier sind die Angebote von Geschäftsbanken oft nicht flexibel genug.
- Die Mittel der Wirtschaftsförderung müssen gendergerecht verteilt werden. Dazu wollen wir für die Wirtschaftsförderung eine Genderberichterstattung einführen, die aufzeigt, wie die verschiedenen Geschlechter unterstützt werden.
- Frankfurt hat eine internationale Bevölkerung mit vielen unterschiedlichen Herkünften und Hintergründen. Wir wollen diese Vielfalt auch in der Unternehmensgründung weiter fördern – direkt, wo es Frankfurter Institutionen durch mehrsprachige Angebote und Unterstützung selbst können, sowie indirekt, wo es zum Beispiel Fortschritte bei der Anerkennung internationaler Berufs- und (Hoch-)Schulabschlüsse braucht.
- Nicht nur die Kulturschaffenden, auch Gründer*innen können von Zwischennutzungen und zeitweisem Leerstand profitieren. Wir wollen zusammen mit dem Einzelhandelsverband, der Wirtschaftsförderung und weiteren Partnern gemeinsam Lösungen erarbeiten, wie zeitweiser Leerstand kreativ und sinnstiftend genutzt werden kann.
- Wir werden eine zentrale Kompetenzstelle Fördermittel bei der Kämmerei etablieren, um den Zugriff auf Mittel aus Förderprogrammen auf Landes-, Bundes oder Europäischer Ebene, aber auch ggf. von privaten Institutionen zu verbessern. Diese

¹ Kompetenzstelle soll auch Institutionen und Unternehmen beraten, um so insgesamt Mehr zu unserem Konzept „Stadt am Main“ für eine Umgestaltung der Innenstadt und des nördlichen Sachsenhausen finden Sie hier: <https://stadt-am-main.de>

Finanzmittel vor allem für nachhaltige Projekte und Maßnahmen zu akquirieren. Die Kompetenzstelle soll dabei keine Controlling-, sondern eine Beratungs- und Unterstützungsfunktion übernehmen.

Ökologisch und sozial: Nachhaltig aus Verantwortung

- In Frankfurt gibt es einen Trend zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln. Diesen Trend wollen wir unterstützen, lokale Gartenbaubetriebe und die Umstellung auf ökologischen Anbau fördern sowie bei der oft schwierigen Suche nach Nachfolger*innen helfen.
- Initiativen für Modelle der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) werden wir fördern, z.B. indem wir bei der Standortsuche für Depots unterstützen und diese in neuen Quartieren von vornherein einplanen.
- Wir unterstützen besonders nicht-kommerzielle Lebensmittelretterorganisationen mit dem Ansatz, Lebensmittel vor der Mülltonne zu retten und an Menschen zu verteilen, welche ohne Lebensmittelspenden nicht ausreichend versorgt wären.
- Auch die Wirtschaft kann, will und muss ihren Teil zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Wir werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, in Kooperation mit anderen Beteiligten die Nachhaltigkeitsberatung ausbauen, Erfolge öffentlich vermarkten und Zugang zu Fördermitteln aus dem kommunalen Klimaschutzfonds gewähren.
- Wir wollen den Gründer*innenpreis um eine Kategorie „Nachhaltigkeit der Gründung“ mit einem eigenständigen Preis ergänzen.
- Wir werden die Beschaffung durch die Stadt, aber auch durch städtische Unternehmen fairer und nachhaltiger gestalten, den Schutz von Umwelt und Menschenrechten entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen und grundsätzlich Beschaffungen möglichst regional und nach einer Kosten-/Nutzen-Kalkulation durchführen, die ökologische und soziale externe Kosten berücksichtigt. Frankfurt ist fair-trade Stadt, darauf sind wir stolz, werden uns darauf aber nicht ausruhen.

Kreativwirtschaft und Digitalisierung als Chance

- Wir wollen Frankfurt als Standort für alle Aspekte der Digitalisierung stärken und die Chancen einer Publikumsmesse zum Thema Digitalisierung prüfen. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf E-Bildung, Innovative Stadt und digitale Kreativwirtschaft. Diese Messe soll sich insbesondere auch an regionale, kleinere und mittelständige Anbieter*innen richten und damit auch einen Beitrag zur Vielfalt der digitalen Angebote liefern.

- Wir werden die Aktivitäten zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen eines Masterplan Kreativwirtschaft weiter ausbauen, mit einem zentralen Kreativ-Ort in Frankfurt einen Experimentierraum und Ort des Austausches und der Begegnung zwischen den relevanten Akteur*innen schaffen und so die digitale Transformation unterstützen und das Umfeld für neue Unternehmensideen/Start-ups an den Schnittstellen, Medien-, Digital- und Kreativwirtschaft verbessern.
- Wir wollen die Bewerbung zur World Design Capital 2026 als Chance nutzen, um gemeinsam mit Schüler*innen, Bürger*innen, kreativen Akteur*innen, Architekt*innen und Designer*innen Gestaltungsideen für soziale, urbane und kulturelle Entwicklungen voran zu treiben und so eine nachhaltige Gestaltung unserer Stadt und der Region stärken und Frankfurt zur ersten „Creative Green City“ entwickeln. Dabei nehmen die 17 Nachhaltigkeitsziele („Sustainable Development Goals“) eine zentrale Rolle ein.
- Die Frankfurter*innen, die Unternehmen und die Beschäftigten können von einer Entlastung insbesondere der Verkehrsinfrastruktur durch vermehrtes Home-Office immens profitieren – die Corona-Zeit hat uns das vorgeführt. Wir wollen prüfen, welche Rolle die Stadt in Zusammenarbeit mit den Unternehmen bei der Ausweitung von Home-Office-Möglichkeiten spielen kann und werden mit der Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangehen und die bereits bestehen Möglichkeiten von Telearbeit und mobilem Arbeiten erweitern.
- Die digitale Infrastruktur in Frankfurt ist nach wie vor nicht in allen Gebieten ausreichend. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und vor dem Hintergrund des Nutzens von Home-Office, von Selbstständigkeit und einer Diversifizierung der Wirtschaftsformen müssen diese Defizite schnell behoben werden. Wir werden dazu mit den Telekommunikationsanbieter*innen das Gespräch suchen, sie beim Ausbau der Infrastruktur begleiten und Hindernisse aus dem Weg räumen.
- Der Weggang der Games Academy nach München ist ein sehr negatives Zeichen. Die Kreativbranche hatte in Frankfurt lange Jahre einen Hotspot. Wir wollen diese Branche in unserer Region wieder stärken und dazu gemeinsam mit der Region und der Landesregierung Programme auflegen.

Eine Wurzel Frankfurts: Zusammenkommen

- Die Messe ist eine feste Institution in Frankfurt – sie gehört zur Geschichte, zur Gegenwart und zur Zukunft unserer Stadt. Wir wollen die Messe angesichts der Erfordernisse des Klimawandels und der Chancen der Digitalisierung bei der Modernisierung und Anpassung an die zukünftigen Bedürfnisse unterstützen. Digitalisierung ermöglicht virtuelle Vernetzung als Ergänzung zu analogen Treffen, die Anreise zur und der Be-

trieb der Messe können Leuchttürme der Nachhaltigkeit werden, und die Messe muss weiter darauf achten, nachhaltige Inhalte mit Zukunft zu präsentieren. Dass die Messe zu Frankfurt gehört, kann u.a. dadurch deutlich werden, dass öffentliche Flächen stärker in die Nutzungskonzepte eingebunden werden.

- Wir streben für Frankfurt einen nachhaltigen und qualitativen Tourismus an, der den einzigartigen Charakter Frankfurts betont. So wollen wir bspw. die Internationalität der Stadt noch sichtbarer und erlebbarer machen. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir an digitalen Lösungen arbeiten, die den Aufenthalt bereichern. Dabei wollen wir die Angebote für Tourist*innen zukünftig userfreundlicher gestalten.

Politik, Behörden und Verwaltung

Mehr als die Summe der Teile: Inklusive Bürger*innenbeteiligung

- Wir werden alle Informationen für Bürger*innen zu Stadtpolitik, Maßnahmen und Vorhaben und zu Beteiligungsmöglichkeiten auch in leichter Sprache bereitstellen. Ebenso stellen wir Informationen bedarfsorientiert auch in weiteren Sprachen bereit.
- Wir werden jenseits der bereits etablierten Formate der Bürger*innenbeteiligung neue Formate entwickeln, die insbesondere Menschen erreichen, die bisher unterrepräsentiert sind. Wir werden dazu verschiedene Ansätze pilothaft umsetzen und die Erfahrungen auswerten. Wir werden auch die Kommunikation über existierende Beteiligungsmöglichkeiten verstärken und so anpassen, dass sie die Frankfurter*innen wirklich erreicht.
- Frankfurt profitiert immens von bürgerschaftlichem Engagement. Viele Initiativen scheitern aber an mangelnden Netzwerken oder fehlenden Ansprechpartner*innen. Wir werden eine „Lotsenstelle“ für das bürgerschaftliche Engagement schaffen, die Ideen zusammenführt, Ansprechpartner*innen vermittelt und die vielfältigen Angebote und Kompetenzen der Bürger*innen, Stiftungen und anderer Akteure vernetzt.
- Wir wollen, dass der Magistrat in Zukunft mindestens jährlich in allen Ortsbeiräten über Planungsvorhaben insbesondere in den Bereichen Verkehr, Stadtplanung und Wirtschaft mit unmittelbarer Relevanz für den jeweiligen Ortsbezirk berichtet. Dies stärkt die Möglichkeiten der Ortsbeiräte, ihre Rolle als direkte Ansprechpartner*innen für die Bürger*innen für Belange im Stadtteil wahrzunehmen.
- Wir werden verstärkt Bürger*innenbeteiligungen digital durchführen. Ablauf und Ergebnis von Beteiligungsprozessen sollen in jedem Fall transparent auf städtischen Webseiten dokumentiert werden.

- Die Online-Plattform „Frankfurt fragt mich“ werden wir modernisieren, die Kommunikation von Entscheidungen verstärken und den digitalen Austausch zwischen Bürger*innen und mit ihren Kommunalpolitiker*innen fördern.
- Die Übertragungen von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wollen wir um eine Übertragung von Sitzungen von Ausschüssen und anderen öffentlichen Gremien erweitern und in Zukunft auch in einem Archiv anbieten, um eine möglichst hohe Transparenz der kommunalen Entscheidungen sicher zu stellen.
- Wir wollen die Bürger*innen besser über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt informieren und Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen. Der Bürger*innenhaushalt in Frankfurt war nicht überzeugend. Wir wollen best-practices anderer Kommunen auswerten und das Ziel erreichen, dass sich interessierte Bürger*innen sowohl über Ausgabenvorschläge wie auch über Finanzierungsvorschläge an der Politik in Frankfurt beteiligen können. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Beteiligungsmöglichkeiten tatsächlich von der gesamten Stadtgesellschaft genutzt werden. Außerdem wollen wir eine zentrale Vorhabenliste online bereitstellen, auf der sich die Bürger*innen über geplante und laufende Maßnahmen informieren können.

Die Stadt als Arbeitgeberin und Partnerin der Bürger*innen: Digital, vielfältig, transparent, modern aufgestellt

- Wir werden eine Transparenzsatzung für die Stadt Frankfurt auf den Weg bringen. Bürger*innen, die vom Handeln städtischer Institutionen betroffen sind, sollen eine Rechtsgrundlage erhalten, um Informationen über die entsprechenden Daten und Handlungen zu erhalten.
- Nach wie vor werden nicht alle Verwaltungsprozesse, die digital möglich sind, auch digital angeboten. Wir müssen dieses Ziel schnell erreichen und auch die Information zu Verfahrensabläufen und Zwischenständen verbessern. Hierbei setzen wir auf Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, dem Land und dem Bund. Bei der Ressourcenausstattung werden wir überprüfen, inwieweit zusätzliche Unterstützung nötig und möglich ist.
- Wir wollen Planungsprozesse auf Grundlage von virtuellen Modellen ermöglichen. Dazu soll ein „Digital Twin“ der Stadt Frankfurt entstehen, in dem ihre Infrastruktur möglichst umfassend abgebildet ist und ständig aktualisiert wird.
- Bei von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag entwickelter Software werden wir in Zukunft möglichst komplett nach dem Open-Source-Modell verfahren, die Quellen frei zur Verfügung stellen und auf entsprechend lizenzierter Software aufbauen. Wir werden bei jeder Beschaffung untersuchen, ob es Open-Source-Alternativen gibt und

diese grundsätzlich bevorzugen. Open-Source-Software kann sowohl kommerzielle wie technische Vorteile haben. Wir werden darüber hinaus prüfen, wie wir den Open-Source-Gedanken in der Stadtverwaltung fördern und unterstützen können – zum Beispiel durch die Bereitstellung von Dienstleistungen, Arbeitskraft für Open-Source-Projekte sowie Vernetzung mit anderen Kommunen zum Austausch und gemeinsamer Verbesserung der entwickelten Software-Lösungen untereinander.

- Digitalisierung und Datenschutz sind zwei Kerngebiete einer zukunftsfähigen Infrastruktur. Wir werden bei allen Vorhaben die Ausfalls- und Datensicherheit intensiv im Blick behalten und die Vernetzung der städtischen Expert*innen mit anderen Verwaltungen, aber auch in Communities aus der IT-Szene fördern.
- Das städtische IT-Dezernat und das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik stellen zentrale Stellen bei der Ausgestaltung der Digitalisierung dar, die kommunale IT ist eine Querschnittsfunktion. Wir werden sicherstellen, dass alle Aktivitäten in der Stadtverwaltung Unterstützung erhalten und dass bei der Definition und Umsetzung von IT- und Digitalisierungs-Strategien sowohl die fachliche Expertise wie auch das technische Know-How angemessen einfließen.
- Die Fortschritte bei der digitalen Bereitstellung von offenen Daten sind nicht befriedigend. Wir werden die Bemühungen hier intensivieren und auch die Fachämter, die derzeit noch zurückhaltend mit der Bereitstellung von Daten sind, vermehrt in die Pflicht nehmen.
- Digitale Kompetenzen sind in Zukunft nicht mehr verzichtbar. Vielen Menschen fehlt aber die Gelegenheit, in einer sicheren Umgebung entsprechende Erfahrungen zu machen. Wir wollen einen „digitalen Abenteuerspielplatz“ etablieren, in dem digitale Bildungsangebote bereitgestellt werden und angstfrei Tools ausprobiert werden können.
- Wir wollen, dass die Stadt weiter eine attraktive Ausbildungsstätte bleibt, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Wir setzen den Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt fort. Um die Auszubildenden zu unterstützen, halten wir die Einrichtung von Wohnheimen für Auszubildende bei der Stadt oder bei den Eigenbetrieben, insbesondere für solche in Mangelberufen analog zu einem Studierendenwohnheim, für sinnvoll.
- Unser Leitbild für die Stadtverwaltung ist ein Abbild der multikulturellen und diversen Stadtgesellschaft, in dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen hohen Stellenwert genießt und die sich aktiv und präventiv gegen alle rassistischen und diskriminierenden Tendenzen stellt.

- Wir steigern den Anteil von Frauen und Menschen mit kulturell diversem Hintergrund vor allem auch in den Führungspositionen städtischer Ämter, Betriebe und Gesellschaften weiter.
- Wir stellen sicher, dass die Arbeitsplätze und die Arbeitskraft der Verwaltung mit dem Wachstum der Stadt Schritt halten und stärken, auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Corona-Krise, die Home-Office-Fähigkeit der städtischen Verwaltung.
- Wir wollen, dass die Stadt auf sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen komplett verzichtet.
- Städtische Beschäftigte und Mandatsträger*innen führen ihre Dienstreisen klimafreundlich durch, für nicht zu vermeidende Flugreisen erfolgt eine CO₂-Kompensation in den städtischen Klimaschutzfonds. Das kostenfreie Jobticket für die städtischen Beschäftigten und die Beschäftigten der Eigenbetriebe ist ein großer Erfolg, auf den wir stolz sind. Wir behalten es bei.

Nachhaltige, solidarische Finanzpolitik

- Wir setzen uns für eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik der „grünen Null“ ein. Die grüne Null erlaubt es, über die bisherige Schuldenbremse hinaus Kredite für nachhaltige Investitionen aufzunehmen, durch die zukünftig Ressourcen, Energie und damit Kosten eingespart werden. Somit verursachen sie keine zusätzlichen Belastungen in den zukünftigen kommunalen Haushalten.
- Wir wollen die vorhandenen Ansätze zum Gender Budgeting weiter ausbauen, um transparent zu machen, wie viel Haushaltsmittel Männern oder Frauen zugute kommt und dies im Sinne der Gleichberechtigung zu ändern.
- Wir ergänzen die Haushaltsberichte der Stadt Frankfurt um integrierte Umwelt- und Sozialbilanzen. Diese machen die Folgen städtischen Handelns entlang fester Kriterien transparent und schaffen so ein wirksames Steuerungsinstrument für eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik. Bestehende Berichte mit reiner Marketingfunktion stellen wir ein.
- Wir streben für die wesentlichen Beteiligungsunternehmen der Stadt die Einführung einer Gemeinwohlabilanzierung zusätzlich zu den vorgeschriebenen Berichtsformen an. Dazu sollen in einem ersten Schritt einige Pilotunternehmen ihre ersten Erfahrungen mit der Gemeinwohlabilanzierung sammeln, damit in einem zweiten Schritt die Gemeinwohlabilanzierung auf alle wesentlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt übertragen wird.
- Wir verstärken den Abzug städtischer Vermögensanlagen aus Bereichen, die den Klimazielen zuwiderlaufen oder ethische bzw. soziale Standards wie die Ächtung von Kin-

derarbeit und illegalen Waffenexporten verletzen. Auch die Finanzdienstleistungen, die die Stadt Frankfurt in Anspruch nimmt, müssen nachhaltig im Sinne der EU Taxonomy sein. Wir nehmen einen Bericht zu Divestment-Aktivitäten in die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf.

- Wir werden mit dem Land über finanzielle Beteiligung an den Kosten verhandeln, die durch überregionale Angebote entstehen. Nicht nur das Wachstum der Stadt ist mit erheblichen finanziellen Lasten verbunden, sondern ebenso regionale und überregionale Angebote wie im Kultur- und Freizeitbereich. Frankfurt steht zur interkommunalen Solidarität, sieht sich aber auch als Leistungserbringer für die Region und das Land Hessen insgesamt und ist auf entsprechende Unterstützung angewiesen.
- Wir werden die Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs, die explizit auch eine Evaluation des Metropolzuschlags umfasst, nutzen, um die Mehrbedarfe zu beziffern, die durch die Metropolfunktion entstehen, und uns für eine entsprechende Anpassung des Metropolzuschlags stark machen.
- Wir werden die Wirkungsevaluation der mit kommunalen Mitteln finanzierten und umgesetzten Projekte und Vorhaben mit mehr Stichproben verbessern. Damit erhöhen wir die Transparenz über öffentliche Ausgaben und stellen einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern sicher. Die Ergebnisse der Evaluierung unterstützen die jeweiligen Träger bei der Optimierung ihres Projektdesigns und ihrer Projektdurchführung.

Global vernetzt, global verantwortlich: Frankfurt für die eine Welt

- Wir bekennen uns zu den Sustainable Development Goals¹ (SDGs) der Vereinten Nationen. Die SDGs sind für uns Richtschnur auf allen Ebenen unserer Stadt, von der Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft bis hin zur Zivilgesellschaft. Wir suchen nach effektiven Wegen, globale Auswirkungen unseres lokalen Handelns zu verdeutlichen, für globale Solidarität zu werben und die SDGs zu erreichen. Daher berichten wir jährlich, wie weit die SDGs in Frankfurt schon erreicht sind.
- Wir überprüfen die bestehenden internationalen Kontakte der Stadt darauf, wie aktiv Bürger*innen- und vor allem junge Menschen beteiligt werden, und befähigen vor allem letztere gezielt dazu. Politik und Stadtverwaltung sollten dabei in erster Linie Ermöglicherinnen von aus der Mitte der Stadtgesellschaft kommenden und getragenen Initiativen, und nicht deren Regisseurinnen sein.

¹ Informationen zu den Sustainable Development Goals – den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung -, von „Keine Armut“ bis „Partnerschaften“ finden Sie zum Beispiel hier: <https://sdg-portal.de/de/>

- Wir identifizieren und beteiligen uns systematisch an relevanten internationalen Netzwerken und nutzen die Kontakte und Kompetenzen der Stadtpolitik, der Verwaltung und von relevanten zivilgesellschaftlichen Gruppen für eine qualitative Belebung der globalen Vernetzung unserer Stadt. Wir ziehen dabei grundsätzlich langfristigen Kontakt, Austausch und gegenseitiges Verständnis fördernde Initiativen kurzfristigen Vorhaben vor. Dabei berücksichtigen wir auch die Möglichkeiten zum digitalen Austausch.
- Wir werden durch die gezielte Einbindung vielfältigster und die ganze Bevölkerung unserer Stadt abbildender Menschen aus Gesellschaft und Verwaltung in möglichst allen Maßnahmen deren interkulturelles Potential nutzen und wertschätzen. So zeigen wir auch international: Unsere Vielfalt ist unsere Stärke.
- Wir begründen mindestens eine neue Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara, die die historischen und aktuellen Verbindungen aufgreift und die historischen Schulden, aber auch die aktuellen Chancen und gemeinsamen Herausforderungen thematisiert und angeht.
- Wir nutzen die existierenden Partnerschaften zu einem institutionalisierten und wo sinnvoll sichtbaren Austausch mit Menschenrechtler*innen, Umweltaktivist*innen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für globalen Frieden und globale Gerechtigkeit und fördern Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen.
- Wir stärken die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung der Zivilgesellschaft in das europäische Engagement Frankfurts. Wir sind nicht nur Standort der EZB und nicht nur Stadt im Herzen Europas, sondern wir sind eine Stadt von Europäer*innen und Menschen, die das offene, solidarische, friedliche Europa im Herzen tragen.
- Wir verfolgen bei all diesen Maßnahmen immer einen Austausch auf Augenhöhe, wissend, dass auch Frankfurt vom Rest der Welt viel zu lernen hat.
- Wir werden die für all dies zahlreich vorhandenen finanziellen und anderen Möglichkeiten (inkl. seitens Bund, EU, etc.) konsequent nutzen bzw. auch die direkte Nutzung durch Initiativen aus der Stadtgesellschaft wo möglich und sinnvoll aktiv unterstützen.
- Wir wollen im Sinne all dieser Aufgaben vorzugsweise das Referat für Internationale Angelegenheiten der Stadt finanziell, personell und formal massiv aufwerten und zur effektiven, fachübergreifenden strategischen Koordination mit allen hierfür relevanten Stellen in der Stadtverwaltung und -gesellschaft befähigen.

Was finde ich wo?

Arbeit <i>siehe</i> Wirtschaft und Verwaltung	Queer 70–71, 80–81
Artenschutz 20, 39–41	Region 15–16, 38–39, 121–122
Beteiligung18, 22, 45–56, 66–67, 84–85, 120–122, 128–129	Soziales 71–75, 85–91
Betreuung 83–86	Altern.....89–90
Betreuungsplätze.....83–84	Frankfurt-Pass88
Qualität.....84–85	Obdachlosigkeit.....90–91
Bildung83–86, 107, 114	Sport 74, 86–87
Kulturelle Bildung 107, 114	Stadtplanung8–46
Qualität.....84–85	Beteiligung.....22
Schulbau und -Sanierung.....83–84	Flächenverteilung.....48–49, 56–58
Digitalisierung 49–50, 121–122	Grün19–22, 39–43
Drogenpolitik75–76, 93–94	Innenstadt 17, 36–38
Ernährung92	Stadtteile 16–17, 36–38
Europa132–134	Umwelt8–46
Familien 71–73, 87–88	Abfall.....21–22, 43–45
Finanzen131–132	Artenschutz20, 39–41
Geflüchtete 79–80	Flächennutzung.....11–12, 42–43
Gesundheit45–56, 91–92	Grünflächen.....19–20, 39–41
Gleichberechtigung 22, 45–56, 95–102	Stadtwald.....20–21, 41–42
Beteiligung.....66–67	Wasser21–22, 43–45
Inklusion 88–89	Verkehr47–67
Integration 68–70, 77–79, 116–117	Autoverkehr.....63–64
Internationales121–122, 132–134	Beteiligung.....56, 63–64, 66–67
Jugend 22, 45–56, 71–73, 82, 87–88	Car-Sharing53
Kinder 22, 45–56, 71–73, 87–88	Digitalisierung49–50
Klimaschutz8–46	Flächenverteilung.....48–49, 56–58
Energiewende.....18–19, 23–26	Flughafen.....54–55, 65–66
Verkehr.....53, 63–64	Fußverkehr50–51, 58–60
Wärmewende.....18–19, 26	Güter- und Warenverkehr54, 65
Kultur103–115	Öffentlicher Nahverkehr.....51–52, 60–63
Landwirtschaft 21, 39–41	Radverkehr50–51, 58–60
Artenschutz39–41	Verwaltung120–122, 128–132
Mobilität <i>siehe</i> Verkehr	Vielfalt 70–71, 80–81, 116–117
	Wirtschaft 54, 65, 117–120, 122–128

Wohnen	8-46
Bauland	13-14, 30-32
Mietpreise.....	12-15, 34-36
Neubau	13-15, 32-33

FRANKFURT NEU DENKEN.



WAHLPROGRAMM



www.gruene-frankfurt.de